

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelungen in die Post-Zeitungs-Verkäufe. Unter Preisband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die revolutionäre Bewegung in der russischen Armee. *)

(Schluß.)

(Von unserem Petersburger Korrespondenten.)

Die Unzufriedenheit des Militärs wurde von der Zarenregierung immer in der traditionellen barbarischen Weise bekämpft: die Soldaten wurden, wenn sie um Antwort auf ihre Forderungen ersuchten, massenweise niedergeschossen. Schließlich kam aber die Regierung doch zur Einsicht, daß Repressalien nicht ausreichen, um die Bewegung zu bekämpfen, und beschloß, auch die geistige Waffe, das Wort, in Anwendung zu bringen. Die Vorgesetzten suchten vorgeschriebenermaßen dem Soldaten mit Wort und Schrift von dem „hohen Beruf“ des Soldaten, von der „unserem guten Väterchen, dem Zaren“, donseiten der Polen, Hebräer, Deutschen, Armenier, die Rußland zerstückeln und ihre eigenen Zaren wählen möchten, drohenden Gefahr und von der ihnen obliegenden Aufgabe, die Revolutionäre, diese einzigen Urheber aller Wirren im Lande zu vernichten, die nötigen Begriffe beizubringen. Die Regierung ist Nationalitätshaf in der Zuversicht, daß der Boden des „Patriotismus“ Früchte geben wird. Dieses systematische Schüren der nationalistischen Instinkte wird durch folgendes interessante Dokument gut illustriert:

„Stab der Wilnaer Militärbezirksverwaltung. Dejourierender Bezirksgeneral. Gerichtsabteilung. 18. März 1906, Nr. 523. Stadt Wilna. Dringend. Geheimnes Rundschreiben.“

Der Chef des Generalstabs teilt telegraphisch mit, daß Seine Majestät der Kaiser geruht hat zu befehlen, die Kommandierenden aller Militärbezirke in Kenntnis zu setzen, daß laut eingetroffener Nachrichten die hebräische revolutionäre Organisation „Dud“ sich die Aufgabe gestellt hat, durch Vermittlung der Rekruten mosaischer Konfession im Militärregierungsseindliche Agitation zu treiben. Der Kommandierende des Militärbezirks hat allen Militärvorgesetzten anbefohlen, Maßregeln zur Vorbeugung einer solchen Tätigkeit seitens der Hebräer zu treffen.“

Unterschr.: Stabvortragender Generalleutnant Titurinoff. Kontersign.: Leiter der Gerichtl. Abteilung Major Pjuschewsky.

Die Regierung, die jede Wallung im Militär in Blutströmen ersticke und die Soldatenseele mit Nationalhass vergiftete, diese Regierung prahlte mit ihrer „beständigen Fürsorge“ für die Armee. In der Tat ver sprach der Kriegsminister General Mediger den Soldaten einen Zuschuß zu ihrem „Gehalt“ (das 23 Kop. monatlich beträgt!) zum Anfauf von Seife und Wäsche und stellte in Aussicht, die Dienstzeit um acht Monate zu verkürzen.

Bei alledem nahm jedoch die Bewegung mit jedem Tage größere Dimensionen an. Im letzten Jahre wuchs die Arbeit der Sozialdemokratie in der Kaserne dermaßen, daß in vielen Städten spezielle Ausschüsse der örtlichen Organisationen zu diesem Zwecke gebildet werden mußten. Solche Gruppen existieren unter dem Namen „Militärorganisation des sozialdemokratischen Komitees“ jetzt in Petersburg, Moskau, Finnland, Warschau, Riga, Odessa, Jekaterinoslaw, Kijew, Sewastopol, Wilna und Krasnojarsk (in Sibirien). Die Militärorganisationen geben spezielle Zeitungen für Soldaten heraus. Solche Blätter sind: „Putj Soldata“ in Petersburg, „Soldatskaja Schisn“ in Moskau, „Kafarma“ in Riga, „Golos Soldata“ in Kijew usw.

Im Anschluß an die Arbeiter- und Agrarbewegung im Juni dieses Jahres begannen auch in der Armee wieder Unruhen. Das Volk wollte nicht länger von seinen eigenen Brüdern und Söhnen niedergeschossen werden und stellte an die Armee die Aufforderung, fürder nicht mehr gegen das „eigene Blut“ loszuziehen. Aus dem heimatischen Dorfe gingen den Soldaten zorngefüllte Drohbriefe zu: „Ihr sollt es nicht wagen, gegen das Volk zu gehen“, heißt es in diesen Briefen. Während Ihr dort, in der Fremde, bei den Bauern und Arbeitern mordet, brennt und Unzucht treibt, haufen hier bei uns eben solche Soldaten wie Ihr, welche uns, Eure Eltern, schlagen und unsere Hütten niederbrennen. Wenn Ihr so fortfahren wollt, so kommt lieber gar nicht nach Hause zurück; wir wollen von Euch dann nichts wissen.“ — „Ihr sollt es nicht wagen, den Gesandten des Volkes — (Dumaabgeordneten) — Gewalt anzutun, auch wenn es Euch die Obrigkeit befiehlt. Wir haben sie hingeschickt, daß sie uns Freiheit und Land bringen, darum sollt Ihr für sie eintreten. Sie wirken für Euch, darum schüßet sie.“

Solche Briefe mußten natürlich wirken. In der Tat haben sich seit Eröffnung der Duma und bis Ende Juni eine ganze Reihe „Soldatenempörungen“ abgespielt: in Kursk, Poltawa, Sewastopol, Kasan, Bensa, Krasnojarsk, Samara, Tambow. In Militopol weigerten sich die Soldaten auf das Volk zu schießen. In der Meetingresolution vom 20. Mai erklären die Soldaten (Petersburg): „Nach Beratung der gegenwärtigen Lage sind wir zum Schluß gekommen, daß wir auf die Arbeiter und Bauern unter keinen Umständen schießen

werden, weil sie für Freiheit und Land kämpfen, die wir ebenso nötig haben, wie sie, denn wir sind ebensolche Arbeiter und Bauern, wie die, die die Soldaten bisher aus Unverstand auf Befehl ihrer Offiziere niederschossen.“**)

Eine ganz analoge Erklärung reichte seinen Vorgesetzten kürzlich das Uralische Regiment ein. Die Soldaten der Garnison von Ust-Dwinsk äußern sich in einer der Arbeitergruppe der sozialdemokratischen Partei zugesandten Deklaration in folgender Weise: „Wir erklären, daß uns diese Rolle (d. h. von Leuten, die der Verwirklichung der Forderungen der Nation hinderlich sind) zuwider ist, denn wir sind selber nur ein Teil der großen Nation, gewaltsam der Familie entrissen.“***)

Wir wollen den Leser nicht mit der Aufzählung einer Menge derartiger Resolutionen und Erklärungen ermüden, die in höchstinteressanter Weise alle Räte der Armee, die Bewusstseinsqualen des russischen Soldaten, dem gewaltsam die Rolle eines Henkers und Vätermörders aufgezwungen wird, und das ständige Wachstum des Selbstbewußtseins und Verständnisses im Soldaten widerspiegeln. Von dem ganzen äußerst wertvollen Material soll nur noch eine besonders hervorragende Resolution angeführt werden, die am 25. Juni in Grodno auf einem Soldatenmeeting gefaßt wurde:

Wir Soldaten aus dem 2., 3., 4., 13., 16., 17. und 20. Sappeurataillon im Dranschen Lager, 300 Mann versammelt zum Meeting, haben über unser Verhalten zu den Ereignissen des gegenwärtigen Moments und zu der Reichsduma beraten und sind zu folgenden Schlüssen gekommen:

1. Trotz Einberufung der Duma ist die Selbstherrschermacht in Wirklichkeit unverändert geblieben, und die Regierung verfolgt die frühere Räuberpolitik: Todesurteile, Morde, Exekutionen, unbefristete Willkür herrschen im Lande; nach wie vor schützt die Regierung den Nationalitätshaf zwischen den Völkern Rußlands, unterdrückt schamlos die schwachen Nationen, nach wie vor sind die Einwohner Rußlands aller politischen und bürgerlichen Rechte beraubt.

2. Die Reichsduma ist machtlos gegen die Selbstherrschafft, sie ist nicht imstande, Freiheit für alle, Land für die Bauern, Gleichberechtigung für die unterdrückten Nationalitäten zu erkämpfen, sie ist nicht imstande, dem unmenschlichen Blutvergießen, dem Bruderkriege, den unverständigen Soldaten mit dem eigenen Volke führen, ein Ende zu machen.

3. Das einzige, wozu bei den gegebenen Verhältnissen die Duma fähig ist, wäre: politische Organisation der noch zersplitterten Volksmassen zum letzten, entscheidenden Kampfe mit der Selbstherrschafft.

4. Aber die liberalen Dumaparteien, und an ihrer Spitze die „Radetten“ fürchten die Revolution; sie setzen ihre Hoffnung eher auf ein Uebereinkommen mit der autokratischen Regierung, als auf den Sieg des revolutionären Volkes, und vermeiden deshalb jeden direkten Appell an das Volk.

5. Die Arbeitsgruppe emanzipiert sich jetzt von dem Einfluß der „Radetten“, verwirft Kompromisse, stellt entschiedene demokratische Forderungen auf und äußert Bereitwilligkeit, den Weg der Revolution einzuschlagen.

6. Nur die vierzehn Arbeiterabgeordneten haben in ihrem Aufruf an die Arbeiter von ganz Rußland den einzig richtigen Weg betreten, mit dem Aufruf zu Organisation und energischem revolutionärem Kampfe.

Somit erkennen wir an, daß der sozialdemokratischen Dumagruppe die leitende Rolle in allen revolutionären Schritten der Duma zukommt, und legen ihr die Verpflichtung auf, jeglichen Versuchen seitens der anderen Parteien, auf konterrevolutionäre Kompromisse einzugehen, aus allen Kräften zu steuern und sie auf den Weg planvollen energischen Kampfes mit der Autokratie zu drängen.

Wir versprechen alle einmütig, die sozialdemokratische Gruppe zu unterstützen und werden standhaft für die Erreichung unserer Hauptforderung kämpfen: Konstitutionelle Versammlung auf Grund allgemeinen Wahlrechts.“***)

Beiläufig bemerkt, beständigt sowohl die oben angeführte Erklärung der Ust-Dwinskler Garnison, als auch eine ganze Reihe von Aufforderungen aus der Bevölkerung an die Duma in vollkommener Weise die Resolution des Kongresses der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, laut der „bei der herrschenden revolutionären Spannung die Zusammenstöße zwischen Duma und Regierung unter anderem auch auf die Armee einwirken müssen, die angesichts der neuen auf russischem Boden erwachsenen, aus den Tiefen des Volkes hervorgegangenen Macht, die im Namen der Nation die alte Macht zur Rede stellt, aber von der Willkürherrschaft niedergedrückt wird, zweifellos einen Teil ihrer Ergebenheit für die alte Staatsordnung einbüßen wird.“

Die Zarenregierung gibt sich alle Mühe zu beweisen, daß die Gärung im Heer ausschließlich aus ökonomischer Basis entspringt. Die obigen Ausführungen zeigen, daß dem nicht so ist. Gewiß verlangt der schlecht genährte und noch schlechter gekleidete russische Soldat auch gesunde Speise, Wäsche, Kleidung u. dergl., doch jedenfalls nur unter anderm. Es ist leicht ersichtlich, daß fast überall von den Soldaten außer den rein wirtschaftlichen auch politische Forderungen aufgestellt werden.

Wenn wir die revolutionäre Bewegung in Armee und Flotte in ihrem ganzen Verlauf überblicken, so ersehen wir,

daß sie gleich der Arbeiterbewegung eine ganze Reihe Entwicklungsstadien durchläuft. Ihr Beginn ist eine verhaltene Gärung, bei der es sich bloß um die Wagenfrage des Soldaten handelt. Das Militär wird „unzuverlässig“, verhält sich jedoch zum Kampfe des Volkes gegen die Regierung noch ganz passiv. So war es z. B. in Moskau während des Dezemberaufstandes, als die entwaffneten Infanterieregimenter in den Kasernen saßen und sich nicht entschließen konnten, dem aufständischen Volke beizutreten. Die nächste Form der Soldatenunruhen sind die „Revolten“. Solche Militärrevolten verlaufen, wie die Erfahrung gezeigt hat, bei uns ganz regellos. Die Soldaten äußern dabei vollkommene Unfähigkeit zu standhafter Verteidigung und selbständigem aktivem Einschreiten, was als ein natürliches Resultat der systematischen Unterdrückung jeder Selbständigkeit und systematischer Züchtung der Herdeninstinkte begreiflich ist. Neben tiefem Verfall der Disziplin und Kampffähigkeit, tritt hier die beständig drohende Gefahr blutiger innerer Reibungen zwischen den zerfallenden Bruchteilen der Armee zum Vorschein.

Die Maßregeln, zu denen die Regierung greift, um die Unruhen in der Armee zu stillen — kriegsgerichtliche Bestrafung der Rädelsführer und Repressalien gegen die übrigen Beteiligten nach gelungenem Niedertreten der „Revolte“ — diese Maßregeln sind nur imstande, die Gärung zu verschlimmern. Das rebellische Militär wird umzingelt, entwaffnet und zur Ruhe gebracht; dann wird aber ein Teil der Verwundeten rebellisch: aufs neue Umzingelung, Entwaffnung, Kriegsgericht — und aufs neue Revolten in den bisher regierungstreuen Heeresteilen. So gieng in Kijew, Batum und vielen anderen Städten.

Erst in der allerletzten Zeit begannen die „Revolten“, die undiszipliniert und deshalb von geringem Erfolg waren, einem planvollen, organisierten Auftreten Platz zu machen. Immer häufiger verlag das Militär, zur „Wandigung“ der rebellischen Nation herbeigezogen, den Gehorsam und entwickelte sich zu einem aktiven Verbündeten des Volkes in seinem Kampfe gegen die alte Staatsordnung.

In der bevorstehenden Schlacht mit der Zarenregierung wird das Militär eine große, ja wohl die Hauptrolle spielen. Es läßt sich mit Zuversicht voraussehen, daß nicht nur die Flotte, die schon im vorigen Jahre für die Regierung verloren war, sondern auch ein bedeutender Teil der Armee in dieser Schlacht zum Volke übergehen wird. Und das wird den Sieg der Nation entscheiden.

Die russische Revolution.

Die Gegenrevolution.

Petersburg, 20. August. („Russ. Kurier.“) In Regierungskreisen verlaute mit Bestimmtheit, daß trotz der Erklärung des Petersburger Staatsanwalts gegen die Unterzeichneten des Wiborger Aufrufs keine Repressalien ausgedeut werden. Vielmehr will die russische Regierung ein Mittel in der Hand behalten, um nötigenfalls die unerwünschten Elemente von der neu einberufenden Reichsduma fernzuhalten.

Petersburg, 2. August. („Russ. Kurier.“) In den beteiligten russischen Kreisen ruft es lebhaftes Befremden hervor, daß seit dem 15. d. M. Unterbeamte der Petersburger Polizei auf dem Dohnidler Poligon Schießübungen mit Jagd- und Maschinengewehren vornehmen, die vom Rittmeister Schulz geleitet werden.

Weshalb erregt das Befremden? Trant man der russischen Regierung etwa nicht, daß sie auf das Volk mit Maschinengewehren schießen lassen will?

Petersburg, 19. August. (Russ. Korr.) Einer Anregung des russischen Ministerpräsidenten Stolypin zufolge werden zahlreiche monarchistische Organisationen Ende September eine grandiose Kundgebung in Kiew veranstalten, indem sie einen Kongreß abhalten, an dem sich etwa hundert monarchistische Organisationen aus ganz Rußland beteiligen werden.

Petersburg, 21. August. Die radikale Zeitung „Towarischtsch“ meldet: Die Kamorra der Volkstrache, die seinerzeit dem Dumamitgliede Professor Herzenstein das Todesurteil übersandte, stellte jetzt an seine Hinterbliebenen die schriftliche Forderung, im Laufe von drei Tagen 3000 Rubel für die Abgebrannten von Esjran, und 4000 Rubel an die Familien ermordeter Polizisten zu zahlen und sich durch eine Erklärung in der Presse zu verpflichten, künftig keiner politischen Partei anzugehören; erfüllten sie diese Forderungen nicht, so sei ihr Leben verwirrt, und ihr Besitz werde vernichtet werden.

Moskau, 21. August. Es haben 60 Hausdurchsuchungen bei Revolutionären stattgefunden, die Mehrzahl der Komiteemitglieder ist verhaftet und wichtige Papiere sind beschlagnahmt worden.

Reaktionäre Wählerheit im Heere.

Der „Zwadzaty Wjel“ bringt ein Dokument, welches ein großes Beispiel dafür ist, wie die Tätigkeit der Duma und ihre Auflösung von der Regierung ausgeklacht werden, um Judenhass und Chauvinismus zu züchten und über die wahren Absichten der Regierung zu täuschen. Das vom Brigadefeldkommandeur, Oberst Silander, unterschriebene Schriftstück lautet im wesentlichen: „Indem ich an bei das Manifest über die Dumaaufhebung sende, ersuche ich die Herren Offiziere, es vor versammelter Mannschaft zu verlesen.“

Wie ein roter Faden ziehen sich durch die ganze Dumatätigkeit ungeheuerliche Handlungen hin, ihr Bestreben, sich die Macht und die Rechte des Kaisers anzueignen, ihre groben rechtswidrigen Forderungen, die Annahm der Rechte, die nach den Grundgesetzen ausschließlich dem Kaiser gehören; auch tritt in der Dumatätigkeit klar ihre agitatorische Leistung durch die zahlreichen judenfreundlichen Parteien zum Vorschein.

*) Siehe die Artikel in Nr. 177, 180 und 193 des „Vorwärts“. Die Artikel wurden geschrieben, ehe die Nachrichten vom Aufstande des Militärs in Bladikawsk, Wresl-Ditowost, Reval, Sweaborg und Kronstadt eintrafen.

*) „Korobil Westnik“ Nr. 10.
**) „Kurjer“ Nr. 15.
***) „Golos Truda“ Nr. 14.

Indem die Duma durch ihre aufreizenden Reden und durch ihre Verbreitung in den niederen Massen den Zweck der Revolution verfolgte, hat sie klar gezeigt, wie wenig ihr an der Beschäftigung der Unruhen gelegen war, die von ihren Mitverschworenen im Innern des Landes geschürt werden und zum Untergang und zur Verelendung des Landes führen.

Ja, es erweist sich, daß die Juden sich nicht mit ihrer materiell vorherrschenden Stellung begnügen, sie streben nach Macht, um alles und alle zu unterjochen, und bedienen sich des Terrors, des Geldes, der Ausbeutung des Volkes, um ihr Ziel zu erreichen.

In dieser wahrheitsgetreuen Richtung erlaube ich Sie, meine Herren Offiziere, die Soldaten über die Dumaauflösung zu belehren. Mit solchen Mitteln und „wahrheitsgetreuen“ Schilderungen sucht die Regierung den immer weiter um sich greifenden revolutionären Geist in der Armee zu bekämpfen.

Die Meinung der Kadetten über die Lage. Der „Russ. Korrespondenz“ wird vom 21. August aus Petersburg telegraphiert:

Eine seit einigen Tagen versammelte Konferenz der Delegierten der Gouvernementskomitees der konstitutionell-demokratischen Partei ist sehr wichtig, weil sie Klarheit brachte über die Stimmung der Bevölkerung. Vertreten waren 30 Gouvernements. Aus allen Regionen des Reiches wird berichtet, daß die Nachricht von der Dumaauflösung überall unglaublich erschien, daß die tiefe Empörung erst jetzt zum Durchbruch kommt. Bemerkenswert ist, daß nach allen Beobachtungen das Volk jetzt nicht über die Minister allein empört ist, sondern auch über den Zaren. Das Verhalten der Dumamitglieder nach der Auflösung wird allgemein gebilligt. Der Widerborger Aufruf wird von der städtischen Bevölkerung für undurchführbar erklärt, besonders für den Kaufmannstand. Anders ist's bei der Landbevölkerung. Viele Gemeindefestungen sind gefahrt worden, keine Abgaben zu zahlen, auch Verhottierung der Branntwein-Monopolbuden wurde beschlossen. Die Konferenz konstatiert, daß bei den nächsten Wahlen nur der Zusammenschluß mit linksstehenden Parteien möglich sei. Im allgemeinen ist die Stimmung der Bevölkerung sehr erregt, nach Vermeidung der Forderungen wird ein Aufkommen der Agrarunruhen erwartet. Die Konferenz hat beschlossen, als Parole für die weitere Agitation aufzustellen: die sofortige Berufung der Volksvertretung, parlamentarische Ministerium, die zwangsweise Enteignung des Privatbesitzes, soweit es für Befreiung des Landmangels der Bauern nötig. Das Zentralkomitee der Partei versendet an alle Lokalgruppen einen entsprechenden Aufruf.

Revolutionäre Aufrufe.

Trotz der Bemühungen der Regierung, die Verbreitung des Widerborger Aufrufes und der anderen Aufrufe der Zentralkomitees zu verhindern, geschieht deren Verbreitung doch in dem größten Umfange. Jeden Tag bringen die Zeitungen aus zahlreichen Orten, aus allen möglichen Gegenden Russlands Nachrichten darüber, daß Drukerien von Unbekannten besetzt und die Aufrufe massenhaft vervielfältigt sind; bisweilen werden die bei der Abdruckung Beschäftigten verhaftet, bisweilen nicht; bisweilen werden auf der Post oder bei Hausbesuchen große Sendungen der vervielfältigten Aufrufe entdeckt und beschlagnahmt; solche Fälle lassen vermuten, wie viel nicht entdeckt und tatsächlich verbreitet wird.

Aufs Geratewohl führen wir ein Beispiel an: Am 11. August wurde aus Stavropol telegraphiert, daß 25 bewaffnete Männer in die Druckerei der Zeitung „Sewero-Kawkaschskij Kraj“ um 3 Uhr nachmittags eingedrungen sind und die Setzer zwangen, den Aufruf des Zentralkomitees der Arbeitergruppe, der sozialistischen Parteien und des Bauernverbandes „an die Bauern“ zu drucken; bis 8 Uhr abends wurden 15 000 Exemplare abgedruckt, die in kleinen Mengen allmählich fortgebracht wurden. Es wurde niemand verhaftet.

Presseverfolgungen.

Die zerstörende Tätigkeit der Regierung wendet sich nicht mehr gegen die Tagespresse allein, sondern auch gegen die Verlagsbuchhandlungen. Während des letzten Jahres sind zahlreiche Verlagsunternehmungen in Russland entstanden, die massenhaft billige Bücher und Broschüren, teilweise bürgerlich-radikalen, teilweise sozialistischen Inhalts herausgegeben haben. In ganz Russland werden auf diese Weise politische und sozialistische Schriften verbreitet. Bekannte Werke ausländischer Sozialisten wurden ins Russische übersetzt und für spottbillige Preise massenhaft gedruckt und verkauft. Gegenwärtig sucht Stoppin dieser aufblühenden Tätigkeit der Verleger ein Ende zu setzen.

Der Verlag „Donskaja Nitsch“ hat sich durch Massenverbreitung politisch-radikaler Broschüren und Flugblätter und wertvoller Werke über die Geschichte der russischen Freiheitsbewegung berühmt gemacht. Jetzt meldet die Zeitung „XX. Jahrhundert“ (10. August): „Am 9. August wurde der Verlag „Donskaja Nitsch“ zugeseigelt.“ Sie meldet auch: „Am 8. August abends erschien die Polizei in der Wägenierstraße Prawo und siegelte sie zu.“ Prawo ist ein bürgerlich-liberales, hauptsächlich juridisches Unternehmen, das aber auch sozialistische Werke geführt hat; „am 2. August erschien die Polizei in den Räumen des Verlags Wolot und siegelte auf Befehl des Stadthauptmanns die Räume zu.“ „Wolot“ war ein sozialistischer Verlag, der mehrere Schriften von Marx, Kantak, auch Jaeksch „Internationale“, Wladimir „Pariser Kommune“, Roland-Dollis „Generalstreik“ herausgegeben hat.

„XX. Jahrhundert“ vom 11. August: „Am 9. August wurde auf Befehl des Stadthauptmanns der Verlag „Kowoj Mir“ zugeseigelt.“ Der Verlag „Kowoj Mir“ gab insbesondere gewerkschaftliche Literatur heraus, Uebersetzungen von Schriften und Artikel der Genossen Nebel, Ströbel, Schuppel, Legien, russische Broschüren über die gewerkschaftliche Bewegung usw.

Unterdrückung von Verbänden.

Ueber viele suspendierte und unterdrückte Verbände haben wir bereits berichtet. Der „Zowaris“ (18. August) bringt über das Schicksal der St. Petersburger Verbände eine nachträgliche vollständige Uebersicht. Die meisten Verbände wurden noch am 2.—3. August, vor dem Streik vom 4. August geschlossen. Zuerst wurde der Verband der Pharmazeuten angehalten, dann nach Vornahme einer Hausdurchsuchung, darauf die Verbände der Buchdrucker, der Uhrmacher, der Arbeiterband (Kobotschki Sojus), die Verbände der Handlungsgehilfen, der Bäcker, der Holzarbeiter, der Kontoristen und Buchhalter, der Konditoren u. a. Es geschahen auch Hausdurchsuchungen und Verhaftungen; die Hausdurchsuchung im Zentralkomitee dauerte mehrere Stunden (am 11. August), worauf die Räume zugeseigelt wurden. Bei den Hausdurchsuchungen wurden Dokumente und auch Geld konfisziert, die Korrespondenz, die Rechnungen, die von Unternehmern unterschriebenen Verträge mit den Verbandsmittgliedern, welche die Arbeiter vertreten hatten, beschlagnahmt. Die geschlossenen Verbände werden polizeilich überwacht.

Nach der „Stjana“ (16. August) sollen folgende Verbände für die Dauer des außerordentlichen Schutzes suspendiert worden sein: Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schuhmacher, Elektromechaniker, Bauarbeiter, Drochlenkutscher. Bei den Gold- und Silberarbeitern wurden vier Hausdurchsuchungen vorgenommen, der Verband wurde aber nicht geschlossen. Bei den Schneidern wurden die Räume zugeseigelt.

„Russkaja Wedomosti“ (15. August), Moskau: Nach den von der „Zorgowo-Przemyslennaja Gazeta“ im Ministerium des Innern erhaltenen Informationen ist der Moskauer Arbeitslosenrat deswegen vom Stadthauptmann aufgelöst worden, weil er sich in die aktive Politik einmischte und am letzten Massenstreik teilgenommen hat. Gleichzeitig hat der Stadthauptmann befohlen, die Speisehäuser der Arbeitslosen zu schließen, indem die städtische Selbstverwaltung die Mittel dazu nicht mehr lieferte, und bei dem Mangel an einer Arbeitslosenorganisation keine Garantie vorhanden war, daß die Geldspenden für die Speise-

häuser verwendet werden würden und die Ordnung dort herrschen würde.

Auf Grund dieser echt russischen offiziellen (von uns etwas geformten) Argumentation wurde den Hungernden, die schrecklichste Not erlebenden Arbeitslosen die notwendige Unterstützung entzogen!

Nachricht an den baltischen Senfern.

Riga, 21. August. Eine aus dem Kreis der baltischen Landbesitzer und sechs Deutschen bestehende Kommission wurde in einem Walde von Revolutionären gestellt. Es kam zu einem heftigen Kampf, wobei der Gutsadministrator Kraus, zwei Landbesitzer und ein Deutscher schwer verwundet wurden. Die übrigen Mitglieder entkamen. Was aus den Zurückgebliebenen wurde, ist noch unbekannt.

Noch einige Sivers!

Bezugnehmend auf die Ankündigung des Herrn v. Sivers-Ministerhof gegen den Genossen Weber, schreibt der baltische Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“ in der Nr. 175 aus Riga nach folgendem:

Dieser Tage haben wir das Unglaubliche erlebt, daß ein litauischer Baron v. Sivers sich durch einen Artikel des „Vorwärts“, in dem von den Humanitäten eines ähnlich heisenden Adligen die Rede ist, beleidigt gefühlt und den Genossen Weber vor ein preussisches Gericht gezogen hat. Die liberalen lettischen und russischen Blätter können diese Unverschämtheit der Junker einfach nicht begreifen. Trotz der heftigen Angriffe gegen den baltischen Adeln in der „Ruski“, der „Kowoj Mir“, dem „XX. Jahrhundert“ usw., haben die Barone keines von diesen Blättern zu verurteilen gewagt. In Russland, wo die Beugen zu haben wären — wenn die „Strafexpeditionen“ sie nicht etwa alle umgebracht haben —, wagen die Barone die Redakteure nicht zu verklagen; die russischen Gerichte sind den Baronen noch zu liberal, sie müssen nach — Preußen gehen! Bei dieser Gelegenheit wollen wir hervorheben, daß der Korrespondent der „Ruski“ und der „Kowoj Mir“, Herr Klinkow, eben seine Äußerungen über die Blutarbeit der baltischen Junker gesammelt und in Buchform herausgegeben hat. Schon in diesen Äußerungen allein figurieren vier v. Sivers (russisch ohne „e“ geschrieben) als Führer von Strafexpeditionen und als „Ehrenpolitisten“. Also ist dieses edle Geschlecht wirklich ziemlich häufig im Verzeichnis der Senker vertreten!

Soweit der Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“, wir können unsererseits noch hinzufügen, daß die russischen Gerichte wirklich den baltischen Baronen zu liberal sind. Eben hat nämlich das Kriegsgericht zu Tulum einen von diesen vier Herren, der im Dezember d. J. den Lehrer von Talsen erschoss, beschlagnahmt, zur Verantwortung zu ziehen.

Genosse Michajlitschenko lebt.

Wie der „Izwojatsch Dzel“ meldet, sind die Gerüchte von der Hinrichtung des früheren sozialdemokratischen Dumaabgeordneten Michajlitschenko völlig unbegründet. Auch die Meldungen von seiner Verhaftung haben sich als unhaltbar erwiesen. Michajlitschenko befindet sich gegenwärtig in Julowka (Gouv. Wladimirskaja), wo er um Genehmigung für Vorträge über die Tätigkeit der Duma nachsucht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. August.

Die schwarze Parade.

n. Essen, 20. August. (Fig. Ber.)

Glodengeläute von den katholischen Kirchen der Kanonenstadt Essen verkündete am Sonnabendabend, daß den folgenden Tag die 58. Generalversammlung der katholischen Deutschlands beginnen werde. Der Sonntag gehörte den Arbeitern. Seit das Zentrum sein soziales Herz entdeckt hat, legt es Wert darauf, durch einen Festzug von Arbeitern, dem sich eine Anzahl von Versammlungen anschließt, die „Katholikentage“ würdevoll zur höheren Ehre der glorreichen „Volkspartei“ einzuleiten. Das bringt Leute auf die Beine, gibt Anlaß zu Bewegung, Lärm und buntem Aufputz und schafft so den wimmelnden Hintergrund, auf dem sich das, was nun folgt, wirkungsvoll abhebt. 43 000 Mann sollen sich am Sonntag an dem Umzug beteiligen. Die Zahl ist mit Vorsicht aufzunehmen. Sie ist zustande gekommen durch die Abdienung der Mitgliederzahl der Vereine, die sich zur Teilnahme gemeldet haben; aber wir sahen Fahnen in dem Zuge, hinter denen ein halbes Duzend Personen einbergingen, die so für ebenso viele Hunderte von nicht anwesenden Personen gelten mußten. Aber wenn es wirklich auch 43 000 Mann gewesen wären — was will das heißen in einer Stadt, wo sich Millionen von Arbeitern häufen, und bei einem Anlaß, wo die Fahrpreidemäßigung und die Aussicht auf einen lustigen Sonntag verlockend genug wirken. . . .

Am Burgplatz bewegte sich der Zug an dem auf einer Tribüne thronenden Erzbischof von Köln vorbei. Jubel und Guldweinen begrüßte den Kirchenfürsten. Wem galt die Huldigung? Nicht der Person des scharlachbesetzten Mannes, denn sie können ihn nicht persönlich, und wenn sie ihn läuteten, würden sie finden, daß Antonius Fischer nicht geeignet ist, zu Huldigungen herauszufordern. Der Jubel galt dem Vertreter einer Macht, die viele Jahrhunderte die Welt beherrschte und deren Vornehm sich auch heute noch die Masse der Armen am Geiste fängt, einer Macht, die ehemals als Kulturmacht gelten konnte, aber jetzt seit lange schon der Inbegriff alles Mißgeschickes, aller Volksfeindschaft ist. Und deshalb befiehlt uns Behmut beim Anblick des langen Proletariatzuges, dessen Teilnehmer dem Feinde ihrer Klasse zuzubeheln. . . .

Im Anschluß an den Umzug fanden in 16 Lokalen der Stadt, darunter der großen Festhalle, Versammlungen statt. Die Reden bewegten sich in den bekannten Seldeln: Die christlichen Arbeiter wollen den Ausgleich der Interessen, sie verwerfen den Klassenkampf, sie fordern Gleichberechtigung mit den anderen „Ständen“, Fortführung der Sozialreform auf christlicher Grundlage — als einziges Mittel, Staat und Gesellschaft vor der revolutionären Sozialdemokratie zu retten. Hier und da Klang in dem allgemeinen Gerede auch ein entschwiebenerer Ton durch. So forderte ein Redner Anpassung der Steuerbelastung an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsklassen, Erweiterung des Wahlrechts und Zulassung von Arbeitern in die Parlamente und Gemeindevvertretungen. Gewiß schöne und berechtigte Forderungen, nur scheint uns der Parteitag des Zentrums nicht derjenige Ort zu sein, wo sie auf Erfüllung zu rechnen haben.

Im übrigen spielte die Bekämpfung der Sozialdemokratie eine Hauptrolle in den Reden der Arbeiterversammlungen. Ein katholischer Arbeiterssekretär meinte: Die politische Unwissenheit sei der größte Feind des Volkes, ihr verdanke die Sozialdemokratie ihre drei Millionen Stimmen. Wir gedachten des Schauspiel, das wir wenige Stunden vorher am Burgplatz beobachtet hatten, und verglichen dem Platte. Die meisten Versammlungen am Sonntag hatten die Gnade, auf wenige Minuten von Sr. Eminenz dem Kardinal Fischer von Köln oder auch von seinem Weihbischof Müller besucht zu werden. Wer im Menschen, auch wenn er den Kurpur trägt, nur den Menschen sieht, der ist eigentlich getroffen, wenn in einer Versammlung ohne sichtlich Anlaß ein plötzliches minutenlanges Weisfallstürmen den Redner unterbricht, sich aller Augen nach einem Punkte richtet, wo eine scharlachene oder violette Persönlichkeit erscheint, die nunmehr das Wort ergreift, die ganze Versammlung zum Segen auf die Knie zwingt, dann den Saal unter demselben Weisfallstürmen wieder verläßt, worauf der Redner des Abends in seinem Vortrag fortfährt. Wie eine traumhafte Erscheinung aus längst vergangenen Zeiten

mittels den unbefangenen Zuschauer an, der dann innig wird, wie groß noch die Macht der Ueberlieferung und der Einfluß der Weltanschauung ist, bei der die Liebe des Gemütes mehr gelten als die Gründe der Vernunft.

Am Abend des gestrigen Sonntags fand dann in der großen Festhalle, die eigens für den Katholikentag mit einem Kostenaufwande von 60 000 M. erbaut worden ist, die Begrüßungsfeier für die nun folgenden vier Verhandlungstage statt. 10 000 Personen füllte die Halle, und sie war dicht gefüllt. Die katholische Volksseele offenbarte hier ihre Begeisterungsfähigkeit, die sich beim Erscheinen einer namhaften Persönlichkeit, ja bei der bloßen Nennung eines Namens oder der Ansündigung eines abgelegten Schlagwortes in tosenden Weisfallstürmen äußerte. Und wiederum gedachten wir des Redners in einer der Arbeiterversammlungen, der im Wohlgefühl katholischer Ueberlegenheit die Erfolge der Sozialdemokratie der Dummheit ihrer Anhänger zuschreibt. Und wie verglichen dem Mann zum zweitenmal. . . .

Am Montag begannen nach den Vorbereitungen zweier Tage, nach Glodengeläute und Antufung des hl. Geistes, die eigentlichen Verhandlungen des Katholikentages. Was sie bringen werden, weiß bis zur Stunde niemand, denn eine Tagesordnung mit Angabe der zu behandelnden Gegenstände wird vorher nicht bekannt gegeben. Nur das eine weiß man: jeder der vier Verhandlungstage beginnt mit einem Gottesdienst und endet mit einer Festlichkeit; dazwischen liegt am Vormittage eine geschlossene und am Nachmittage eine öffentliche Generalversammlung.

Wie die Zentrumspresse verkündete, soll der Essener Katholikentag im Zeichen der sozialen Frage stehen. Schon in der Zusammenfassung des Präsidiums, das heute morgen in der ersten geschlossenen Versammlung gewählt wurde, kam das zum Ausdruck. Von Herrn Gröber, dem diesjährigen Präsidenten, wußte die Festzeitung zu melden, daß er nicht nur der Sohn eines Arbeiters, sondern sogar eines armen Arbeiters ist; außerdem wurde neben einem junckerlichen Agrarier der Abgeordnete Wiesberts, der in Vorahnung der seiner wartenden Würde in Grad und weicher Linde erschienen war, zum Vizepräsidenten gekürt. Herr Wiesberts dankte „im Namen seiner engeren Freunde“, namentlich der katholischen Arbeiter, die neben dem Kampfe um die wirtschaftlichen Interessen im besonderen Maße auch den Kampf um die christliche Weltanschauung zu bestehen hätten; wenn die Gegner behaupteten, die Arbeiter seien auf den Katholikentagen nur Staffage, so zeige seine Berufung ins Präsidium, daß die Arbeiter hier als gleichberechtigt anerkannt würden. Wie leicht doch gewisse Leute zu befriedigen sind, wenn man ihnen erlaubt, sich in Grad und weicher Linde an der Seite eines Junkers und eines Landgerichtsrates zu zeigen!

Die Verhandlung in den geschlossenen Versammlungen gestaltete sich sehr einfach. Wie Herr Gröber, der Präsident, betonte, komme man auf den Katholikentagen zusammen, um die Einigkeit des katholischen Volkes zu zeigen; deshalb lasse man nur solche Fragen zur Behandlung zu, über die Meinungsverschiedenheiten nicht vorhanden seien. Um diese „Einigkeit“ zu wahren und jede den Frieden störende Auseinandersetzung fernzuhalten, haben die Anträge erst einen Ausschuss zu passieren, der über ihre Zulässigkeit und ihre Formulierung bestimmt. In der Versammlung werden die so genügend vorbereiteten Anträge formelmäßig unter völliger Teilnahmslosigkeit der Anwesenden erledigt. Das ist die eigentliche „Arbeit“ des Katholikentages!

Die öffentliche Versammlung am Nachmittage ist der Gemütsbewegung, der Massenbegeisterung gewidmet. Hier zeigen sich die politischen und geistlichen Autoritäten des Merkantilismus dem katholischen Volke, das für die erwiesene Gnade durch eine Weisfallswilligkeit ohne Gleichen und ohne Grenzen dankt. Hier finden die großen Paradereden statt, die von unaufhörlichen Zustimmungslauden begleitet und am Schluß mit dem bekannten „achtundzwanzigsten“ Weisfallsturm ausgezeichnet werden. Debatten sind ausgeschlossen. Das katholische Volk ist an Unterordnung gewöhnt; seine Größen reden, die Masse glaubt und jubelt. . . .

Wie Herr Gröber ankündete, liegt den Vorträgen in den öffentlichen Versammlungen der Gedanke zugrunde: die Kirche ist die Förderin der wahren Kultur und des allgemeinen Wohles; sie bedarf aber, um diese Aufgaben zu erfüllen, der Freiheit — ein Thema, das auf den Katholikentagen bereits 62 Mal verhandelt worden ist und das in diesen Tagen nunmehr zum 63. Mal verhandelt werden soll. Und was Herr Gröber sprach, der in längerer Rede die Versammlung eröffnete, was Herr Forch über die Schulfrage und was weiter Herr Rode über die Religion als Grundlage der Familie redete — es war das alte, seit der ersten Katholikentagsversammlung in Mainz immer wieder gelehrte Lied mit demselben Text, dem einige neue Strophen zugesetzt worden waren. —

Pod Triumphator?

In der Affäre des, wie man annahm, auch für die „maßgebende Stelle“ unmöglich gewordenen Landwirtschaftsministers ist schon wieder eine neue überraschende Wendung eingetreten. Man vergegenwärtige sich noch einmal kurz den Verlauf der Affäre. Wobdelski hatte im Scherblatt erklären lassen, daß er gar nicht daran denke, sein Abschiedsgesuch einzureichen, da sein Verhältnis zur Firma Zippelskirch schon seit vielen Jahren der für ihn allein maßgebenden Stelle bekannt ist. Nachdem Wobdelski dieses Thema verschiedentlich variiert und noch am letzten Sonnabend in dem Scherblatt erneut erklärt hatte, daß er kein Abschiedsgesuch eingereicht habe, brachte die „Nordd. Allg. Ztg.“ die hülswortliche Mitteilung, daß Wobdelski bereits vor einiger Zeit den Kanzler gebeten habe, sein Rücktrittsgesuch an maßgebender Stelle zu befürworten. Wir haben gestern dies offiziöse Spiel charakterisiert. Wir äußerten die Vermutung, daß Wobdelski durch die Erklärung Wobdelskis gezwungen worden sei, ihm jenen offiziellen Gnadenstoß in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zu verlesen und dadurch sein Verschwinden von der politischen Bildfläche unanfechtbar zu beschleunigen und sich selbst aus der Schußlinie zu bringen!

Wie alle Welt, so waren auch wir der Auffassung, daß nunmehr die offizielle Verabschiedung des Kompanons der Firma Zippelskirch nur noch die Frage von höchstens einigen Tagen sein werde.

Inzwischen aber hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ abermals eine hochoffizielle Erklärung gebracht. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Wie wir hören, hat der Reichskanzler und Ministerpräsident das von uns bereits erwähnte Schreiben des Herrn Landwirtschaftsministers vom 13. d. Mts. zum Gegenstand eines eingehenden Vortrages bei Seiner Majestät dem König und Kaiser gemacht. Se. Majestät hat darauf in Ueber einstimmung mit dem Antrage des Fürsten Wälow erklärt, daß Allerhöchste Er auf Grund der Ausführungen des Herrn Ministers vom 13. d. Mts. zurzeit nicht in der Lage sei, über die Frage der Entlassung von Exzellenz v. Wobdelski aus dem Staatsdienst eine definitive Entscheidung zu fassen.“

Es liegt auf der Hand, daß durch diese neue offiziöse Meinung der Reichskanzler sich selbst ein höchst eigenartiges Desaveu appliziert hat! Die ganze bürgerliche Presse ist sich denn auch darüber einig, daß diese neue Meinung nicht etwa eine Ergänzung der früheren Meldung darstelle, sondern einen ziemlich kläglichen Rückzug Bernhards des Unwiderstehlichen. Die gleichfalls offiziöse „Kölnische Zeitung“ liest denn auch bereits Herrn Bülow ein Privatstimmum über staatsmännische Gepflogenheiten. Es sei bisher niemals Sitte gewesen, die Öffentlichkeit durch Meldungen, wie sie die erste Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ dargestellt habe, über eine Ministerkrise zu informieren, deren Abschluß nicht unmittelbar bevorstehe. Der Öffentlichkeit habe man erst von vollendeten Tatsachen Kunde zu geben.

Es läßt sich also nicht daran drehen und deuteln, daß Fürst Bülow einen raschen Handstreich gewagt und dabei eine bössartige Schlappe erlitten hat. Wäre Bülow der „Konsequenzmacher“, der er nicht ist, so würde er es als Anstandspflicht betrachten, nunmehr selbst seine Entlassung einzufordern. Daß er das nicht zu tun gesonnen ist, beweist ja die famose Stillisierung der letzten offiziellen Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ wonach Wilhelm II. in Übereinstimmung mit dem Antrage des Fürsten Bülow erklärt hat, daß die Angelegenheit Bobbielski noch nicht spruchreif sei. Des Reiches Kanzler tritt also wieder einmal mit der ihn zierenden Grazie einen kläglichen Rückzug an. Gehört er auch nicht zu jenen hartnäckigen Naturen, wie Bobbielski, so ist er doch mindestens ein ebenso starker „Kleber“ wie dieser.

Verschiedene Blätter, z. B. die „Germania“, meinen, daß damit das Weichen Bobbielskis noch keineswegs besiegelt sei. Wer sich in dem diplomatischen Stauderwisch auskenne, wisse, daß die neueste Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ nur besage, daß Bobbielski nicht im Augenblick gegangen werden solle. Im Herbst werde er, seinem eigenen Diktum gemäß, schon noch „verduften“. Der Agent bei der offiziellen Erklärung sei auf das Wörtchen „zurzeit“ zu legen; die Galgenfrist Bobbielski werde sich also nur auf einige Wochen belaufen.

Uns kann die Entwicklung der Angelegenheit, wie schon bemerkt, äußerst kühl lassen. Ob Bod oder ein anderer, Agrarisch wird auch ferner Trumpf bleiben! Und ob Bernhard oder ein anderer, ist für unsere Politik ebenso belanglos. Wilhelm II., der sein eigener Kanzler sein will, würde für den vakanten Kanzlerposten doch wiederum eine Persönlichkeit ausfindig machen, deren Charaktereigenschaften denen Bülows entsprächen! Und da die herrschenden Parteien, speziell die eigentliche regierende Partei, das Zentrum, mit diesem System durchaus einverstanden ist, würde in der inneren und äußeren Politik alles beim alten bleiben!

Ueber die vermeintlichen Ursachen der Bobbielski-Krise werden in der Presse allerhand Vermutungen aufgestellt. Man ist der Meinung, daß irgend welches Belastungsmaterial gegen Bobbielski vorliegen müsse. Man bezieht sich dabei auf eine Aeußerung eines Dortmunder Blattes, in dem behauptet wird:

„Der springende Punkt in der Bobbielski-Frage ist eine Aussage, die Major Fischer dem Untersuchungsrichter gegenüber gemacht hat. Danach hat Herr v. Tappelskirch den Major zur Annahme eines der verschiedenen Darlehne mit der Motivierung überredet, die betreffende Summe käme von Exzellenz v. Bobbielski. Major Fischer gibt nun an, er habe es für nötig gehalten, sich für diese Hilfe beim Minister zu bedanken. Diesen Dank soll der Herr Landwirtschaftsminister — obwohl er in Wirklichkeit gar nicht der Darlehensgeber war — in halb verlegener, halb jovialer Weise angenommen haben. Damit wäre denn wohl ein Zusammenhang zwischen dem Fischerischen Darlehen und Exzellenz v. Bobbielski konstatiert, und zu gleicher Zeit die Mitschuldenschaft Bobbielskis an den Tappelskirch'schen Ungehörigkeiten nachgewiesen.“

Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß, wenn diese Darstellung richtig wäre, Bobbielski bereits seit Jahr und Tag die seltsamen Geldgeschäfte Tappelskirch mit dem verhafteten Major Fischer gekannt haben müßte. Ja er habe sie, statt ihnen entgegenzutreten, sogar indirekt gefördert, indem er dem Major Fischer gegenüber die ihm von Tappelskirch zugeteilte Rolle weiter gespielt habe!

Deutsches Reich.

Zur Frage der Immunität.

Während sich Herr Erzberger in Sachen der Abgeordnetenimmunität wenig rühmlich benommen hat, sind wenigstens einige freisinnige Abgeordnete bemüht, die Rechte des Reichstages zu wahren. Gleich dem Abgeordneten Ledebour hat kürzlich der Abg. Koppich dem in der Kolonialaffäre tätigen Untersuchungsrichter mitgeteilt, daß er über Angelegenheiten, die ihm in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter anvertraut worden seien, keinerlei Auskünfte machen werde. Auch der freisinnige Abgeordnete Ablaß hat eine ähnliche Erklärung abgegeben. In einer kommissarischen Vernehmung, die er am Montag nachmittag in der Kolonialaffäre vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Hirschberg in Schlesien hatte, lehnte es der Abgeordnete Ablaß ab, über die Art der Herkunft seines Materials Auskunft zu geben. Er begründete sein Verhalten damit, daß er es als einen Vertrauensbruch ansehen müsse, wenn er jemand nennen würde, der ihm in seiner Vertrauensstellung als Parlamentarier diskrete Mitteilungen gemacht habe. Trotzdem ihm von dem vernehmenden Richter erklärt wurde, daß der Strafprozeß ein solches Recht eines Abgeordneten, seine Auskünfte zu verweigern, nicht kenne, verhartete Ablaß bei seiner Weigerung. Auch bei der sich hieran anschließenden Vernehmung des genannten Abgeordneten in der Untersuchungsfrage gegen die Beamten des Kolonialamtes Götz, Schneider und Genossen stellte sich Herr Ablaß auf den Standpunkt, daß er zunächst von dem Zeugnisverweigerungsrecht des Verteidigers eines der Angeklagten Gebrauch mache. Er betonte aber außerdem, daß er auch hier das Material, das er nicht als Verteidiger, sondern als Reichstagsabgeordneter erhalten habe, nicht preisgebe. Er lehnte deshalb die Herausgabe seiner Verteidigungskarten ab. Herrn Ablaß wurde darauf die gerichtliche Verschlagnahme in Aussicht gestellt.

Als diese Vorgänge werden den Reichstag nötigen, das durch die neuerliche Gerichtsprozeß bestrittene Recht der Abgeordnetenimmunität endlich einmal fest zu umgrenzen! —

Steuerpolitischer Kagenjammer.

Stuttgart, 20. August. (Fig. Ver.)

Es kann ja nicht wundernehmen, daß die „nationale Zeit“, wie der Abg. Wülfing die Reichsfinanzreform genannt hat, ihren Schöpfern

allmählich als das Gegenteil einer Tat, vielmehr als ein Streich erscheint, den sie gegen sich selbst geführt haben. Es hängt den „nationalen“ Parteien vor einer Fahrenstucht ihrer Wähler und daher scheint eine Aktion im Werke zu sein, die darauf hinausläuft, den misgünstigsten Teil der Steuerreform, die Fahrkartensteuer, so bald als möglich wieder über Bord zu werfen. Ein württembergisches nationalliberales Blatt, das zuweilen gut informiert ist, der „Schwarzwälder Bot“, läßt sich darüber von „vertrauenswürdiger Seite“ schreiben:

Die Wiederaufhebung der Fahrkartensteuer sei nur eine Frage der Zeit. Im Bundesrat sei sie ja nur nach Beschwichtigung erster Bedenken zur Annahme gelangt. Haupt-sächlich hätten die Regierungen eine Schwärzung ihrer Eisenbahneinnahmen infolge des Ueberganges vieler Reisender zu einer niederen Wagenklasse befürchtet, eine Besorgnis, die sich schon in den ersten Wochen nach Einführung der Steuer als begründet erweist. Wenn die Regierungen trotzdem den Beschlüssen des Reichstages zugestimmt hätten, so aus folgender Erwägung: Behufs gründlicher Verringerung der Reichsfinanzlage und Verrückung der für die nächsten Jahre zu erwartenden Mehrausgaben werde eine stärkere steuerliche Heranziehung des Tabaks nicht zu umgehen sein. Diese sei aber im Reichstag nur durchzusetzen, wenn man dafür eine Kompensation gewähre, die den Abgeordneten die Rechtfertigung einer höherbesteuerten des Tabaks vor ihren Wählern erleichtert. Eine solche Kompensation soll nun die Aufhebung der Fahrkartensteuer sein. Im Reichshaus würde man es daher gar nicht ungern sehen, wenn die Fahrkartensteuer recht diesem Widerstand begegnet.

Das ist ja eine ganz wunderbare Staatskunst! Das biedere Reichshaus und die Einzelregierungen hätten da nach der Fahrkartensteuer nur mit der reservatio mentalis zugestimmt, sie recht bald wieder beseitigen, als Ersatz dafür aber eine stärkere Besteuerung des Tabaks einzuführen zu können. Man wird sich diese Beschlüsse einer schönen Seele merken müssen für den Fall, wo der Versuch gemacht wird, das so nett eingefädeltelte Plänchen zur Durchführung zu bringen. Wegen die Aufhebung der Fahrkartensteuer wird seitens der Sozialdemokratie dann ganz gewiß kein Widerspruch erhoben, wohl aber muß schon jetzt Verwahrung eingelegt werden gegen eine weitere Belastung des Tabaks, den gewisse Kreise so lange „bluten“ lassen wollen, bis die ganze Industrie noch „verblutet“ sein wird.

Auf jeden Fall ist es interessant zu sehen, wie system- und grundsatzlos die „positive“ politische Arbeit unserer Gegner ist. Wie haben sie über das von ihnen so schön arrangierte Steuerbudget jubelt und sich gefreut und nun es den Wählern so gut gefällt, daß sie davon zu laufen beginnen, da wollen sie die ganze Angelegenheit nicht ernst gemeint, sondern nur „auf Widerruf“ gemacht haben! Wenn das Wort Ogenstjernas jemals berechtigtweise Anwendung finden kann, so sicher auf die steuerpolitische Staatskunst der Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages. —

Neue Verschleppungen in Pattamerun.

Wie die „Lag. Rundschau“ mittelt, ist die Untersuchung gegen Ring Aqua und Genossen noch immer nicht zum Abschluß gelangt. Zwar seien die Zeugenvernehmungen in der Kolonie selbst beendet worden, jedoch sei die Vernehmung einer Reihe von Zeugen, die sich zurzeit auf Urlaub in Deutschland befinden, notwendig geworden, womit die zuständigen Gerichte beauftragt worden seien. Inzwischen sei nun der Oberrichter Deyel, in dessen Händen das ganze Verfahren ruhte, in Kamerun gestorben, so daß zunächst vom stellvertretenden Gouverneur ein neuer Richter für die Weiterführung des Verfahrens habe berufen werden müssen. Unter diesen Umständen sei der Abschluß der ganzen Angelegenheit vor Ende Oktober nicht zu erwarten.

Man sieht, Jesko hat eigenartiges Glück. Auch die Ring Aqua-Affäre erleidet durch den unerwarteten Tod des bisherigen Untersuchungsrichters eine ihm sicher nicht unangenehme Unterbrechung.

Bei dieser Gelegenheit muß erwähnt werden, daß der in Sachen der Cousins-Affäre und sonstiger Putzameriken nach Südwestafrika entsandte Untersuchungsrichter ein Korpsbruder des Angeklagten ist!

Freisinnige für Herrn Hasse!

Aus dem 10. sächsischen Reichstagswahlkreise ist die famose Tatsache zu verzeichnen, daß sich eine Reihe von „freisinnigen Vertrauensmännern“ gefunden haben, die für die Kandidatur Hasses eintreten. Die sächsische Freisinnpresse, speziell die „Titianer Morgenzeitung“, nimmt allerdings zu dieser Direktionslosigkeit in schärfster Weise Stellung. Sie bezeichnet es als eine „Unverschämtheit“, daß sich Personen erdreisteten, Mißbrauch mit der Bezeichnung „Vertrauensmänner der freisinnigen Volkspartei“ zu treiben. Sie betont auf das entschiedenste, daß die Behauptung, Professor Hasse sei auch Kandidat der freisinnigen Volkspartei, auf einen „Betrug“ hinauslaufe. Jedes Blatt, das diese Behauptung aufrecht erhalte, mache sich des „Betruges“ mit-schuldig“. Wir wollen abwarten, welchen Verlauf dieser freisinnige Bruderkrieg nehmen wird. —

Wendarmen als Berichterstatter. Wir lesen in der „Sächs. Arbeiterz.“: Auf Grund eines Wendenwachmeister-Berichts über die Protestversammlung, die am 15. Mai 1906 gegen die Schulvorlage in Berlin-Großlichterfelde stattgefunden hat, hat die Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Kurt Eisner, der in der Diskussion das Wort ergriffen hatte, Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Der polizeiliche Bericht-erstatler hat aus den mehrstündigen Verhandlungen, von denen Eisners Ausführungen etwa eine Stunde in Anspruch nahmen, ein paar unzusammenhängende Proben notiert. Die Eisner in den Mund gelegte Aeußerung über die Dynastie der Hohenzollern erweist sich auf den ersten Blick als völliger Unsinn, der zwar von einem harmlosen Volkswachmeister geschrieben, aber nicht von einem sozialdemokratischen Redner gesprochen werden kann. Sollte es zur Eröffnung der Hauptverhandlung kommen, so wird sich Gelegenheit bieten, vor der Öffentlichkeit mit einem System abzu-rechnen, das absolut verständnislos und nachweislich zur Berichter-stattung ungeeignete Polizisten zu Kronzeugen politischer Prozesse und zu einer Gefahr für die „Rechtssicherheit“ macht. —

Ein vielseitiger Unteroffizier. Das Kriegsgericht der 18. Division zu Schwerin sprach vor einiger Zeit den Unteroffizier Döpper von der 9. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 90 von der Anklage des Einbruchs diebstahls frei, weil der Angeklagte in sinnloser Trunkenheit gehandelt habe. Wegen dieses erregenden Urteils legte der Gerichtsherr Verurteilung ein. Am Abend des 7. Juli hatte D. einen Regelluß besucht und mit anderen Unteroffizieren scharf geschätzt, doch muß er nicht stark angetrunken gewesen sein, denn er statterte mit offenkundiger Bewußtlosigkeit über ein Glitz und holte sich aus dem Garten eines Kaufmanns Stachelbeeren, worauf er durch das Überfließen eines Schaufensers fiel und sich aus der Laderkiste 40 M. sowie eine Uhr, Uhrenten, Ringe, ein Thermometer und andere Sachen aneignete. Beim Hinausklettern fiel er auf einen Kasten, der umkippte und großes Geräusch verursachte, so daß die Ladeninhaberin erwachte, die noch gerade sehen konnte, wie der Unteroffizier die Plünder ergriff, wobei er sich äußerst ge-wandt benahm. Nach stattgehabter Meldung wurden die Effekten des diebstahligen militärischen Geizhals durchsucht und man fand die gestohlenen Sachen äußerst geordnet verpackt in der Matratze eines unbenutzten Bettes vor, was sicher nicht für sinnlose Trunkenheit

spricht. Der Angeklagte behauptet auch vor diesem Gericht, sinnlos betrunken gewesen zu sein, doch wird ihm dies nicht geglaubt. An-tragsgemäß wird er zu fünf Monaten Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Soldatenklasse verurteilt. —

Das alte Lied!

In Südwestafrika, genannt West-West, ist wieder einmal eine Gotten-tottenbande „zer Sprengt“ worden. Als ob nicht die eigen-artige Taktik dieses Gegners darin bestünde, sich, sobald er gestellt wird, zer Sprengt zu lassen, um sich an irgend einem unbedenklichen, sicheren Orte wieder ein Rendezvous zu geben! Durch ein solches „Zer Sprengt“ des Feindes wird Oberst v. Deimling seine „Kaufmannsarmee“ sobald nicht brechen. Die amtliche Meldung lautet: Bis schon gemeldet, hatten etwa 50 Gotten-totten am 6. August die Pferdewache der 2. Feldkompagnie 2. Regiments bei Kurisfontein angegriffen, waren aber durch die herbeieilende Kompagnie zurückgeworfen worden. Der Feind sückete über Umkreis auf Welladrift, zog von da Orange aufwärts bis zum Hamreiter und folgte diesem nord-wärts in Richtung auf die Gr. Karaberge. Er belam unterwegs verschiedene Zugzug, anscheinend durch Vondelszwarts unter Johannes Christian, so daß er allmählich wieder eine Gefechtsstärke von 150 Gewehren erreichte. Unsere Truppen verfolgten den Gegner fortgesetzt und zwar zuerst Abteilung Eleberg bis Welladrift, dann Kompagnie Grüner bis Durdrist, im Ham-reiter, und zuletzt Abteilung Weg — 1., 8., 9. Kompagnie 2. Regiments, 7. Batterie mit sehr niederen Gefechtsstärken. Der schlechte Ernährungszustand der Truppen im Süden, entstanden durch geringen Nachschub auf den weniger leistungsfähigen Stappensirafen und dadurch eingetretenen Mangel an Brodiant und Hafer, macht eine solche Abführung der verfolgten Abteilungen nötig!

Hauptmann Weg, der sich schon früher durch den Ueberfall gegen Moxenga ausgezeichnet hatte, überraschte den Feind bei Nabis nordöstlich Kalkfontein und zer Sprengte ihn nach drei-sündigem Gefecht. Der Gegner hatte größere Verluste und ließ eine Anzahl (wie viele?) Toter auf dem Gefechts-feld. Auf unserer Seite fiel Leutnant von Heyden, früher im Infanterie-Regiment Nr. 164, und ein Reiter. Ein Mann wurde schwer, ein anderer leicht verwundet.

Abteilung Weg setzt die Verfolgung fort. Oberst von Deimling ist mit seinem Stabe in Warmbad ein- getroffen.

Ausland.

Frankreich.

Die Komplottaffäre.

Aus Marseille wird vom 21. August gemeldet: Der unter dem Verdacht der Teilnahme an einem anarchistischen Komplot verhaftete italienische Schuhmacher Cyrillo Francesco hat sich bisher geweigert, dem Untersuchungsrichter Auskunft zu geben. Die Polizei ist jetzt der Ansicht, daß das Attentat nicht gegen den Präsidenten Fallières, sondern gegen den König von Italien vorbereitet wurde. —

Italien.

Katholische Freiheit.

Aus Rom wird vom 21. August berichtet: Wie verlautet hat der Vatikan den Priester Murri in Kenntnis gesetzt, daß gegen ihn kanonische Maßregeln verhängt würden, falls er eine Protest-note gegen die päpstliche Enzyklika veröffentlichen würde. Es hieß nämlich, daß Murri diese Absicht habe. —

Holland.

Die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht.

Amsterdam, 20. August.

Am Sonntag fanden zwölf provinzielle Versammlungen für das allgemeine Wahlrecht statt. Sie wurden dieses Jahr zum ersten Male an ein und demselben Tage abgehalten und bezweckten eine Vorbereitung zu der jährlichen nationalen Versammlung, die dieses Jahr am 18. September zu Amsterdam die Kämpfer für das Wahlrecht in größerer Anzahl zusammenströmen lassen wird als je zuvor. Die vorbereitenden Versammlungen haben ihren Zweck erreicht, das Resultat ist zufriedenstellend trotz des drohenden Regens. Die Demonstrationen waren ausschließlich proletarische, ausgehend von den provinziellen Wahlrechtskomitees, bestehend aus den Abteilungen der S. D. N. P. und denen der Gewerkschaften. Die Redner waren Sozialdemo-kraten, mit Ausnahme von zwei Frauenrechtlerinnen und einem freisinnig-Demokraten. Auf der Rotterdammer Versammlung waren 123 Gewerkschaften vertreten, die zu Lochem zählte 1600—1700 Besucher, zu Wageningen 1000, Zwolle 1500, Middelburg 500, Leeuwarden 2000 Besucher. Von den übrigen fehlen noch nähere Mitteilungen. Nach Beendigung der Versammlungen wurden überall Demonstrationsumzüge durch die betreffenden Plätze veranstaltet mit Musik und fliegenden Fahnen und Bannern, während sozialistische Kampfeslieder den Einwohnern der meistens sonst stillen Provinzialstädte vom Kampfesmut der Arbeiterschaft meldeten und sie zur Teilnahme aufforderten. Versammlungen und Umzüge verliefen ohne irgend welche Zwischenfälle. — Das Interesse, das die Arbeiterschaft am Wahlrechtskampfe zeigt, wächst stetig und wird weiter steigen, bis die Bourgeoisie das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht, ohne jedwede Genusstranken und sonstige ausgeklügelte Hindernisse, dem ganzen Proletariat zugestehen muß. —

Norwegen.

Kristiania, 18. August. (Fig. Ver.)

Die ersten Wahlen

haben stattgefunden. Trotzdem erst wenige Repräsentanten gewählt sind, so kann man doch konstatieren: U b m a r s c h nach links! Und trotzdem Moderate, Konservative und Freisinnige sich alliierten gegen die Sozialdemokraten! Nur die Radikalen der Ostbergischen Richtung machen vorläufig eine Ausnahme. Bezeichnend für die gegenwärtige politische Situation ist speziell die erste Wahl im Kristians Amt, ausschließlich Bauerndistrikt, wo beinahe alle konigstreuen Wäuerrepräsentanten durchgefallen sind. In fünf Kreisen wurden nur zwei mit knapper Majorität gewählt. Im all-gemeinen herrscht überhaupt starke Mißstimmung gegen die zahlreiche Wäuervertretung im Storting. Speziell ist es natürlich der bäuerliche Arbeiter und Häusler, der über diese Vertretung erbittert ist, aber auch die industriellen Arbeiter sehen mehr und mehr ein, daß der Wäuermehrheit jedwedes Verständnis in sozialen Fragen fehlt und daß die Wäuer-vertreter Ausbeuter, Politiker schlimmster Art sind.

Die Wahlausichten sind trotz der vereinigten Wäuerpartei, die den König Haakon mit seinen Ministern auf eine sechs-wöchentliche Agitationstour sandten, doch die besten, und man darf auf mindestens zehn bis zwölf Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei rechnen. In Drontheim wurde beim ersten Wahlgang unser Genosse Buen, ehemals Typograph und jetzt Redakteur der „Ny Tid“, gewählt, ebenfalls wurde Genosse Schello, Typograph, als Stellvertreter gewählt. Die bürgerlichen Blätter sind natürlich rasend darüber, daß die alte Krönungsstadt Drontheim durch einen Sozialdemokraten vertreten sein soll, und man jammert über die eigene schlechte Organisation. „Morgenbladet“, Haupt-organ der Konservativen, schreibt über die letzte Wahl: „Auch diese Wahl lehnte uns wiederum, daß auf alle Fälle außer-halb der Städte die Arbeiterschaft allein im Besitze der nötigen Disziplin ist. Will man nun immer noch nicht eine Lehre daraus ziehen?“

Die bisherige Wahl zeigt schwache Beteiligung, und die Regierungspartei klagt über politische Gleichgültigkeit. Wir nennen es moralischen Kagenjammer der politischen Ereignisse

Des Jahres 1905. Das so viel gepriesene neue und billige Königtum wird doch am Ende etwas zu teuer, selbst nach Abschaffung des Titels „von Gottes Gnaden“.

Kristiania, 21. August. (Privattelegramm.) Gestern fanden 38 Wahlen statt. Die Partei hatte eigene Kandidaten in 14 Kreisen aufgestellt, wovon Dr. Grifens und Foshaugs Wahl in Fromjoe Amt gesichert ist; außerdem ist die Partei in zwei ausschlagreichen Stichtwahlen. Die Sozialdemokraten haben einen Sitz verloren. Im übrigen sind gewählt 6 Liberale, 1 Konservativer, 2 Sammlungsparteiler, 5 Radikale; 19 Stichtwahlen ergaben sich. Die Resultate aus drei Kreisen fehlen. Insgesamt sind gewählt in 66 Kreisen 5 Liberale, 1 Moderater, 7 Liberale, 8 Radikale, 2 Nationaldemokraten, 3 Sozialdemokraten. Die gesamte Rechte hat bisher 6 Siege verloren.

Amerika.

Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten.

William Jennings Bryan, der Führer der demokratischen Partei, wird bei seiner Rückkehr von einer Weltreise am 30. August in New York mit großem Pomp empfangen werden. Die Festlichkeiten in New York sollen mehrere Tage dauern und werden viele Tausende von Dollars kosten. Dieser Empfang bedeutet eine riesen-rekame für Bryan als den nächsten Präsidentschaftskandidaten. Im Anschluß an die Herbstwahlen wird schon für die nächste Präsidentschaft überall Stimmung gemacht. Es gilt für die demokratische Partei einseitig, die frühere Einigkeit und Geschlossenheit wiederzugewinnen und andererseits den wachsenden Einfluß von Hearst und seinem Radikalismus zu untergraben. Hearst erscheint den Demokraten als äußerst gefährlich, weil sie durch sein Spiel mit dem Radikalismus eine Stärkung der immer zahlreicher bemerkbar werdenden sozialistischen Tendenzen befürchten. Bryan, der 1896, als er zum erstenmal als Kandidat für die Präsidentschaft auftrat, bitter gehäßt und als „Anarchist“ von den rechtsstehenden Demokraten bezeichnet wurde, gilt heute als ein honeste, empfehlenswerter Kandidat in der ganzen demokratischen Partei. Auf der linken Seite erkreut er sich noch der alten Bestechlichkeit und allgemeinen Popularität, die mit einem Schloße erwachte, als er in Chicago die große Rede hielt von der „armen gepeinigten Menschheit, die an einem Kreuze von Gold hängt und leidet“. Das gab eine große Sensation, aber Bryan wollte die arme Menschheit damals nur durch — die Silberwährung erlösen. Es sollte ein Kreuz von Silber errichtet werden. Und die Silberkrulle brachte alle „Gold-Demokraten“ auf die Beine, die Partei wurde dadurch gespalten. Der Glaube an Silber ist überwunden; Bryan selbst hat diese Krulle aufgegeben, weil, wie er erklärte, die Verhältnisse sich geändert haben und die Produktion von Gold in ungemein großer Menge zugenommen habe. Trotzdem war Bryan den rechtsstehenden Demokraten nicht sicher genug, und erst die Gefahr, daß Hearst einen dominierenden Einfluß gewinnen könnte, sicherte ihm die allgemeine Anerkennung auch auf dem rechten Flügel der Partei. — Daß Bryan ein sehr starker Gegner ist, wissen die Republikaner sehr wohl, und auch sie halten schon eifrig Ausschau nach einem Kandidaten, der Bryan das Gegengewicht halten kann. Viele glauben, daß Roosevelt allein dazu imstande ist, der aber feierlichst am Abend seines Wahltages dem ganzen Lande versprochen hat, daß er keinen dritten Termin das Präsidentschaftsamt führen werde. Trotzdem Bryan schon zweimal geschlagen wurde, 1896 und 1900, was für jeden anderen den politischen Tod bedeuten würde, gilt er in der demokratischen Partei zweifellos als der kommende Mann.

Gewerkchaftliches.

Der Mörder und sein Opfer!

Der Mörder des Genossen Fleischmann in Nürnberg ist aus der Haft entlassen worden. Er war ja kein Streikler, sondern ein Arbeitswilliger! —

Das Opfer des Mordbubens ist am Montag früh im Krankenhaus zu Nürnberg gestorben!

Berlin und Umgegend.

Metallarbeiter!

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte in der Angelegenheit der Maiseier in dem Betriebe Brunnenstraße der A. E. G. eine Untersuchungskommission eingeseht, und nach der Berichterstattung dieser Kommission nachsehende Resolution angenommen, welche hierdurch den Berliner Kollegen zur Kenntnis gegeben wird:

Resolution

Die von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes eingesehte Kommission zur Untersuchung des Mordbubens bei der Maiseier der A. E. G., Brunnenstraße, kommt zu folgendem Ergebnis:

Alle Kollegen des Betriebes, die entgegen dem Beschlusse vom 18. April d. J. am 1. Mai gearbeitet haben, verdienen eine öffentliche Rüge. Insbesondere die langorganierten Mitglieder und diejenigen, welche einen Vertrauensposten inne hatten. Von ihnen durfte erwartet werden, daß sie energisch für die Durchführung des Beschlusses, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, eintreten würden. Wenn die Kommission einen Antrag auf Ausschluß nicht empfiehlt, so mit Rücksicht darauf, daß es bei der großen Anzahl der in Frage kommenden Kollegen unmöglich erscheint, das Schuldkonto des einzelnen zu bestimmen.

Als mildernd muß ferner in Betracht gezogen werden, daß von Seiten der verantwortlichen Verbandsfunktionäre Mißgriffe gemacht worden sind, die eigentlich nicht hätten vorkommen dürfen. So dürfte erstens keine Abstimmung vorgenommen werden ehe festgestellt war, ob die Leipziger Resolution für den Betrieb zuträglich oder nicht, damit den Kollegen vor der Abstimmung klipp und klar gesagt werden konnte, daß, wenn sie den 1. Mai zu feiern beschließen, sie dies ohne Anspruch auf eventuelle Maßregelungsunterstützung tun müssen. Des weiteren war die Abstimmung unkorrekt, indem die unbeschriebenen zurückgekommenen Zettel gar nicht mit in Zahlung genommen wurden. Drittens ist nach der Abstimmung mittelst Stimmzettel noch eine Versammlung mit dem Thema: „Sind wir in der Lage, den 1. Mai durch Arbeitruhe zu feiern“ einberufen worden. Dieses Tagesordnung hat ungewissheit verweilend gewirkt. Ferner ist noch zu erwähnen, daß die Versammlungen in Lokalen abgehalten wurden, die räumlich mit der Zahl der in der Brunnenstraße beschäftigten Kollegen in keinem Verhältnis standen. Aus allen diesen Gründen glaubt die Kommission einen Antrag auf Ausschluß nicht empfehlen zu können, sondern erachtet eine öffentliche Rüge für angemessen.

Ein Erfolg der Organisation. In den deutschen Maschinen- und Munitionsfabriken besteht seit Jahren die Ansicht, daß die Arbeiter die von ihnen gebrauchten Werkzeuge bezahlen müssen. So kam es denn vor, daß Leute, die 50 Pf. Stundenlohn hatten, in einem Monat bis zu 15 M. Abzüge für verbrauchte Werkzeuge gemacht wurden. In anderen Abteilungen mit Stundenlöhnen von 52 Pf. belief sich der Abzug auf 8 bis 9 M. pro Monat. Selbst Unglücken mußten von den Arbeitern bezahlt werden, und in einer Abteilung mußten Arbeiter bis zu 4 M. allein für Schmirgelbleinwand ausgeben. Dieser durch und durch verärgerten Zustände suchte der Arbeiterausschuß vor einigen Monaten abzuhelfen, indem er bei der Direktion vorstellig wurde. Die Direktion benahm sich damals aber derartig brüsk, daß die Ausschussmitglieder sämtlich ihre Ämter niederlegten. Jetzt wurden sich die Arbeiter schlüssig, aus jeder Abteilung eine Kommission zu wählen mit dem Auftrage, unabweislich die Abschaffung der Werkzeugbezahlung von der Direktion zu fordern.

Dieses Vorgehen hatte den Erfolg, daß die Direktion sich nunmehr zu der Zugabe bequeme, die Werkzeugbezahlung vom 1. September d. J. ab in Fortfall kommen zu lassen. Eine Kürzung der Löhne und Affordräge soll aus diesem Anlaß nicht erfolgen. Mit diesem Resultat der Verhandlungen erklärte sich am Freitag eine in der Kronenbrauerei vom Metallarbeiter-Verbande einberufene, außerordentlich stark besuchte Werkverversammlung einverstanden.

Zur Lohnbewegung der Glaser. Wie bereits mitgeteilt, haben die Glaser den Tarifvorschlag des Einigungsamtes abgelehnt, weil ihnen die Zugeständnisse der Unternehmer als zu geringfügig erschienen. Im Anschluß hieran fand gestern auf dem Gewerbegericht eine nochmalige Zusammenkunft der beiderseitigen Kommissionen statt. Die Vertreter der Unternehmer erklärten hier jedoch, daß sie ein weiteres Entgegenkommen ablehnen müßten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden wollen sie deswegen nicht bewilligen, weil die Arbeiter der übrigen Vorkonstruktionen auch noch alle die neunstündige Arbeitszeit haben. Infolgedessen gerschlagen sich die gestrigen Verhandlungen. Wahrscheinlich dürfte das Einigungsamt nun in den nächsten Tagen einen Schiedspruch fällen, falls es nicht vorher doch noch zu einer Verständigung zwischen den Streikenden und den Unternehmern kommt.

Achtung, Holzbildhauer! Bei der Firma Lindgreen, Rigdors, Schönweiderstr. 23, haben die Kollegen am Sonnabend Lohnforderungen gestellt, die nicht bewilligt wurden. Ein Kollege ist sofort entlassen worden. Die übrigen legten darauf die Arbeit nieder. Der Betrieb ist für Bildhauer zu meiden.

Die Agitationskommission.

Tarifbewegung der Brauereihandwerker. Eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung sämtlicher Brauereihandwerker, Maschinenisten und Heizer, welche am 30. August in der Musterfälen, Kaiser Wilhelmstraße 18a, tagte, hatte auf der Tagesordnung die Beratung und Beschlußfassung über die neue Tarifvorlage. Das Tarifprovisorium zwischen dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend einerseits und den in Betracht kommenden Verbänden (Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Holzarbeiter, Maurer, Zimmerer usw.) andererseits läuft mit dem Ende dieses Jahres ab. Die Tarifkommission hat nun nach Besprechungen mit den beteiligten Handwerkern sowie Heizern und Maschinenisten einen Entwurf zu einem neuen Tarif aufgestellt, der der Versammlung nebst verschiedenen Anträgen vorlag. Siering begründete den Entwurf in allen seinen Punkten, die dann in einer lebhaften Debatte einzeln durchgegangen wurden. Mit einigen Veränderungen wurde die Vorlage angenommen, die nunmehr dem Brauereiverband unterbreitet werden soll. Neu ist bei der Tarifvorlage der Handwerker die Einbeziehung der in den Brauereien tätigen Maschinenisten und Heizer. Für die Handwerker wird die neunstündige Arbeitszeit gefordert statt der jetzt meist geltenden 9 1/2 stündigen. Für alle Handwerker wird einheitlich — jetzt ist die Entlohnung sehr verschieden — ein Anfangslohn von 36 M. pro Woche vorgezogen. Ueberstunden sollen nach der neunten Arbeitsstunde bis 9 Uhr abends mit 80 Pf., nach 9 Uhr bis 7 Uhr morgens (Nachtarbeit) mit 1,20 M., Sonntagsarbeit mit 1 M. pro Stunde bezahlt werden. Jede angefangene Stunde ist voll zu zahlen. Die Ueberstundenfrage wird noch näher geregelt. — Für das Maschinenpersonal wird hauptsächlich gefordert: Die Arbeitszeit beträgt für alle Kategorien (Maschinenisten, Heizer, Abschmierer und Kohlenstieber) täglich acht Stunden, die Woche zu sechs Tagen gerechnet; Schichtwechsel findet Sonntags statt, ebenfalls achtschichtig. Jeden dritten Sonntag ist eine 48stündige Ruhezeit zu gewähren. Der Anfangslohn für Maschinenisten und Heizer beträgt 36 M., nach einem Jahre 38 M.; für Abschmierer und Kohlenstieber 34 M., nach einem Jahre 36 M. Ueberstunden und Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag. — Unter Allgemeines enthält die Vorlage Bestimmungen über Urlaub, über Kündigungsfristen, über den Arbeitsnachweis, über hygienische Einrichtungen in den Werkstätten usw. Auch wird Freigabe des 1. Mai als Feiertag verlangt und bestimmt, daß bereits vorhandene bessere Bedingungen bestehen bleiben. Ferner wird vorgeschlagen: „Rebenarbeiten bei Maschinenisten beziehungsweise Heizern, wie Eisziehen usw., sowie Rebenarbeiten bei Handwerkern, die außerhalb ihres Berufes liegen, sind strikte zu vermeiden.“ (Es ist vorgekommen, z. B. in der Vorkrauerlei, Abteilung I, daß die Handwerker zum Heuabladen und ähnlichen Tätigkeiten verwendet wurden.) Auf Antrag aus der Versammlung wurde auch der Vorlage eingefügt: „Im Interesse der Betriebssicherheit ist es zu vermeiden, daß zur selbständigen Ausführung von handwerkemäßigen Arbeiten ungelernete Arbeiter herangezogen werden.“ Die übrigen Bestimmungen beziehen sich mehr oder minder auf die Durchführung des Tarifs, bei dem man mit einer Dauer von zwei Jahren rechnet.

In die Verhandlungskommission wurden Schwittau, Gollmer, Siering, Handlke und Korbowicz gewählt.

Der Kampf um den Siebenstundentag im Berliner Steinbildhauergewerbe hat Unternehmer und ihren verwandte Zeitungen zu Anschuldigungen veranlaßt, die diese durch eine kaum erhoffte Einmütigkeit der Gehilfen sich auszeichnende Bewegung als nicht gerechtfertigt erscheinen lassen sollen. Und doch ist die von den Steinbildhauern erhobene Forderung der täglichen siebenstündigen Arbeitszeit tief in den Verhältnissen begründet. Dafür spricht schon die in Betracht kommende Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter vom Jahre 1902, wonach im Verufe höchstens neun Stunden gearbeitet werden darf. Unsere hohe Reichsbehörde hätte sicherlich nicht eine solche Maximalgrenze festgesetzt, wenn sie nicht von der Gesundheitschädlichkeit der Arbeit der unter die Verordnung fallenden Kategorien der Steinarbeiter und damit der Steinbildhauer überzeugt worden wäre. Erfahrungsgemäß gewähren solche sozialpolitischen Vorschriften in der kapitalistischen Gesellschaft heute höchstens das Mindestmaß des in Wirklichkeit erforderlichen Schutzes. Setzt die Regierung neun Stunden als Maximalarbeitszeit fest, so ist sicherlich, um den Gesundheitszustand des Berufes einigermaßen entgegenzuwirken, der Siebenstundentag vorzuziehen. Das veranschlagt sich denn auch in der tatsächlichen Gestaltung der Verhältnisse Ausdruck. Von den 1200—1300 Steinbildhauern in Deutschland umfaßte die letzte Statistik 982. Davon arbeiten bereits sieben Stunden 127, und zwar ist der Siebenstundentag durchgeführt in Dresden, Mannheim, Bremen, Hamburg und Stralsund überhaupt, und außerdem arbeiten 25 Gehilfen in Köln, Frankfurt und Mainz ebenfalls nur sieben Stunden. In zwölf Städten sind 350 Steinbildhauer 7 1/2 Stunden täglich beschäftigt. Eine achtstündige Arbeitszeit haben 245 und eine acht- bis neunstündige 260 Gehilfen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Statistik die Gehilfen in den Grabsteingeschäften in keinen Orten mit umfaßt, die im Verhältnis die längste Arbeitszeit haben. — Die 7 1/2 stündige Arbeitszeit ist in Berlin, wo nach der Zusammenstellung vom 9. August sich jetzt 236 Steinbildhauer aufhielten, schon seit Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eingeführt und schon 1805 kämpften die Gehilfen 13 Wochen lang um die Einführung des Siebenstundentages, leider vergeblich. Was damals mißlang, wird diesmal Erfolg haben. Dafür spricht der Zusammenhalt und die lampfrohe Stimmung der Streikenden, deren Bestreben, Garantien der Gesundheit im eigenen Interesse und im Interesse ihrer Familien zu schaffen, von der denkenden Arbeiterschaft speziell mit größter Sympathie verfolgt wird. — Es ist von Arbeitgebern und von einem bürgerlichen Blatte so hingestellt worden, als würden die Wünsche der Gehilfen erreicht durch Annahme des von den Arbeitgebern gemachten Angebots, zur Winterzeit 6 1/2 Stunden und im Sommer 7 1/2 Stunden, wie bisher, zu arbeiten. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Erstens würde nach dem Vorschlage der Arbeitgeber nur vom 1. November bis zum 1. März, also nur vier Monate 6 1/2 Stunden gearbeitet werden, während die 7 1/2 stündige Arbeitszeit sich über acht Monate erstrecken würde. In der Hauptsache aber handelt es sich darum, ge-

rade in der Zeit der intensivsten Anspannung der Arbeitskräfte die Verkürzung der Arbeitszeit, den erweiterten Schutz der Arbeitskraft zu haben. Diese Zeit fällt aber nicht in die Wintermonate mit ihren kurzen und ihren kalten Tagen. Uebrigens ist ohne weiteres klar, daß jener Gegenvorschlag der Arbeitgeber in deren Interesse liegt und kein Entgegenkommen darstellt. (Siehe auch 1. Beil., 3. Seite.)

Eine stark besuchte Versammlung der Rehlhändler aus allen Fabrikbetrieben Berlins tagte am Sonntag im „Englischen Garten“, um zu der in Aussicht stehenden Lohnbewegung weitere Stellung zu nehmen. In Ergänzung bzw. Erneuerung des noch bis zum 31. August d. J. geltenden Tarifvertrages sind folgende Forderungen aufgestellt: Festbegrenzte Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends einschließlich 2 Stunden Pause. Jeder zweite Sonntag soll frei sein. Nach einjähriger Tätigkeit im Verufe ein Erholungsurlaub von einer Woche bei Fortzahlung des Lohnes. Für Füttern der Pferde am Sonntag 2 M. Vergütung. Den Rehlhändlern sind folgende Forderungen zu unterbreiten: „Die Rehlhändler sollen die Vädereibesitzer verpflichten, das ihnen zu liefernde Rehl auch wochentäglich abzunehmen. Die Aufzucht haben das Rehl bei dem Väder nur bis auf den Hof oder Hausflur oder bis zur Kellertreue an der Straße zu schaffen. Zur Abtragung des Rehls nach dem Keller oder einem sonstigen Bestimmungsort ist der Aufzucht nur verpflichtet, wenn ihm das auf Grund seiner Körperkräfte möglich ist und ein angemessenes Abtragsgeld vom Vädereibesitzer dafür gezahlt wurde. Die Aufzucht sollen nicht mehr verpflichtet sein, das Lagergeld für die Rehlhändler auszuliegen.“

Deutsches Reich.

Der Lohnkampf gegen den Montantrust

hat eine Verschärfung erfahren. Mit Beginn des Streiks am 16. August kündigte die Direktion allen nichtstreikenden Arbeitern zum 31. August die Entlohnung an. Gleichzeitig legte sie einige mit dem Bergwerk kontinuierenden Betriebe still und schickte 1500 bis 1700 Arbeiter drei Tage auf Urlaub. Die Leute waren vorab der Meinung, daß sie für die Feiertage ihren Lohn weiter bekommen, sahen sich aber schwer enttäuscht. Die Direktion lehnte jedes Ansinnen auf Entlohnung ab. Am Montag sollte der Betrieb teilweise wieder aufgenommen werden. Es hieß, man wolle mit den alten halbvaliden Hofsarbeitern notwendigerweise Oefen und Balgenstrahlen besetzen. Die heurlaubten Maschinenisten, Kesselwärter und Stahlwerksarbeiter durchschauten den Trick und machten ihn zunichte, indem sie den dreitägigen Urlaub als Grund zur sofortigen Lösung des Arbeitsvertrages benutzten und am Sonnabend ihre Entlassung verlangten. Der Andrang in den Bureaus war so stark, daß man die Ausgabe der Papiere auf Montag verschoben mußte. Die Trustbeamten machten verdächtige Gesicht, als sie sahen, daß ihr schlauser Plan an ihrer eigenen Dummheit in die Brüche ging. Hätten sie die Arbeiter nur zwei Tage in Urlaub geschickt, so wäre es schließlich möglich gewesen, mit den etwa zu Streikbrecherdiensten benötigten alten Arbeitsveteranen über die ersten Tage hinauszukommen. So hat der Urlaub es erzwungen, die Gefährdeten zeitiger herauszuholen und die im Betriebe ergrauten alten Leute vor dem Odium des Streikbruchs zu schützen.

Am Sonnabend hat der Verein mit dem langen Namen in Düsseldorf über Hilfsmittel für den Montantrust beraten. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Sicher dürfte aber sein, daß die dort zusammen gekommenen Industriepächter es ablehnen, schließlich selbst nach Aachen zu kommen und den Trust aus der Klemme zu ziehen. Was aber auch geplant sein mag, die Arbeiter sind nicht müde gewesen. Ein wesentlicher Zugzug brauchbarer Kräfte ist nicht zu erwarten. Sollten die Eisenlöhne dazu übergehen, aus gleichartigen Werken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Ersatzkräfte nach Aachen abzukommandieren, so würde jeder solcher Versuche mit sofortiger Arbeitsverweigerung beantwortet werden. Darüber sind auch die Unternehmer nicht im unklaren. Sie wissen, daß es zu einer größeren Bewegung der Hütten- und Bergwerksarbeiter nur eines Funken bedarf. Daß die Herren diese Möglichkeit nicht aus dem Auge verlieren, ist sehr begreiflich. Die goldreiche Gegenwart mit ihren überhäufteten Aufträgen liegt ihnen so im Sinn, daß sie an einige Wochen unbefriedigter Raubgier nur mit Grausen denken.

Unterdes hat die Gewerbeinspektion Aachen wieder versucht, zwischen den Streikenden und der Hütte zu verhandeln. Die Direktion hat sehr verbindlich geantwortet, aber mit Berufung auf die Beschlüsse des Aufsichtsrats jede allgemeine Lohnerhöhung abgelehnt. In den Nebenforderungen will sie eingestimmen. Die Arbeiter lehnen es ab, ohne bestimmte Zugeständnisse in der Lohnfrage die Arbeit aufzunehmen. Sie streiken nicht um schöne Worte. Es wird also der Direktion nichts anderes übrig bleiben, als einen Befehlsversuch beim Aufsichtsrat zu machen.

Die Getreidearbeiter und Speichereiarbeiter von Königsberg sind wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Ausstand getreten.

Ausland.

600 spanische Bergarbeiter sind zu Bilbao in den Ausstand getreten. Die Truppen der Garnisonen von Burgos und Vittoria sind zusammengezogen, um die Ordnung im Auslandsgebiete aufrecht zu erhalten. Der Ausstand droht sich auf das ganze Grubengebiet auszudehnen. Die Reise des Königs nach Bilbao wird voraussichtlich infolge des Ausstandes verschoben werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Rettung aussichtslos.

Röln, 21. August. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Brüssel: Die Hoffnung, daß die in einem Brunnen des Vororts Ucle verschütteten 3 Arbeiter noch am Leben seien, bestätigt sich nicht. Die Genietruppen, die an der Ausgrabung gearbeitet hatten, haben deshalb seit heute mittag die aussichtslos gewordene Arbeit eingestellt. An der Vergung der Leichen wird weiter gearbeitet.

Eine Pulverfabrik in die Luft geflogen.

Kaiserlautern, 21. August. Wie die „Pfälzische Presse“ meldet, ist ein Werk der nahegelegenen Pulverfabrik Schop in die Luft geflogen. Zwei Personen wurden dabei getötet, eine tödlich verletzt.

Insurgentenaufstand bei Hoyo Colorado.

New York, 21. August. Dem New Yorker „Herald“ wird aus Havanna gemeldet: Die Zahl der Insurgenten auf Cuba beträgt mehr als 1000. Gestern nachmittag fand bei Hoyo Colorado, 20 Meilen von Havanna, ein Gefecht statt, in welchem der die Landgenarmarie befehligende Leutnant getötet und auf beiden Seiten viele Kämpfer verwundet wurden.

Ein Polizeimeister durch eine Bombe getötet.

Petersburg, 21. August. (W. L. A.) In Siedloz wurde auf den Polizeimeister eine Bombe gemorfen. Der Täter ist unbekannt, der Polizeimeister ist gestorben.

Ehrung der meuteren Angefallenen

Sebastopol, 21. August. (W. L. A.) Die Rekruten aus der ersten Gruppe der wegen der Meutereien angefallenen Matrosen wurden durch die Eisenbahn abgeführt. 6000 in Ausstand getretene Ofsenarbeiter gaben ihnen das Geleit.

Regimentskommandeur ermordet.

Samara, 21. August. (W. L. A.) Der Kommandeur des Borissowischen Regiments wurde in seiner Wohnung von einem Unbekannten ermordet. Der Mörder übergab den Körper mit Spiritus und gändete diesen an.

Verdisschew, 21. August. (W. L. A.) Der Generalgouverneur hat jeden Strahnbahnverkehr nach abends 8 Uhr unterfagt. **Charkow, 21. August.** (W. L. A.) Die Postwagen der Linie Sebastopol-Sturz werden durch Militär bewacht.

Der außerordentliche Parteitag der Züricher Sozialdemokratie.

Zürich, 20. August. (Fig. Ver.)

Der gestern nachmittag in der „Sonne“ in Außer-Rohd abgehaltene außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Zürich war von circa 300 Genossen und Genossinnen besucht, wovon circa 200 Delegierte waren. Der Präsident der Partei, Genosse Dr. Kraft, hielt ein sehr eingehendes Referat über die außerordentliche Situation in der Stadt und im Kanton Zürich, wie sie durch die unerhörten Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiterschaft geschaffen wurde und die unseren Lesern bereits bekannt ist. Der Referent übte daran die schärfste Kritik und brandmarkte sie in entschiedenster Weise. Sodann wandte er sich aber auch gegen Vorgänge im eigenen Lager. Der „Grübler“, das Zentralorgan der schweizerischen Sozialdemokratie, hat in diesen letzten Tagen zum Teil eine schmählige Rolle gespielt. Die Redaktion hat unbesonnen und kritiklos handhabbare Einfindungen aufgenommen, die Verrat, Schliche in den Rücken der kämpfenden und verfolgten Arbeiterschaft waren und von der kapitalistischen Scharfmaacherpresse mit wahrem Vergnügen nachgedruckt wurden. So heißt es in einer dieser Einfindungen, „daß die sehr wenigen Personen, welche mißhandelt worden sind, dies sich selbst zugezogen und mehr verdient hätten als ihnen wirklich zugefügt worden ist“. Daran knüpft sich in Ueber-einstimmung mit den perfiden Arbeitersindern eine Hege gegen die Ausländer. Und das tut das Zentralorgan der schweizerischen Sozialdemokratie! Und der Geschäftsführer der Grüblerdruckerei in Zürich hat als Antwort auf eine gegnerische Anrempelung zerknirscht und buhfertig bekannt gemacht, daß ein einziger Schwab im Geschäft tätig ist. Von den vielen Schwaben, die in den Gewerkschaften und politischen Arbeitervereinen organisiert sind, nimmt er aber Druckaufträge aller Art gerne entgegen. Ferner geißelte Dr. Kraft die Untrike der Anarchisten in den Gewerkschaften usw., die die Arbeiter zur politischen Abstinenz aufsetzen und so die politische Stellung der Partei schwächen. Auch mit den Antimilitaristen und mit der Neutralität der Gewerkschaften, wodurch ebenfalls die Partei geschädigt wurde, setzte er sich auseinander. Schließlich beantragte er die Annahme folgender Resolution:

„Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich erklärt in den Truppenaufgebots und in dem allgemeinen Verbote des Streikpostens-tretens ungesetzliche Eingriffe der Regierung in den Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer zugunsten der Unternehmer. Er mißbilligt aufs schärfste die Aus- weisung des Genossen Hautz, da diesem keine Handlungen vorgeworfen werden konnten, die die Aus- weisung vom Standpunkte des Rechts aus begrifflich erscheinen lassen könnten. Er erklärt auch in dieser Mahnung nur eine moralisch verwertbare Handlungsweise und den Versuch, das ver- fassungsmchtige Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift hinfällig zu machen. Er verurteilt aber auch fmliche übrigen Ausweisungen als eine verwertliche Handlung der Regierung. Der Parteitag beschließt, auf Grund dieser Erwägungen an den Regierungsrat des Kantons Zürich das Vergehren zu stellen, das Verbot des Streikpostens aufzuheben. Der Parteitag protestiert im allgemeinen gegen die teils ungesetzlichen, teils moralisch ver- wertlichen Eingriffe in die verfassungsmchtigen Rechte der Arbeiter zugunsten des Kapitals. Er verurteilt das Verbot der Demonstrationsumzge als willkürlichen Eingriff in das Vereinsrecht der Arbeiter.“

In der sehr lebhaften Diskussion, an der sich etwa 20 Redner beteiligten, kam die tiefe Empörung über das Schandregiment der Züricher Behörden zum elementaren Ausdruck, aber auch die Er- kennnis der richtigen Mittel, um es erfolgreich zu bekämpfen. Mehr Agitations- und Organisationsarbeit in Stadt und Land, unter den Industriellen und Landarbeitern. Es wurden auch erfreuliche Mit- teilungen über die Fortschritte der Arbeiterorganisationen auf dem Lande gemacht. Die Hauptfragen der Reaktion sind immer die Bauen, also muß man sie in ihrem eigenen Gebiete schwächen, um ihren Einfluß zu brechen, was nichts Unmögliches ist, da die in- dustrielle Arbeiterschaft über den ganzen Kanton verbreitet ist.

Außer der Annahme der obigen Protestresolution wurden noch eine ganze Reihe weiterer Anträge zum Beschluß erhoben. Durch einen Beschluß wurde dem anwesenden Genossen Hautz der Dank der Partei für seine bisherige Tätigkeit ausgedrückt, weiter die Herausgabe einer Agitationsbroschre mit einer altgemhtigen Dar- stellung der behördlichen Schandtaten und den Partei- organisationen die Diskussion des politischen Massen- streiks empfohlen. Mit der Züricher Arbeiterschaft erklärte sich der Parteitag ausdrücklich solidarisch, also auch mit ihren Protestkundgebungen usw. Genosse Breulich teilte mit, daß er eine Schrift über den politischen Massenstreik veröffentlichen werde.

Die Wssler Sozialdemokratie hatte in einem Schreiben die Züricher Bruderpartei ihrer Solidarität versichert und der von ihr als Vertreter entsandte Genosse Redakteur Frei gab dieser Solidarität noch mündlichen Ausdruck.

Von interessanten Einzelheiten aus der Diskussion seien schließlich noch erwähnt der Streikreferent von zwanzig Militrsoldaten, in Zürich bei den bestreikten Wrmermeistern in Zürich und die Auf- fassung, daß die Ausweisung des Genossen Hautz eine Folge des Massenparades der Züricher Arbeiterschaft sei. Also ein ganz niedriger und perfider Nachakt.

Der außerordentliche Parteitag der Züricher Sozialdemokratie war ein Tag der Mrung und Sammlung, möge er zur Förderung und Stärkung der Partei dienen!

Die Parteipresse zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

„Norddeutsches Volksblatt“ (Wan):

(Nach Wiederholung einer Stelle aus einem Artikel vom Mai 1905 zum Rlner Gewerkschaftskongreß):

Wir meinen, daß eine Kritik des Gewerkschaftskongresses kaum lokaler gehalten sein kann und daß die Gewerkschaftsführer, hier speziell Gmelburg, wahrhaftig keinen Grund hatten, sich über die „Angriffe“ des „Norddeutschen Volksblattes“ zu entzren; denn wir haben diese Genossen, wenn man nicht die vorliegenden Aus- führungen für einen Angriff halten will, überhaupt niemals ange- griffen. Dessen ungeachtet tritt auf der Konferenz der Gewerkschafts- vorstände Genosse Mller (Seemann) folgende Attude auf das „Norddeutsche Volksblatt“: „Man hat sich in der Presse zu über- trumpfen gesucht mit diesen Angriffen (auf die Gewerkschaftsführer), die ich wieder mit Rücksicht auf die Glde des Präsidenten nicht mit dem richtigen Namen belegen will. Das „Norddeutsche Volksblatt“, das Organ, das von dem Heberrevisionisten Jug redigiert wird, er- laubte sich zu behaupten, daß die Diskussion über die Waisfeier und über den Generalstreik strafbare Handlungen seien. So ungefähr polemisiert ein russisch-preussischer Staatsanwalt gegen die Gewerkschaftsleitungen.“

Zunächst wollen wir den Genossen Mller darüber aufklären, daß das „Norddeutsche Volksblatt“ in seinem politischen und partei- politischen Teil nicht von dem „Heberrevisionisten“ Jug redigiert wird, sondern von dem Genossen Richard Wagner, an dem in dem Verbreitungsbezirk unseres Blattes bis jetzt noch kein einziger Genosse etwas Revisionistisches entdeckt hat. Sodann ist es uns niemals ein- gefallen, eine Diskussion über den Generalstreik für strafbar zu er-

kren. In demselben Artikel haben wir sogar erklärt, daß wir eine Diskussion des Generalstreiks für sehr angebracht halten, also gerade das Gegenteil von dem gesagt, was uns Genosse Mller unter-schiebt. Aber wie kommt dieser überhaupt zu seiner sonder- baren Behauptung? Nun, wir schrieben in dem angezogenen Artikel zur Waisfeier: „Wir dürfen aber unter keinen Umständen die Arbeiter, die die Arbeitstufe durchführen wollen und können, durch die Arbeiter, denen dies nicht möglich ist, zurückhalten lassen. Wir würden gerade hier in Wilhelmshagen- Mstingen eher den Achtstundentag haben, für den wir demonstrieren, ehe es den betreffenden Arbeitern (Verstarbeitern) möglich wäre, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Zudem wissen wir, daß je imposanter unsere Umzugsdemonstration ist, um so intensiver die an der Teilnahme verhinderten Arbeiter im Geiste mit uns feiern. Das dürfte wohl überall der Fall sein, weshalb wir es für durchaus ver- schied halten, daß die Vorstände der Gewerkschaften aus hier sehr schlecht angebrachtem Sparfahneisinn eine Agitation gegen die Waisfeier überhaupt nur versucht hben. Die Waisfeier war am allerwenigsten dazu geeignet, um an ihr eine Kraftprobe der Macht der Gewerkschaften gegen die Partei auszuüben und das Ansehen eines internationalen Sozialistenkongresses herabzuziehen. Das war ein Vergehren, bei dem schon der Versuch strafbar ist.“

Auch diese Kritik war durchaus loyal gehalten und ihre wörtliche Vorlesung würde dem Genossen Mller gewiß keinen Zwischenschrei des Präsidenten eingetragen haben. Weshalb da das lächerliche Kofettieren mit der Prsidentenglocke? Die wörtliche Vorlesung dieser Stelle würde allein schon genügt haben, die Angriffe Mllers auf das „Norddeutsche Volksblatt“ zu widerlegen; denn jedermann muß doch merken, daß der Schlusatz „Das war ein Vergehren, bei dem schon der Versuch strafbar ist“ nur eine bildliche, gleichniartige Redewendung ist und sein soll. So gut wie aus der Natur oder der Geschichte können wir auch einmal ein Gleichnis aus dem Stragesetzbuch heranziehen. Wir schreiben doch nicht für Schul- kinder, die jedes Bild wörtlich nehmen und das Gleichnis nicht von der Wirklichkeit unterscheiden können. Wir haben auch nicht den geringsten Grund, um neuen Rindstmpfen zu gefallen, unsere Artikel im Aftenstil oder im Diplomatendeutsch abzufassen. Uebrigens wollen wir damit keineswegs sagen, daß wir den Genossen Mller für einen Rindstmpf halten. Er würde jedenfalls seinen Angriff auf das „Nord- deutsche Volksblatt“ unterlassen haben, wenn er die betreffende Stelle genau gelesen hätte. Wahrscheinlich hat er sie überhaupt nicht ge- lesen, sondern nur zusammenhanglos davon reden hören; denn sonst hätte er sich nicht mit der buchstäblichen Auffassung eines Bildes unsterblich blamieren können.

Schließlich wollen wir dem Genossen Mller noch verraten, daß die Gewerkschaften im Verbreitungsbezirk unseres Blattes mit der Haltung des Rlner Gewerkschaftskongresses durchaus nicht allgemein zufrieden sind und sich schon in verschiedenen Versammlungen — die diesen Metallarbeiter schon im Sommer 1905 — für die unbedingte Verbeibaltung der Waisfeier und die Propagierung des Massenstreiks ausgesprochen haben.

„Volksblatt“ (Gotha):

Nachdem wir das umfangreiche Protokoll gelesen, müssen wir unser Erschaunen darüber ausdrücken, daß die Generalkommission und eine Anzahl Gewerkschaftsvorstnde sich so sehr gegen die Veröffent- lichung gesträubt haben. Wir finden nichts darin, was die Ver- ffentlichung zu scheuen hätte. Die Aussprache ist eine durchaus würdige, sachliche und ruhige, was um so höher anzuschlagen ist, als man ganz unter sich war und niemand der Redner an eine spätere Veröffentlichung des stenographisch aufgenommenen Protokolls denken konnte.

Selbstredend zeigen sich bedeutende Meinungsverschiedenheiten, die aber doch alle schon, in sogar teilweise scharferer Formulierung, Gegenstand der Erörterung in der Partei- und Gewerkschaftspresse gewesen sind. Das Wohlwollende und Erfreuliche an dieser vertraulichen und daher durchaus offenen und rückhaltlosen Aussprache ist die Liebe zur Partei, ist das sichtigliche Bestreben, mit der Partei im Einvernehmen zu verbleiben, eine Verhndigung zu er- zielen, die, bei der notwendig verschiedenen Kampfrichtung beider Gruppen der Arbeiterbewegung, durchaus notwendig ist. Wir glauben, daß gerade die volle Veröffentlichung des Protokolls und die daran sich knüpfende Polemik dieser Verhndigung die Wege ebnen, sie erst ermöglichend wird. Die gehässig gehaltene, bruchstück- weise Veröffentlichung der „Einigkeit“, die von der bürgerlichen Presse natürlich weidlich ausgeschlachtet wurde, gab zu Mißtrauen und tiefen Verstimmungen Anlaß, da die Genossen ja nicht wissen konnten, was alles noch in dem Protokoll steckte.

Eine solche Stimmung ist aber stets gefährlich, sie führt zu Verbitterungen, die nachher schwer zu heben sind. Vollends gefhr- lich wäre es aber gewesen, wenn diese Stimmung bis zum Mann- heimer Parteitag angehalten, sich womöglich verschärft hätte und erst dort zur Entladung gekommen wäre. Wir sind überzeugt, daß nunmehr auch die Aussprache in Mannheim eine durchaus würdige und sachliche sein und zu einer Verhndigung führen wird. . . .

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ (Kiel):

„Wir hatten, als wir das Protokoll lasen, in erster Linie das Gefühl des Enttuschens. Wir hatten geglaubt, daß eine Aussprache der ersten Männer unserer Gewerkschaften geistig höher stehen möchte . . .

Unsere Gewerkschaftsführer sind, wie alle Menschen, Produkte der Verhältnisse. Von Hause aus einfache Arbeiter, die sich durch Intelligenz oder organisatorische Tatkraft oder Vereb- samkeit vor ihren Kollegen auszeichneten, werden sie vom Wunsch der Gesamtheit erhoben und vorwärts, aufwärts geschoben. Hinter ihnen schwindet das Milieu der Fabrik, der Werkstatt und um sie herum erhebt sich ein neues Milieu, das sie beeinflusst. Selbst- verständlich muß die veränderte Lebensstellung, die andere Arbeits- weise, die Beschäftigung mit der Verwaltung eines so großen Apparates, wie es eine Gewerkschaft ist, in dem Namen eine neue Ideenwelt schaffen und, wenn er nicht von Hause aus theoretisch sehr gut und fest gefestigt über überaus idealistisch veranlagt ist, so muß dem Namen die Ideenwelt seiner ersten Kampfstufe etwas im Rebel verschwinden, muß er das gewonnene Neue so hoch einschgen, so übernatürlich vergrhert sehen, daß das Einst ihm an Bedeutung verliert.“

Da taucht die Idee von einer „Theorie für Gewerkschaften“ auf, die der bestehenden Theorie der Partei das Gegengewicht halten solle. Natürlich eine Verlehrtheit ohne Gleichen. Eine Theorie der Partei oder eine Theorie der Gewerkschaften kann nur eine scharfe und klare Ergänzung der verschiedenen Organisationsformen und der verschiedenen Methoden derselben, also nur eine Theorie für taktische Fragen sein. Die Theorie der grundsätzlichen Fragen des Gewerkschaftswesens wie der Partei, das ist die Rationalonomie, die Wissenschaft von der Volks- und Welt- herrschaft. Diese in ihrer modernsten und wissenschaftlichsten Form, das ist die Marxische sozialistische Schule, die in Deutschland so glänzend von Kautsky vertreten wird. Sie ist ebenso wenig eine Theorie der Partei, wie irgend ein gelehrter oder un- gelehrter Genosse oder Richtigeno eine Theorie der Gewerkschaften schaffen kann. . . . Diese eine Wissenschaft ist es, der die Partei und die Gewerkschaft ihr Rstung entnehmen muß, sie ist es, aus der heraus beide die theoretischen Grundlagen für die praktische Arbeit und die Lehren zu ziehen haben, die zu gegenseitigem Ver- ständnis, zu dem praktischen Hand-in-Handarbeiten führen, das Partei wie Gewerkschaft als Teile eines höheren, des proletarischen Klassenkampfes, unbedingt brauchen. Nur das Nichtverstehen dieser Wissenschaft bringt jene Unklarheit über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft zuwege, die in diesem Protokoll oft so be- trbend zutage tritt. Wenn die Gewerkschaftsführer nicht zufrieden sind damit, wie die Dinge heute stehen, so sollten sie nicht die Schuld

bei der Partei suchen, sondern sich lieber einmal die Frage vorlegen, ob sie nicht selbst das — bei der Hitze der Tagesarbeit entquld- bare — Vergehren begangen haben, zu sehr in den Ereignissen zu stehen, sich zu sehr von der praktischen Kleinarbeit befangen zu lassen, statt auf höherer Warte über ihr zu stehen. Damit wollen wir natürlich nicht behaupten, daß auf seiten der Partei alles gut und schön ist. Auch in der Partei sind Fehler genug vorgekommen, und abgesehen davon, daß auch hier zeitweise die Theorie zu kurz kam oder zu sehr wie eine auf alles passende Schablone angewendet wurde, gefehlen wir gern zu, daß hier und da der Gewerkschaftsführer für die Eigenart seiner Tätigkeit bei den Vertretern der Partei nicht immer volles Ver- ständnis gefunden hat. Auch die Vertreter der Partei — die in der Presse tätigen Genossen nicht ausgeschlossen — sind Menschen, auch sie sind in ihrer — wir brauchen das Wort im Sinne der materia- listischen Gesichts-auffassung ohne Vorwurf — „gehobenen Stellung“ abhängig von dem Milieu, in dem sie sich bewegen, so gut wie ihre im Gewerkschaftslager tätigen Brüder.

Der das Protokoll vorurteilsfrei liest, wird erkennen, daß, wenn auch eine Besserung auf beiden Seiten wünschenswert sein mag, die Hauptaufgabe bei den Gewerkschaftsfhrern liegt. Sie haben schwere, verantwortungsvolle Aufgaben vor sich, Aufgaben, die sich nur lösen lassen, wenn sie imstande sind, ihre mächtigen Organi- sationen vor der Klippe zu bewahren, an der die englischen Trades-Unions gescheitert sind, vor der Gefahr, die Gewerkschaft als Selbstzweck anzusehen, während sie doch nur eine von den Ver- hältnissen bedingte Kampforganisation neben der anderen Kampf- organisation sein kann, soll sie dem Proletariat auf die Dauer alles das leisten, wozu sie unter Umständen imstande ist. Dazu gehören aber höhere Gesichtspunkte, als sie bei vielen Rednern dieser Konferenz zutage traten, dazu gehört nicht die Schaffung einer Theorie für Ge- werkschaften, sondern gute Kenntnis und gründliches Verstehen der Theorie, aus der sich alle Gewerkschaft und Partei richtig ver- stehen und die Linien ihres oft parallelen, oft aber eng verschlungenen Vornachsches gegen das Kapital in allen seinen Erscheinungen richtig beurteilen und vorzeichnen lassen.

Nicht unbedeutend ist aber neben diesem Ruf nach mehr Ver- tiefung der andere Ruf, den wir aus den Debatten herausgehren, der Ruf nach engerer Fühlung zwischen Gewerkschaft und Partei, soweit es sich um praktische Arbeit handelt. . . .

„Braunschweiger Volksfreund“:

„Unumwunden soll zugegeben werden, daß Que den Nagel auf den Kopf traf, als er auf der Konferenz das Wort prägte: „Daß Gewerkschaft und Partei sich in einer Krise befinden, wissen wir alle, aber nur wenige haben den Mut zu sagen, was ist“. Es ist un- umstglich wahr und richtig bis zum Zehnfachen auf dem i, daß zwischen der Partei und gewissen, nicht einmal allen, Spitzen der Gewerks- schaften, beileide nicht den Gewerkschaften an sich, eine nicht un- erhebliche Spannung besteht. Aber wer war denn das Strnchen, das angefangen? Die Partei? Die „einfachreichen Parteikreise“? Ach nein! Selbst wenn wir zugeben, daß auf beiden Seiten reichlich gefndigt worden ist: beim Abwägen der Schuld zeigt sich, daß der wesentlichste Anteil an dem gespannten Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften eilichen führenden Gewerkschaftlern aufgebürdet werden muß. Sie leben dem Wahne, daß die Partei sich die Gewerkschaften „unterordnen“ will.“

Mit weit groerer Veredtigung hätte die politische Partei Ursache, sich dagegen zu wehren, daß verschiedene Gewerkschaftsführer eher heute als morgen der Partei die Marschroute vorschreiben möchten. An solchen Versuchen hat es doch wahrlich nicht gefehlt! Zumal nach dem die Gewerkschaften so mächtig erstarkt sind, und zwar nicht zum wenigsten infolge der stets freudig und willig ge- whrten Mitwirkung der politischen Partei und aller ihrer Mitglieder. Schon auf dem Lbeder Parteitage hielt es Kuer hier an der Zeit, Versuche dieser Art abzuwehren: „Wir können nicht den Zustand einreihen lassen, daß die Ge- werkschaften bloß zu befehlen und wir bloß zu gehorchen haben.“ Und es folgte dann sein wahrhaft prophetisches Wort: „Können denn die Gewerkschaften Gegenseitigkeit üben? Nein! Ich wünsche, daß möglichst viele Arbeiter in die Gewerkschaften gehen; daß da verschiedene politische Ansichten herrschen, das können wir nicht verhindern. Was aber würdigen Sie (die Gewerkschaftler) sagen, wenn etwa bei den nächsten Wählen der nationalsozialen Gewerkschaftler Tischendrfer gegen einen Sozialdemokraten kandidierte und wir deshalb seinen Ausschluß aus der Gewerkschaft verlangten? Eine solche Forderung würde zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen.“

Was Kuer im September 1901 so nebenbei als Beispiel er- wähnte, um das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften zu illustrieren, sollte sich 1903 buchstäblich erfüllen: bei den Reichstags- wahlen kandidierte Tischendrfer gegen unseren Genossen Schwarz in Lbbed. Zur ganz besonderen Empfehlung seiner Person führte er seine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft der Lithographen an und mit Emphase verwies er noch ausdrücklich darauf, daß man ihn sogar mit einem Ehrenamt betraut habe (er war derzeit Mitglied der Berliner Gewerkschaftskommission). . . .

Was sich 1903 in Lbbed zutrug, kann sich sehr wohl ebenso gut auch anderwärts unter ähnlichen Verhältnissen ereignen. Und das kommt daher, daß wohl für die Mitglieder der Partei die fast zwingende Verpflichtung besteht, sich den Gewerkschaften anzu- schließen, daß aber der Partei je wede Handhabe fehlt, die Gewerkschaften in ähnlicher Weise zu be- einflussen.

Die Partei als solche hat sich aber auch noch nie ein solches Recht angemacht und wird es auch in Zukunft nicht tun. Was sie fordert und berechtigterweise auch fordern darf, wenn es den Ge- werkschaften wirklich heiliger Ernst ist, an der Erneuerung und Um- formung der jetzigen Gesellschaft mitzuarbeiten, ist lediglich dies: daß sich die Gewerkschaften stets der Grenzen ihrer Aufgaben Be- wußt bleiben, wie es Liebknecht in so treffender Weise seinerzeit in Köln ausgesprochen hat: „Wir alle sind für die Gewerkschaften, aber dagegen, daß man in ihnen das Hauptziel erblickt, daß man glaubt, durch sie allein könne die Macht des Kapitals gebrochen werden. Das Kapital kann nicht auf seinem eigenen Boden vernichtet werden. Man muß ihm den Boden unter den Füßen weg- ziehen und ihm die politische Macht aus den Händen reißen. Und das ist nur möglich durch den politischen Kampf.“

Wenn jemals die Ansicht Bringmanns in den Gewerkschaften maßgebend werden sollte, — dann daß Gewerkschaften! Glücklicher- weise sorgt jedoch die ganze wirtschaftliche Entwicklung schon selbst dafür, daß Bringmanns Gewerkschaftsideal niemals eine Zukunft haben wird. Bringmann und alle, die offen oder im innersten Herzen eines Sinnes mit ihm sind, mögen noch so sehr den Klassenkampf verleugnen: es hilft ihnen alles nicht; die Ver- hältnisse sind stärker als die Personen. In durchaus zutreffender Weise konnte denn auch Simon (Schubmoer) anknüpfend darauf

Entwickeln, daß alle die großen Kämpfe, die sich in den letzten Jahren abgepielt haben, wie die Kämpfe im Ruhrgebiet, in Grimmitzsch, in Berlin, in Herlos u. a. Massenkämpfe waren. Gerade aber der Standpunkt, den Brinmann u. Co. gegenüber dem Klassenkampf einnehmen, ist geeignet, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft zu trüben. Ein gut Teil an dem gespannten Verhältnis zwischen den beiden Faktoren der Arbeiterbewegung ist sogar einzig und allein dem Umstande zuzuschreiben, daß sich ein Teil der führenden Gewerkschaften, bewußt oder unbewußt, immer weiter von dem Boden des Klassenkampfstandpunktes zu entfernen versucht hat, auf dem sich nun einmal die moderne, zielbewußte Arbeiterbewegung gründet.

„Schärfste Arbeiterzeitung“:

(3. Artikel: Der politische Massenstreik I)

Man kann drei verschiedene Auffassungen über den politischen Streik innerhalb unserer Reihen unterscheiden. Einmal die Auffassung, die bei den Gewerkschaftsführern vorherrscht, daß die Durchführung eines solchen Kampfes in Deutschland äußerst schwierig, daß die Aussichten auf Erfolg gering seien, daß aber die stetige Fortentwicklung des Gewerkschaftswesens nicht durch so schwierige und in ihrem Erfolge zweifelhafte Experimente aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Ferner die Auffassung, daß der politische Streik im Falle der Erschöpfung aller anderen geistigen Propagandamittel zum Zweck der Abwehr reaktionärer Streiche oder zur Erreichung wichtiger politischer oder gewerkschaftlicher Forderungen in Anwendung gebracht werden könne und müsse. Endlich die Auffassung, daß der Massenstreik, ohne zwar die sonstigen Propagandamittel der Arbeiterklasse zu beseitigen, als das notwendige und unvermeidliche Mittel zur Einleitung und Durchführung der sozialen Revolution zu propagieren sei. Von dem Verhältnis zwischen den beiden zuletzt bezeichneten Auffassungen braucht jetzt nicht näher gesprochen zu werden, da die Jenerer Resolution sich lediglich auf die an zweiter Stelle bezeichneten Fälle bezieht.

Die Resolution des Kölner Kongresses war weder klar, noch entsprach sie den Erfordernissen der politischen Situation in Deutschland. Aber es darf auch nicht behauptet werden, daß sie sich von vornherein gegen den Grundgedanken gerichtet hätte, der die Jenerer Resolution beherrscht, daß nämlich die deutsche Arbeiterklasse sich für den Fall reaktionärer Anschläge zu schärfstem Widerstand bereit machen müsse. Der Zwiespalt zwischen den beiden Resolutionen rührte vielmehr daher, daß die Gewerkschaften, da sie über den Generalstreik berieten, etwas ganz anderes beabsichtigten als die Partei bei ihrer Beratung. Während die Partei in erster Linie die wachsende Gefährdung des einzigen politischen Grundrechts, das in Deutschland eingermessen demokratisch besteht, des Reichstagswahlrechts, im Auge hatte, hatten die Gewerkschaften die gewerkschaftsähnlichen Bestrebungen lokalistischer und ganz oder halb anarchoistischer Elemente im Auge. Die Generalstreiksidee, wie sie von dieser Seite vertreten wurde, war nicht nur antipolitisch und antiparlamentarisch, sondern bedeutete zugleich eine Bedrohung der geordneten Gewerkschaftsentwicklung. In dieser Idee wurde den Arbeitern ein Raubermittel vorgespiegelt, das geeignet sei, ohne viel Schwierigkeiten den Kapitalismus aus den Angeln zu heben. Die Zentralverbände mußten mit Recht von der Hineintragung dieser Auffassungen in die Arbeiterbewegung Besorgnis und Störung ihrer erfolgreichen Organisationsarbeit befürchten. Hiergegen wollten sie sich wenden, und es kam für sie hinzu, daß auch in der Partei selbst Reigungen des Entgegenkommens an Lokalistik und „Anarcho-sozialistischem“ aufstauten, Reigungen u. a. auch zur Herabwürdigung des parlamentarischen Kampfes.

Auf dem Jenerer Kongress zeigte sich, daß die Gewerkschaftsführer die Idee des politischen Streiks prinzipiell nicht ablehnten und daß daher eine Verständigung sich anbahnen ließ. Weder vertrat eine Auffassung, welche die organische Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung betont und den politischen Streik ausdrücklich als Notwehrmittel gegen Reaktionsattentate oder zur Erreichung brutal verweigerten politischen und sozialen Fortschritts proklamiert. Weder hielt sich durchaus fern von der seitens einiger anderer Parteigenossen vertretenen Anschauung, als bedeute der politische Streik in Deutschland den Anfang eines Kampfes „um die ganze politische Macht“. Wie stellten sich nun die Gewerkschaftsführer? Wömelburg erklärte: „Ich bin mit Wedel im großen ganzen einverstanden, er hat bestätigt, daß ich mit meinen Anschauungen über den Generalstreik recht habe, er hat nichts davon gesagt, daß man den politischen Massenstreik benutzen wolle, um die Desorganisation des Staates herbeizuführen... Wedels Ausführungen gehen dahin, daß man die Massenarbeitseinstellung nur als wirksames Demonstrationsmittel benutzen wolle, also dieselbe Ansicht, die Verstein vertreten hat.“ Weiter sagte derselbe Redner: „Soweit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder zur Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der gesamten Partei, und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften... Die Gesamtpartei ist sich darüber einig, daß in einem solchen Falle die Arbeiterklasse selbst vor dem äußersten Mittel nicht zurückschrecken... Wer da sagt, daß die Gewerkschaften Planmacher seien, daß man nicht mitmachen will, der kennt die Verhältnisse nicht.“

Alle diese Ausführungen beweisen, daß die Gewerkschaftsführer doch nicht vor lauter „Ausebedürfnis“ gegen politische Gefahren blind und leinewegs die politische Reaktion zu tragen gewillt sind, wenn nur das Gewerkschaftswesen unangefastet bleibt. Wenn wir jetzt die Aeußerungen im internen Kreise der Februar-Konferenz betrachten, so zeigt sich, daß die Zentralverbandsleiter zwar nicht von der in Jena bekundeten prinzipiellen Anerkennung des politischen Streikgedankens abgewichen sind, daß aber in ihrer Haltung noch ein bedeutender innerer Widerspruch übrig geblieben ist.“

Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

Düsseldorf, 20. August 1906.

Unter den üblichen Begrüßungen eröffnet nach 9 Uhr Fräulein Dredde die Versammlung. Anwesend sind als Gäste Regierungsrat Dr. Hoffmann, Dr. Verkauf-Wien usw.

Hesse, Bureauvorfänger der Ortskrankenkasse Dresden, erstattet den Geschäftsbericht des Zentralverbandes für das abgelaufene Jahr. Aus dem auch gedruckt vorliegenden Anschlußungen geht hervor, daß dem Zentralverband außer einer Reihe Provinzialverbände auch 206 einzelne Kassen angehören. Im Anschluß an den Bericht wird ein Antrag der geschäftsführenden Kasse angenommen, welcher verlangt, daß bei einer Veränderung der Reichs-Argenteage die Apotheker zu verpflichten sind, Gefäße usw. zurückzunehmen und zu vergraben.

Hierauf wird über „Wohnungsfrage und Ortskrankenkassen“ verhandelt, wozu zunächst Dr. von Rangold, Sekretär des Vereins Reichs-Wohnungsgesetz, ein Referat erstattet. Die Kassen könnten sehr viel zur Beseitigung des Wohnungselends beitragen, und zwar durch Herausgabe von beheizenden Flugblättern (wie es die Ortskrankenkasse Leipzig getan hat), Aufnahme von Wohnungsstatistiken, wie sie von immer mehr Kassen gepflegt werden (Leipzig, Dresden, Kaufleute Berlin, Stuttgart usw.), Verteilung an Baugesellschaften usw. Sodann tritt Redner besonders für Wohnungsinspektion ein, die in schriftlicher Aufnahme aller Einzelheiten zu bestehen habe. Unzulänglichkeiten könnten sehr wohl den Behörden bekannt gegeben werden. Im Photographieren der schlechten Wohnungen dürften die Enquêtes nicht bestehen. Die Besserung der Wohnungsverhältnisse sei ein Stück Wehrkampf. (Beifall.)

In der Diskussion spricht zunächst Bergmann, Breslau, der auf die Zusammenhänge von Wohnungsstand und Krankheits-

gefahr hinweist. Er empfiehlt Einführung eines einheitlichen Formulars für die Wohnungsstatistiken der Kassen.

A. Kohn, Berlin beantragt, daß der Beschluß des Zentralverbandes, der vor einigen Jahren gefaßt wurde und den Kassen solche Enquêtes empfiehlt, noch sehr wenig durchgeführt ist. Im übrigen erteilt er Ratschläge für Aufnahme solcher Statistiken.

Nach längerer Debatte wird eine Resolution angenommen, in welcher zum Ausdruck kommt, daß in den Wohnungsverhältnissen sehr viel zu bessern und es Pflicht der Kassen ist, das ihrige zur Besserung beizutragen. Schließlich ersucht die Resolution die öffentlichen Behörden, im Sinne der Beschlüsse der 1. Deutschen Wohnungskonferenz 1906 endlich vorzugehen.

Ueber die mit der Versammlung verbundene Ausstellung von Geschäftsrapporten der Ortskrankenkassen, die eine Fülle von Listen, Formularen, Büchern usw. verschiedener Kassen enthält, gibt A. Kohn, Berlin einen sehr belehrenden Vortrag. Redner erörtert auch die vielgewünschte Einführung eines einheitlichen Mitglieds-Duittungsbuches bei allen Ortskrankenkassen. Er sieht der Sache skeptisch gegenüber, weil die Einrichtungen der einzelnen Kassen zu sehr verschieden sind. Obendrein könnten diese Bücher eine Kennzeichnung der Arbeiter gegenüber den Unternehmern über die Gesundheits- und sonstige Verhältnisse werden. Weiter verbreitet sich Redner über die Krankentafeln, die von vielen Kassen schematisch und unrichtig, teilweise auch zu nebensächlich behandelt werde. Scharf kritisiert er die Praxis mancher Kassen, auch die Wöchnerinnen den strengsten Kontrollvorschriften zu unterwerfen, das sei sogar ungeheuerlich.

Beschlossen wurde, den Vortrag des Herrn Kohn wörtlich in das Protokoll aufzunehmen.

Fräulein Dredde gibt noch bekannt, daß alle die ausstellenden Kassen bereit sind, Probeformulare abzugeben.

Ullman, Leipzig spricht hierauf über die Aufnahme von Lohnstatistiken durch die Krankenkassen. Diesem Zweige der Kassenarbeit müsse größere Aufmerksamkeit geschenkt werden und habe jetzt das kaiserliche Statistische Amt in Berlin besondere Wünsche in der Richtung. Im besonderen wünscht es, daß den Ueberwachten, die von vielen Kassen an das Reichsamt über die Mitgliederbewegung eingereicht werden, auch solche über die Zugehörigkeit der Mitglieder zu den einzelnen Lohnklassen zuzufügen. Aus einer solchen lasse sich leicht eine Lohnstatistik anfertigen. Die Ortskrankenkasse Leipzig wird in Zukunft dem entsprechen. Redner bittet die Anwesenden, die Kassenarbeit ebenfalls dahin zu erweitern.

In seinem Schlusswort kritisiert Kohn, Berlin noch die Maßnahmen mancher Aufsichtsbehörden gegenüber den Kassen in bezug auf Formulare usw. So habe der Magistrat in Bochum Vorschriften erlassen, die gefehlich keineswegs haltbar sind. Es genüge, die Maßnahmen „höher“ zu fügen.

Sodann spricht man über die Unternehmung Unfallverlehter über die ersten 13 Wochen hinaus. Ein vorliegender Antrag verlangt, daß das Unfallversicherungsgesetz in der Richtung geändert wird, daß den Krankenkassen usw. die über die 13. Woche hinaus gemachten Aufwendungen voll zu erstatten sind.

Gieseler, Weimar begründet den Antrag und weist auf die Schäden hin, die den Kassen aus den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen erwachsen.

Einige weitere Redner verteidigen den Antrag ebenfalls. Gegen die Annahme des Antrages sprechen Grub, Frankfurt und Bauer, Berlin. Derselbe schädige die Unfallverlehten. Oberstes Ideal der Krankenkassen dürfe nicht ihr fiskalisches Interesse, sondern das Wohlergehen der Kranken sein. Der Gewinn der Kassen sei kein großer, die erheblichen Aufwendungen seien innerhalb der ersten 13 Wochen nötig. Trotzdem noch ein Redner in derselben Richtung spricht, wird doch der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag der Ortskrankenkasse Leipzig will die Ausdehnung der Rechteleistungen der Ortskrankenkassen dahingehend, daß auch den nichtversicherungspflichtigen Arbeitern der Krankenkassen ein Recht auf die ersten 13 Wochen hinaus zu erstatten werden kann. Nachdem Fräulein Dredde den Antrag mit dem Hinweis begründet hat, daß in Leipzig eine solche Erweiterung wiederholt abgelehnt worden ist, wird er einstimmig angenommen.

In derselben Richtung bewegt sich ein Antrag aus Stuttgart, der ebenfalls angenommen wird. Die verschiedenen in letzter Zeit vorgenommenen Eingriffe der Aufsichtsbehörden in das Selbstverwaltungswesen bildet den nächsten Gegenstand der Tagesordnung. Ein Antrag der Ortskrankenkasse für Hildesheim verlangt Maßnahmen zum Schutze der Krankenkassen in bezug auf §§ 42 und 45 Abs. 5 des Krankenversicherungsgesetzes.

Herlos, Krefeld begründet den Antrag in längerer, trefflicher Rede. Zunächst behandelt er die Verkefungsliste, in die vielfach die Behörden zugunsten der Ärzte eingegriffen haben. Sodann verweist er auf die Vorkommnisse in Remscheid, Rheddt, Weihensee, Krefeld usw. Aus wichtigen Gründen seien Kassen vorstände ihres Amtes entbunden worden und die Behörden haben sodann die Kassenverwaltungen in die Hand genommen und mitunter Maßnahmen getroffen, die von dem größten Einfluß auf die Kasse waren, z. B. Beamte mit 5000 M. Gehalt auf Lebenszeit angestellt usw. So könne es unmöglich weiter gehen und es müßten endlich Schritte zum Schutze der Kassen gegen solche Uebergriffe getroffen werden.

Reise, Weihensee schildert die Vorgänge mit dem Dr. Pape, die in letzter Zeit durch die Presse gegangen sind. Redner verlangt energisch endlich Schutz der Kassen.

Nach weiterer Debatte werden zu der Sache zwei Anträge angenommen. Der eine verlangt, daß die Behörden nur provisorisch eingreifen dürfen und ihre Maßnahmen solange keine rechtliche Wirkung haben, bis das eingeleitete Verwaltungsverfahren beendet ist. Der andere Antrag verlangt, daß bei den kritisierten Uebergriffen den Kassen von dem Zentralverband ein tüchtiger Rechtsanwalt gestellt wird.

Der nächste Verhandlungsgegenstand betrifft den § 57a des Krankenversicherungsgesetzes, nach welchem bei Ueberweisung eines Kranken zur Fürsorge an eine andere Kasse derselben als Ersatz für die Aufwendungen für Arzt und Apotheke die Hälfte des Krankengeldes zu erstatten ist, sofern keine höheren Aufwendungen nachgewiesen werden. Ein vorliegender Antrag verlangt, daß immer nur die wirklichen Aufwendungen zu erstatten sind. Der Antrag wird angenommen.

Eine Reihe von Anträgen nimmt zu der Reichs-Argenteage und der Apotheken-Betriebsordnung Stellung. Dieselben sind von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins eingebracht.

Apotheker Staller, Charlottenburg begründet in längerer Ausführungen die circa 15 Anträge, die sämtlich auf eine Verbilligung der Hellmittel für die Krankenkassen hinauslaufen. Alle Anträge werden einstimmig angenommen.

Zur Klärung des Zusammenhanges des Alkoholmißbrauches mit der Krankheitsgefahr empfiehlt die Ortskrankenkasse für Kaufleute in Weeslau statistische Erhebungen über die Angelegenheit. Kohn, Berlin empfiehlt ein Formular, welches den Ärzten einige Fragen über die Krankheitsursachen für jeden einzelnen Kranken vorschlägt. Der Antrag wird angenommen.

Sinnlich der Abstimmung über die Anträge betreffend die Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten schlägt das Bureau vor, die Abstimmung namentlich vorzunehmen. Man beschließt demgemäß.

Ueber einen Vorschlag des Herrn Dr. med. Glasen in Altona auf Ersparnis von Arzneikosten spricht Hesse, Dresden. Man geht nach längerer Diskussion zur Tagesordnung über und vertagt die Verhandlung auf Dienstag.

Aus der Partei.

Neuer Volkbildung und Erziehung enthält die „Neue Zeit“ zahlreiche und sehr beachtenswerte Beiträge. Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, die sich noch vor dem Parteitag eingehender mit der Frage beschäftigen wollen. Die Beiträge sind so

ziemlich in allen Jahrgängen der „Neuen Zeit“ zerstreut, jedoch an der Hand des Generalkongresses unter den Stichworten „Schule“, „Volkbildung“ und „Kunst“ leicht zu ermitteln.

Zum Parteitag.

In Frankfurt a. M. referierte am Mittwoch Genosse Dittmann über den Parteitag. Er sagte u. a., davon, daß der Parteivorstand bei den Verhandlungen mit der Generalkommission den Jenerer Standpunkt verlassen habe, könne gar keine Rede sein. Eine der wesentlichsten Ursachen für die Differenzen zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Führern sehe er in der aus den Verhältnissen herausgewachsenen Spezialisierung der Arbeitsgebiete in der Arbeiterbewegung. Diese führe zur Einseitigkeit. Man müsse für die Führer, wie für die Massen fordern: Entlastung von der Berufsarbeit und mehr Zeit für die Allgemeinbildung.

Eingehend behandelte der Referent den Punkt „Volkserziehung und -bildung“. Er machte mehrere Vorschläge, die in dem von der Versammlung angenommenen Antrage zur Bildungsfrage Aufnahme fanden. Er lautet:

Der Parteivorstand wird beauftragt, der Vereinheitlichung und Vertiefung der Erziehungs- und Bildungsbestrebungen praktisch näher zu treten unter besonderer Berücksichtigung folgender Einzelfragen: Kinder- und Jugendliteratur, Jugendorganisationen, Jugendorgan, Orts- und Bezirksbildungsausschüsse, Zentral-Bildungsausschuss, Arbeiterbildungsschulen, Zentralbildungsschule.

Weiter wurden folgende Anträge angenommen: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei besonderen Aktionen und zur Verständigung über innere Organisationseinrichtungen die Leiter resp. Geschäftsführer der Bezirks- und Landesorganisationen und je nach Bedarf auch weitere Kreise der Parteifunktionäre zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzubringen. Als nächste Aufgaben in organisatorischer Hinsicht betrachtet der Parteitag u. a. die Schaffung einheitlicher Parteilegitimationen für das ganze Reich und einheitlicher Perioden für die Parteiberichterstattung aller Organisationskörperlichkeiten.

Der Parteivorstand ist um mehrere Mitglieder zu verstärken. Dabei ist der Frage näher zu treten, ob durch eine Personalunion oder auf anderem Wege eine ständige enge Verbindung des Parteivorstandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften herbeizuführen ist; auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages die Frage zu setzen:

Im Geschäftsbericht des Parteivorstandes über die Erledigung der ihm überwiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Als Delegierte wurden die Genossen Dittmann und Quard gewählt.

Die Kreisversammlung des Landsberg-Soldiner Wahlkreises fand Sonntag, den 19. August, in Landsberg statt. Anwesend waren 46 Delegierte, sowie der Genosse Janzen von der Agitationskommission, Genosse Jöckel als Vertreter des 4. Berliner Wahlkreises und der Kandidat des Kreises Genosse Pögel, Berlin. Der Kreisbericht wies eine Einnahme von 2650,75 M., eine Ausgabe von 1942,49 M. und somit einen Restbestand von 708,26 M. nach. Aus dem Jahresbericht ist ferner ersichtlich, daß nach einer Enquete in Landsberg und Umgegend 1774 gewerkschaftlich und im ganzen Kreise 496 politisch organisierte vorhanden sind. Referat der „Volkstimme“ fand aber nur 216.

Im allgemeinen konnte über eine erfreuliche Tätigkeit im Abhalten von Versammlungen und Verbreiten von Flugchriften im Kreise berichtet werden, was ein stetes Wachstum unserer Organisation zur Folge hat. Selbstverständlich genügt der Erfolg den Genossen nicht und deshalb wurde auch über den Ausbau der Organisation beraten. Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Kahler, Schulz und Gänsele und zum Parteitag der Genosse Pögel delegiert. Zum Vorsitzenden des Kreiswahlvereins wurde Genosse Kahler gewählt.

Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza-Weihensee tagte am Sonntag in Langensalza. Die erstatteten Berichte lassen ein stetiges — wenn auch langames — Erstarren und Ausbreiten der Parteioorganisation erkennen. Die Konferenz beschloß u. a. einen Verein über den ganzen Wahlkreis zu bilden; ein auf der Grundlage zentralistischer Organisationsform aufgebauter Statut fand Annahme. Der „General-Anzeiger“, Volksblatt für Mühlhausen und Umgegend, der schon längere Zeit in sozialdemokratischem Sinne redigiert und von der Parteioorganisation in Mühlhausen subventioniert worden ist, wurde als Parteioorgan für den gesamten Wahlkreis anerkannt. Die Erfurter „Tribüne“, das bisherige Organ für den Kreis, erleidet, da es nur in wenigen Exemplaren verbreitet war, durch diesen Beschluß keine große Einbuße, während die nun hergestellte Einheitlichkeit in der Verbreitung der Arbeiterpresse von günstigem Einfluß auf die Parteiverhältnisse des Kreises sein wird.

Der Sozialdemokratische Zentralverein für den 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Kiel-Neumünster-Rendsburg) hielt am 19. August in Rendsburg seine zweite Generalversammlung ab. Das erste Jahr nach dem festen Zusammenschluß der Organisationen zu einem Zentralverein hat der Parteibewegung einen erfreulichen Aufschwung gebracht. Die Zahl der in den Ortsvereinen organisierten Genossen ist vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 von 3813 auf 5961 gestiegen, das ist ein Mitgliederzuwachs von 2148. Jedes beträgt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Wahlkreise 16340. Außer den im Zentralverein organisierten Genossen zahlten noch 853 Genossen freiwillige Beiträge in Höhe des Monatsbeitrages des Zentralvereins, der 40 Pf. beträgt. 448 Genossen im Kreise zahlten regelmäßige Beiträge an die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. Die Zahl der Abonnenten der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung“ ist im Kreise von 9761 auf 12109 gestiegen. (Die Gesamtzahl der Abonnenten der „Volkszeitung“ beträgt circa 20.000.)

Sämtliche Ortsvereine des Wahlkreises vereinnahmten im Berichtsjahre 88.908,29 M. und verausgabten 85.772,16 M. Die Abrechnung des Kieler Ortsvereins bilanziert in Einnahme und Ausgabe allein mit 23.805,94 M. Die Zentralkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 34.872,84 M. Unter den Ausgaben befindet sich die Summe von 3327,00 M., die an die Landesorganisation abgeführt worden ist, dieselbe Summe wurde dem Parteivorstande überwiesen.

Der Parteitag in Mannheim soll durch drei Delegierte besichtigt werden, außerdem wählen die organisierten Frauen des Kreises noch eine Delegierte. — Zum Schluß der Verhandlungen kam noch die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften zur Sprache. Die Kieler Delegierten wandten sich energisch gegen den Versuch des Genossen Paul Müller, den Reichstagsabgeordneten des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, Genossen Legien, gegen die Kieler Genossen auszuspielen (Seite 4 des Protokolls der Vorstandskonferenz). Die Behauptungen Müllers, in Kiel habe man in Versammlungen direkt gegen die Führer der Gewerkschaften und indirekt auch gegen den Genossen Legien gehandelt, seien unwahr. Die Versammlung, die Müller im Auge habe, sei eine vom Kartell einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung gewesen, in der nur gewerkschaftlich organisierte Genossen gesprochen hätten und in ruhiger, sachlicher Weise zum Kölner Gewerkschaftskongress Stellung genommen hätten. Man habe sich allerdings — wohl sehr zum Leidwesen Müllers — gegen die Beschlüsse in Sachen der Parteier und des politischen Massenstreiks gewendet. Das sei aber das Recht der Kieler Genossen. Wie stelle sich dem Müller das Einlegen eines Vetos durch den Abgeordneten des Kreises vor? Denke er sich die Organisation des Kreises als ein halbabsolutistisches Gebilde, wo der Abgeordnete einfach sein Veto einzulegen habe, wenn die Genossen eine andere Ansicht vertreten, als er? Das würden sich die Kieler Genossen entscheiden verbiten! Sie beantragen für sich das Recht der freien Meinungsäußerung, wie sie es auch dem Genossen Legien zustehen und wie den Versuch gemacht haben, es ihm abzusperrchen. Mit der Erklärung des Genossen Legien, daß man in Kiel nicht gegen ihn gehandelt und er sich auch nicht getränkt gefühlt habe, daß

er Millers Ausführungen mit einer entsprechenden Handbewegung zurückgewiesen habe, galt die Angelegenheit für erledigt.

Sozialismus in Australien. Die „Justice“, das Organ der englischen sozialdemokratischen Föderation, veröffentlicht einen Brief des Genossen Tom Mann, der bekanntlich vor einigen Jahren nach Australien ausgewandert ist und der dort unermüdlich für den Sozialismus wirkt. Der Genosse Tom Mann schreibt, daß er in den letzten zwölf Monaten sich dauernd in Melbourne aufhielt und dort agitierte. Aus seinen Mitteilungen sei hervorgehoben: Er und seine Freunde agitieren in Wort und Schrift für den internationalen Sozialismus. Es ist eine Rednerschule begründet worden, in welcher junge Genossen und Genossinnen zu Versammlungsrednern ausgebildet werden. In einem gemieteten Theater werden alle Sonnabende und Sonntage Versammlungen abgehalten; außerdem werden solche in den offenen Parks arrangiert. Die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder beträgt 1200. An Literatur wurden große Mengen Wahlsflugblätter und Broschüren verteilt und ein Blatt, der „Socialist“ herausgegeben, das vorläufig vierzehntägig erscheint. Die Partei hat Ermittlungen über die soziale Lage der Kinder angestellt und dabei große Mängel in bezug auf Beschäftigung der Kinder, Unterernährung usw. zutage gefördert. Auch der Arbeitslosen hat sich die Partei angenommen; es sind deren jetzt 5000 allein in Melbourne. Für 600 wurde von der Regierung Arbeit geschafft und zur Unterstützung gab sie 11 000 M. her. Die „Justice“ freut sich mit Recht dieses Erfolges und hofft auf eine baldige Vereinigung der sozialistischen Partei in Melbourne, der sozialistischen Liga von Neu-Süd-Wales und der sozialdemokratischen Avantgarde in Queensland. Diese geeinte Partei von Australien würde dann eine respektable Macht bilden.

Totenliste. In Elbing starb, 41 Jahre alt, der Genosse König. Er hat viel für die Partei getan und viel gelitten. Zweimal wurde er in Elbing gemahregelt. Ohne jede Aussicht, wieder Arbeit in dieser Stadt zu erhalten, begann er ein Kolonialwarengeschäft. Eine Zeitlang ging, dann teilte er das Geschäft manchen Kleinen: Bankrott. In Berlin, wohin er überfiedelte, war ihm das Schicksal auch nicht hold. Vor einigen Monaten kehrte er in die Heimatstadt zurück.

Soziales.

Zum Konflikt bei der Ortskrankenkasse in Weiskirchen.

Zu der von uns besprochenen Angelegenheit, zu welcher auch schon der Verbandstag der Krankenkassen Stellung genommen hat, schreibt ein Arzt der „Vossischen Zeitung“:

Unter den Angriffen auf die Person des Schöffen Pape und den Versuchen, das Verhalten des Kassenvorstandes auf das politische Gebiet hinüberzuspielen, ist die grundsätzliche Seite des Streites ganz zurückgetreten. Gewiß ist es mit aller Schärfe zurückzuweisen, wenn für die Entschuldigungen der Kassenvorstände politische Erwägungen ausschlaggebend sind, wie das zum Beispiel bei den Ortskrankenkassen der Bureaubeamten in Berlin der Fall war, als die Wugdansen Reichstagsreden für sie einen der Gründe abgaben, den Vertrag mit ihren bisherigen Kassenzurück zu lösen. Die Verbreitung einer aufklärenden Schrift über die Gefahren des Alkohols hat aber wirklich nicht das mindeste mit Politik zu tun. Bei einer engherzigen Auslegung des Krankenversicherungsgesetzes kann man vielleicht dazu kommen, die geringfügige Ausgabe beanspruchenswert zu finden. Herr Pape wird aber wohl der erste Vertreter einer Aufsichtsbehörde gewesen sein, der eine solche Ausgabe tatsächlich beantragt hat. Gewiß, er kann sich auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts berufen. Man darf aber nicht vergessen, daß diese Entscheidung nicht etwa in einem Streitfall gegen eine Krankenkasse ergangen ist, sondern die Ortskrankenkasse der Kaufleute hat sie provoziert, um dem Gesetzgeber klar zu beweis zu können, daß in dem bestehenden Gesetz eine Lücke ist, die bei nächster Gelegenheit beseitigt werden muß. Nach dem starken Wortlaut des Gesetzes darf nämlich eine Krankenkasse nur Ausgaben bei schon bestehender Krankheit machen, nicht aber, wie die Invalidenversicherung, zur Krankheitsüberwindung. Es erschien auch zweifelhaft, ob die Kassen berechtigt seien, zum Besuch von Krankenkassen- oder hygienischen Kongressen ihren Vertretern Reisegebühren zu bewilligen. Das Oberverwaltungsgericht hat in dem angeführten Urteil ausdrücklich anerkannt, daß solche Ausgaben berechtigt sind, wenn die Kongresse zu einer verwaltungsmäßigen Belehrung oder einer vervollkommenen Krankenbehandlung die Hand bieten. Aus dem Wortlaut des Erkenntnisses geht deutlich das Bedauern hervor, daß die gefällige Fassung des Gesetzes Aufwendungen zu Vorbeugungszwecken nicht gestattet. Ein Urteil des Obergerichts Landgericht spricht zum Besuch von Kongressen ebenfalls den Kassen das Recht zu. Bei dem Erlaß des Krankenversicherungsgesetzes hat niemand die Entwicklung übersehen, die bisher das Krankenkassenwesen genommen hat. Es ist zu einem der wichtigsten Träger der Volkshygiene geworden, als großen gesundheitsfördernden Bestrebungen der letzten Jahre, der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten bedürfen der Krankenkassen als wichtiger Bundesgenossen. Wirksam lassen sich die Volksseuchen nur bekämpfen durch vorbeugende Maßnahmen und durch weitgehendste Aufklärung des Volkes. Die Vorstände erfüllen also nicht mehr als ihre Pflicht, wenn sie sich an der Aufklärungsarbeit beteiligen, sie handeln aber zugleich als gute Kassenvorstände, wenn sie keine Ausgaben zu Vorbeugungszwecken machen, um große Ausgaben für abwendbar gewesene Krankheiten zu vermeiden. Seit vielen Jahren veranstalteten Krankenkassen in ganz Deutschland, vor allem aber in Groß-Berlin, aufklärende Vorträge. Bereitwillig haben sich hierzu die Ärzte, die doch sonst den Kassen gegenüber auf angemessene Vergütung halten, ohne Honorar zu fordern, zur Verfügung gestellt, haben die Kommunalverwaltungen die Hörsäle hergegeben. Ebenso haben sozialhygienisch gestaltete Fachlehrer unentgeltlich die aufklärenden Schriften über Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus geschrieben, um die Kassen im Kampfe gegen die Volksseuchen zu unterstützen und ihnen nach Möglichkeit Kosten zu ersparen. Trotz alledem waren, wenn auch nur ganz geringe Ausgaben nicht zu vermeiden, die meisten Aufsichtsbehörden von der untersten bis zur obersten Instanz haben sich aber über den Zweck dieser Ausgaben viel zu sehr geäuert, als daß sie auf den Gedanken einer Beanstandung gekommen wären. Die Strenge des Herrn Pape ist also vom Standpunkt der sozialen Hygiene aufs tiefste zu bedauern, dagegen wird der unsehbare Streit das eine Gute haben, daß er den Gesetzgeber eindringlich von der Notwendigkeit einer Änderung des Paragraphen überzeugt, der irgend einem übelgelaunten Beamten die Möglichkeit bietet, der Förderung der Volksgesundheit hindernd in den Weg zu treten.

Den letzten Groschen.

Daß die Steuerhändler immer noch nach neuen Mitteln haben, um die kleinen Einkommen bis auf den letzten Radel tributpflichtig zu machen, beweist eine Mitteilung der „Berl. Vol. Nachrichten“. Für das Steuerjahr 1907 soll die durch die Einkommensteuergesetz-novelle gegebene Vorschrift zur Durchführung gelangen, nach welcher jeder, der für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufes oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, verpflichtet ist, über deren Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 9000 M. nicht übersteigt, der mit der Aufnahme des Verlebensbesandes betrauten Behörde auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen. Die Verpflichtung liegt auch den gesetzlichen Vertretern nichtehelicher Personen ob.

Verschiedene Veranlagungskommissionen sind bereits mit den Borarbeiten beschäftigt. Der Zweck des Eifers ist, wie bemerkt, die kleinen Einkommen bis auf den letzten Radel für den Steuerfiskus heranzuholen. Bei den ganz großen Einkommen ist man nicht so sehr neugierig. Als vor einigen Jahren der Landrat des Kreises Ruffort den Versuch unternahm, den patriotischen Helden, welche die Steuerdefraudation großzügig betreiben, das Handwerk zu legen, da erhob sich in der gesammten Presse bis hinauf zur „N. Nig.“ ein lebhaftes Lamento über die unwürdige und beleidigende Schnüffelerei. Daß die Rieseneinkommen ordentlich herangezogen werden sollten, brachte den Patriotismus der Herrschaften ins Wanken.

Zu allen Opfern für das Vaterland ist man bereit — aber nur zu Opfern aus der Tasche anderer.

Spiele mit Menschenleben.

Steigt der Absatz, steigen die Produkte im Preise und die Kurve der Aktien und Renten gehen in die Höhe. Ein weiteres steigt aber noch: das Blutmeer im Bergbau!

In den letzten Wochen sind drei Massenunglücke zu verzeichnen, die sämtlich auf Konto der Jagd nach Kohle zu setzen sind. In Weimar in Westfalen auf Zeche „General“ wurden elf Mann durch das Ausfliegen des Förderkorbes im Schumpfe schwer verletzt. Der Korb ist schnell wie der Blitz in die Tiefe gesaust! Am gleichen Tage riß auf der Reinardusgrube in Kattowitz in Oberschlesien das Seil, 14 Bergleute stürzten in den Schacht und waren sofort tot. Das dritte Massenunglück ereignete sich am 7. August auf der Brilletfabrik der Braunkohlengrube „Victoria“ bei Stötenleben im Braunschweigischen. Durch einen Brand mit nachfolgender Kohlenstaubexplosion wurden zehn Mann auf das jämmerlichste verbrannt.

Die Gefahren der Emsförmerniederung.

In dem großen Wasserwerkprozess, der vor zwei Jahren in Essen stattfand und in dem die traurigen Wasserhältnisse in den Ortschaften an der Emscher und der Emscher beleuchtet wurden, wies Geheimrat v. Pettenlofer-München als Sachverständiger auf die Gefahren hin, die in gesundheitlicher Beziehung den Anwohnern des Emscherlandes drohen.

Die Emscher fließt in ihrem unteren Laufe durch das dicht-bevölkerte rheinische Industriegebiet. Sie nimmt den gesamten Schlamm und die Abwässer der anliegenden Hochofen-, Stahlwerke, der Zechen und anderer industrieller Etablissements auf. Besonders sind es die mehr und mehr in Aufnahme kommenden Kokereien der Steinkohlenwerke, welche stinkende Abgänge der Emscher zuführen. Dadurch ist dieser Fluß zu einer einzigen großen Kloake geworden. Der aufsteigende Gestank aus demselben verpestet kilometerweit die ganze Umgebung. An den Ufern hängt eine oft fuhdige schwarze Schlammkruste, die so sehr mit Brennstoffen aus der Steinkohle durchsetzt ist, daß sie von armen Leuten gesammelt und verfeuert wird. Auf der Oberfläche des trüben Gewässers schwimmen Tausende von großen Fetztropfen, die sich stellenweise zu förmlichen Lagen verdichten!

In den letzten zwei Jahren sind infolge des Abbaues unter der Emscher die Ufer derselben an beiden Seiten auf weite Strecken eingesenken. Bei dem geringsten Steigen des Wassers wälzen sich die schmierigen Fluten über das ganze eingesenkte Gebiet. Der eigentliche Flußlauf ist gar nicht mehr zu erkennen. Beim Zurücktreten des Wassers bleiben die Schlammmassen als Ablagerung auf dem eingesenkten Gelände liegen. Sie bilden Rämpel und Loden. Das früher fast ganz fruchtbar weidende Land ist mit einer einzigen schwarzen Schmutzkruste überzogen, die das Land weithin verpestet. Sehr stark tritt dieser schädliche Uebelstand zwischen Oberhausen und der Zeche Krummühl hervor. Und gerade die dortige Gegend ist eine der dichtbevölkertesten in ganz Deutschland.

Im Sommer, besonders um die jehige Zeit bilden sich auf den Emschen der Emsförmerniederung Myriaden Scharen von Mücken und Fliegen. Schon von weitem hört man das eigentümliche Summen und die Massen sind so groß, daß sie als förmliche Wolken am Horizont erscheinen. Dazu ist an schwülen Spätnachmittagen ein Pestsgeruch, der Mensch und Tier es nicht aushält.

War schon vor zwei Jahren der Zustand der Emsförmerniederung bedauerlich, daß Geheimrat Pettenlofer auf die Gefährlichkeit derselben für die Menschen hinweisen zu müssen glaubte, so ist er heute, nachdem große Flächen Landes rechts und links des Flußlaufes eingesenken sind, so, daß er eine ungeheure Gefahr für die gesamte Bevölkerung des niederrheinischen Industriegebietes bildet. Die Sanitätsbehörden des Reiches mögen rechtzeitig ihr Augenmerk auf jene Verhältnisse lenken, ehe Seuchen ausbrechen, die Tausende dahintraffen können.

Ein harter Arbeitermangel macht sich in dem niederrheinischen Textilgebiet bemerkbar und alle Versuche, demselben abzuhelfen, hatten bis jetzt wenig Erfolg. Am meisten leiden unter dem Mangel an Arbeitern die Textilindustriellen im R.-Gladbacher Bezirk und von dort kommen auch die meisten Klagen über die „unzufriedenen“ Arbeiter. Die Unternehmer haben sich mit den Auswanderungskomitees in den russischen Grenzprovinzen in Verbindung gesetzt, um den Strom der Deutschen, die die russisch-polnischen Gebiete verlassen, nach R.-Gladbach zu leiten. Es sind jedoch nicht diese Arbeiter aus jener Gegend eingetroffen, und haben sich die Unternehmer deshalb nach Holland um Arbeitskräfte gewandt, wo sie etwas mehr Glück hatten, obwohl ihre Erwartungen nicht ganz erfüllt wurden. Am besten ist es ihnen noch gelungen, durch Einlegung von Arbeiterzügen und Herbeiführung von besseren Strahlenbahnverbindungen der Landwirtschaft die Arbeiter zu entziehen. Durch dieses Vorgehen der Textilindustriellen sahen sich viele Bauern am Niederrhein veranlaßt, russische Landarbeiter zu engagieren, doch waren sie mit den Leistungen der Leute gar nicht zufrieden.

Alle Anstrengungen haben nicht genügt, den Fabrikanten die Arbeitskräfte zu füllen, weil immer mehr Textilarbeiter es vorziehen, ihr Domizil nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu verlegen, wo ihre Arbeitskraft besser bezahlt wird. Jetzt wird nun ein letztes Mittel angewandt: man macht die Stadterweiterungen mobil. Diese empfinden plötzlich, daß sie die Arbeiter vernachlässigt haben. Die Herren in den Stadterweiterungen haben jetzt sozialpolitische Anwandlungen; es werden Dinge beschlossen, die ihnen früher völlig fremd lagen. So hat die Verwaltung der Stadt R.-Gladbach beschlossen, für städtische Beamte und Arbeiter Wohnhäuser zu errichten, damit für Arbeiterfamilien Wohnungen frei werden. Weiter wurden 15 000 M. bewilligt zum Bau eines Ledigenheims, in welchem auswärtige Arbeiterinnen für 80 Pf. täglich Kost und Wohnung haben sollen. Dem Beispiele R.-Gladbachs werden die übrigen Städte in dem Bezirke folgen. Merkwürdig schnell interessieren sich Verwaltungen für solche Unternehmungen, wenn es im Interesse des Kapitals liegt. Wollten die Unternehmer nur anständige Löhne zahlen, dann würden sie am besten dem Arbeitermangel begegnen.

Aus Industrie und Handel.

Die Preisfrage. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, hielt die Niederrheinisch-Westfälische Gruppe des Vereins deutscher Eisenhändler am 11. d. M. in Dagen eine Gruppenversammlung ab, in welcher, veranlaßt durch die stetige Preis-erhöhung der Rohstoffe usw., ein Preisauflage von 2 M. per 100 Kilogramm für sämtliche Handelswaren, Eisen- und Stahlwaren beschlossen wurde. Dies wurde der Rundschau durch Rundschreiben vom 15. August angezeigt.

Gegenüber dem Renntempo der Warenpreissteigerungen bewegen sich die Löhne im Schneitempo vorwärts.

Krupp kontra Thyssen.

Daß die wachsende Macht der neuen Industriellen bei der alten Fabrikdynastie Krupp Eifer sucht erwecken mußte, lag auf der Hand. Die Stinnes und Thyssen beherrschten schon stark den Kohlenmarkt, Thyssen hat die größte Beteiligung beim Stahlverband, er ist der bedeutendste Produzent in Walzartikeln, in der Holzproduktion ist er der Firma Krupp weit voraus. Mit dem Elektrizitätsmonopol und neuerdings mit der Erweiterung seiner Eisenhandels-Gesellschaft sucht er seinen Einfluß zu vergrößern. Das scheint der Firma Krupp, bei der die Monopolstellung als Nordwestzweigleiserverkehr hindurch wirkte, Angst um ihr Prestige und ihre Interessen einzujagen — und sie sucht Auskunft beim Robeisen Syndikat.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erzählt, finden zurzeit beim Robeisen Syndikat Erhebungen darüber statt, inwieweit es zulässig ist, daß Syndikatsmitglieder neue juristische Personen bilden, um Handel zu betreiben, und daß diesen Firmen seitens des

Syndikats eine Ausnahmebewilligung eingeräumt werde. Veranlassung zu diesen Erhebungen hat eine seitens der Firma Krupp in einer der letzten Syndikatsitzungen dieserhalb eingebrachte Beschwerde gegeben. Der Krupp'sche Vertreter hatte es als unzulässig bezeichnet, daß gewissen Syndikatsmitgliedern, die solche neuen Firmen zum Zwecke des Handels gebildet haben, Sonderstellungen eingeräumt werden, und die Firma Krupp beanspruche für sich dieselben Rechte, wie sie irgend einem Mitgliede durch das Syndikat zugesprochen werden. Alle übrigen Werke sollen sich diesem Vorgehen Krupp's anschließen haben, und die Sache ist einer Kommission zur weiteren Behandlung übertragen worden. Außer der Thyssenschen Eisenhandels-Gesellschaft m. b. H. in Weidrich, die die Hochofenerzeugnisse von Deutscher Kaiser, Bruchhausen und der im Besitz Thyssens sich befindlichen Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb in Weidrich u. a. vertreibt, kommen für Robeisen noch in Betracht die Firmen Roebling und Karl Später, deren Verhältnis zum Syndikat besonders geregelt ist.

Ein neues Eisenbahnprojekt. Auf dem panamerikanischen Kongress in Rio de Janeiro wurde nach der Londoner „Tribüne“ ein Bericht sehr günstig aufgenommen, der die Anlage einer Eisenbahn von New York nach Buenos Ayres, der Hafenstadt von Argentinien, beschrieb. Es gilt, die vorhandenen Bahnen mit einander zu verbinden, um die ganze Linie, eine Länge von 10 000 englischen Meilen, herzustellen. Daran fehlen gegenwärtig 8605 Meilen, die 780 Millionen Mark kosten würden. In Peru müßten noch 1200 Meilen gebaut werden, in Ecuador 450, in Colombia 845 und in Panama und Zentralamerika 1200 Meilen, zusammen 8695 Meilen. Es wurde vorgeschlagen, daß die reichen Vereinigten Staaten 400 Millionen Mark zu den gesamten Kosten beitragen sollten und die übrigen Republiken, 12 bis 14 an der Zahl, den Rest. Die Reichsländer Südamerikas würden durch dieses Projekt dem Welt-handel weit mehr als bisher erschlossen werden.

Verfassungen.

Den Situationsbericht von der Siebenstündigenbewegung der Steinbildhauer Berlins nahm eine gutbesuchte Branchenversammlung derselben am Dienstagabend entgegen. Seit der letzten Versammlung haben zwei Arbeitgeber neu beivilligt, so daß jetzt bei sieben Firmen 66 Gehältern zu den neuen Bedingungen arbeiten. Es streifen noch bei neun Firmen 189 Gehältern. Es sind sehr erfreuliche Solidaritäts-bezeugungen anderer Arbeiter an Bauten zu verzeichnen. Der Stand des Streiks kann nicht günstiger sein als er ist. Am Montag verhandelten die Gehälternvertreter auf Einladung des Arbeitgeberverbandes mit den Vertretern der Arbeitgeber. Nach längerer Auseinandersetzung erklärten die Arbeitgeber in der Hauptsache sich zu folgendem bereit: Vom 1. März bis zum 1. November siebenstündige Arbeitszeit bei dem bisherigen Minimallohn von 7,50 M. pro Tag, vom 1. November bis zum 1. März 6 1/2 stündige Arbeitszeit bei einem Minimallohn von 7 M., unter der Bedingung, daß die Arbeitszeit von 7 Stunden das erste Mal am 1. März 1907 in Kraft treten soll, die 6 1/2 stündige am 1. November 1906. Für Ueberstunden wollten die Herren nicht mehr als 25 Proz. Zuschlag gewähren und Sonnabends soll nach ihrer Meinung der übliche frühere Feierabend (1/2 Stunde) wegfallen. Diese beiden Vorschläge, sowie die Anerkennung der siebenstündigen Arbeitszeit erst ab 1. März 1907 und die Frage des Zuschlages für auswärtige Arbeit sind jetzt noch Differenzpunkte. Ebenso können die Gehältern nicht den Vorschlag der Unternehmer billigen, wonach der erstrebte Vertrag entweder vom 1. Januar zum 31. Dezember oder vom 1. November zum 31. Oktober laufen soll, fallen doch diese Termine in die für die Gehältern ungünstigste Zeit. — Neue Verhandlungen werden am Mittwoch (heute) erfolgen. — Als ein Zeichen dafür, wie die Arbeit drängt, wurde mitgeteilt: Es sind von Bauleitungen Anfragen an die Kommission gekommen, ob Streikarbeiten, falls sie den bestreikten Firmen entzogen und an Firmen, die beivilligt haben, vergeben werden, in Angriff genommen werden könnten.

Nach recht lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen: „Die am 21. August tagende Versammlung der Steinbildhauer erklärt sich mit der Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit im Sommer, und der sechsstündigen Arbeitszeit im Winter bei 7,50 respektive 7 M. Minimallohn einverstanden.“

Der verhandelnde Kommission spricht die Versammlung ihr Vertrauen aus und verpflichtet sie insbesondere dafür zu sorgen, daß der abzuschließende Arbeitsvertrag inklusive der siebenstündigen Arbeitszeit sofort bei Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft tritt.

Die Streikenden beschließen, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, bis die Verhandlungen endgültig abgeschlossen sind.

Nach einem weiteren Beschluß soll der abzuschließende Arbeitsvertrag mit dem 1. August beginnen und enden.

Der Verband der Holzarbeiter hielt am Sonntag im „Königstadt-Kasino“ seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit im verflochtenen Jahre. Der Kassierer gab den Bericht für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906. Danach war eine Gesamteinnahme von 8256,21 M. und eine Ausgabe von 5356,13 M., mithin ist ein Defizit von 99,92 M. zu verzeichnen. Krankenunterstützung wurde für 2619 Tage in Höhe von 1750,37 M. ausbezahlt. Sterbegeld wurde in 5 Fällen ausbezahlt und erreichte die Summe von 310 M. In den Vorstand wurden Otto Kriebe als erster, Peyer als zweiter Vorsitzender gewählt, Mrowka zum ersten, Kube zum zweiten Kassierer gewählt, Mohlan zum ersten, Kiewitz zum zweiten Schriftführer gewählt. Zu Revisoren wurden Watter, Erdmann und Emil Schulze gewählt. Kontrolleure wurden August Schmidt und Sülzow. Zum Gewerkschaftsbelegierten wurde H. Pelz und als Stellvertreter E. Hinge gewählt.

Die Filiale Berlin des Bergarbeiterverbandes hielt am 20. August in den Arminalhallen eine Mitgliederversammlung ab, in der die Abrechnung vom zweiten Vierteljahr verlesen wurde. Die Einnahmen der Filiale betragen mit dem alten Bestand von 86,58 M. 3046,38 M., die Ausgaben 914,80 M., so daß 2131,58 M. übrig bleiben. Der Hauptkassierer wurden 2245,17 M. überwiesen. Der Bestand des Vorkassens ist wiederum bedeutend gewachsen. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer Krüger einstimmig Decharge. — Dann hielt Felix Respod, Vertreter des Holzarbeiterverbandes, einen Vortrag über die Kölner Generalversammlung und den Uebertritt der Bergarbeiter in den Holzarbeiterverband. Der Redner schilderte die großartige Entwicklung des Verbandes, dessen erfolgreiche Tätigkeit zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die wichtigsten Beschlüsse der Generalversammlung. Daran schloß sich eine kurze Diskussion, in der noch verschiedene Aufführungen über die Bedingungen und Folgen des Uebertritts gegeben wurden. Der Uebertritt erfolgt am 1. Oktober. Der Krankenunterstützung werden die Bergarbeiter erst vom 1. Januar 1907 ab teilhaftig, weil dieser Unterstützungszweig im Bergarbeiterverband nicht vorhanden war; alle anderen Unterstützungseinrichtungen stehen ihnen bereits vom Tage des Uebertritts zur Verfügung entsprechend der Dauer ihrer Mitgliedschaft im alten Verband. Jedes Mitglied soll seine Beiträge bis zum 1. Oktober voll entrichtet haben. Die Bibliothek des Holzarbeiterverbandes, die täglich vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 4—7 Uhr geöffnet ist, wird den Bergarbeitern schon von Anfang September ab zur Verfügung gestellt. — Am 6. September findet in der Andreasstraße 26 eine Vertrauensmännerkonferenz statt, in der alle Werkstübenvertreter sein müssen.

Eingegangene Druckschriften.

Die deutschen Kolonien. Nr. 8. Monatschrift des Deutschen Kolonialvereins. Herausgeber H. Köhler. Bezugspreis jährlich 6 M. Einzelheft 60 Pf. Verlag: W. Siedler, Berlin W. 30.
Vollständiges Jahrbuch der „N. Nig.“ Nr. 15 und 16. Zugleich Mitteilungen des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes. Erscheint monatlich zweimal. Preis halbjährlich 4 M. Verlag: Berlin O. 19.

Portieren

Spezialität! (ca. 200 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.)
gratis u. franko.

Topplch-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin S.

Fahrräder

3 Jahre Gar., 45 M. Famil.-Nähmasch.
5 Jahre Gar., 27 M. Laufdocken, 1 Jahr. Garant., Qual. 2.90.
Luftschlauch 2.90 bis z. allerb. Qual.
Vertreter meiner Fabrikate erhalten neues Motorrad für ermäßigten Preis. **Scholz**, Fahrradw., Steinau a. O. W. 44/45.

Spezialität.

Reine Lohblinden und Bruchblinden mit pa. Federn sind die besthaltend. und verursachen keinerlei Beschwerden. Hierdurch empfehle mein Lager von Bettunterlagestoffen, Gummistrümpfen, Wickelbinden aller Art für Krampfadern, sowie Suspensoren, hygienische Gummikissen etc. **A. Reiche**, Sandagitt, Referent sämtlicher Krankenanstalten, Berlin C., Seebörsenstr. 15.

Kein Laden. Brennhöhler.

Bestes Teilzahlungs-Geschäft für
Käder. ::
Einstigste Bedingungen.
Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

Beste Bettenfüllung

Sind die vorzüglichsten Füllenden, sehr elastischen, sehr dauerhaft.

Monopoldauen

(gibt geschädigte) Pfund 2.50, 4 Pfund gemischt 3.00, 6 Pfund best. Besch. 4.00. Best. Besch. 5.00. Best. Besch. 6.00.

Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 48
Bestes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Verkäufe.

Garbudenband Große Frankfurtstr. 9, parterre. 14
Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Halle des Betriebes im Teppichlager Braun, Gadebier Markt 4, Bahnhofsbrücke. 206/14
Fahrräder, Teilzahlungen. Preisliste 28, Kaiserstr. 40, 10638
Herrenrad, Damenrad, wie neu, 45.00. Holz, Blumenstr. 30b. 17108
Geschäftsbücherei, anker hatil. 50.00, Holz, Blumenstr. 30b. *
Teppiche mit farbigen Bildern Fabrik-Verlag Große Frankfurtstr. 9, parterre. +1
**Kleiderband 20 Mark, Kommode 21, Bettsofa 29, luminiertes Kleiderbücherei, modern 40, Säulenstühle 54, Garderobenschrank 18, Waschtische 21, Nachtsch. 27, Schlafsofa 28, Aufschlupfstühle, englische Schlafzimmern, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung, Transport frei. Ballstr. 21. 150/2
Eine Partie-Reservierung verkauft E. Born, Schöneberg, Utenaerstr. 72. +101
**Wappstein, jung, frechend, singend, auch Kunst, Restaurant, Kommandantenstr. 52, Ecke Alexanderbrückenstr. 17688
**Lauben Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kastenholz, Bretter, Latten, Balken, Säulen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billige. Freier Kostenträger 22, jetzt Damenheide 2 (am Hermannplatz). 4218
Bronzegasföhrer!! Gasgasmampfen 1.00, Gasgasmampfen 1.50, Gasgasmampfen 1.75, Gasgasmampfen 2.00, Gasgasmampfen 2.25, Gasgasmampfen 2.50, Gasgasmampfen 2.75, Gasgasmampfen 3.00, Gasgasmampfen 3.25, Gasgasmampfen 3.50, Gasgasmampfen 3.75, Gasgasmampfen 4.00, Gasgasmampfen 4.25, Gasgasmampfen 4.50, Gasgasmampfen 4.75, Gasgasmampfen 5.00, Gasgasmampfen 5.25, Gasgasmampfen 5.50, Gasgasmampfen 5.75, Gasgasmampfen 6.00, Gasgasmampfen 6.25, Gasgasmampfen 6.50, Gasgasmampfen 6.75, Gasgasmampfen 7.00, Gasgasmampfen 7.25, Gasgasmampfen 7.50, Gasgasmampfen 7.75, Gasgasmampfen 8.00, Gasgasmampfen 8.25, Gasgasmampfen 8.50, Gasgasmampfen 8.75, Gasgasmampfen 9.00, Gasgasmampfen 9.25, Gasgasmampfen 9.50, Gasgasmampfen 9.75, Gasgasmampfen 10.00, Gasgasmampfen 10.25, Gasgasmampfen 10.50, Gasgasmampfen 10.75, Gasgasmampfen 11.00, Gasgasmampfen 11.25, Gasgasmampfen 11.50, Gasgasmampfen 11.75, Gasgasmampfen 12.00, Gasgasmampfen 12.25, Gasgasmampfen 12.50, Gasgasmampfen 12.75, Gasgasmampfen 13.00, Gasgasmampfen 13.25, Gasgasmampfen 13.50, Gasgasmampfen 13.75, Gasgasmampfen 14.00, Gasgasmampfen 14.25, Gasgasmampfen 14.50, Gasgasmampfen 14.75, Gasgasmampfen 15.00, Gasgasmampfen 15.25, Gasgasmampfen 15.50, Gasgasmampfen 15.75, Gasgasmampfen 16.00, Gasgasmampfen 16.25, Gasgasmampfen 16.50, Gasgasmampfen 16.75, Gasgasmampfen 17.00, Gasgasmampfen 17.25, Gasgasmampfen 17.50, Gasgasmampfen 17.75, Gasgasmampfen 18.00, Gasgasmampfen 18.25, Gasgasmampfen 18.50, Gasgasmampfen 18.75, Gasgasmampfen 19.00, Gasgasmampfen 19.25, Gasgasmampfen 19.50, Gasgasmampfen 19.75, Gasgasmampfen 20.00, Gasgasmampfen 20.25, Gasgasmampfen 20.50, Gasgasmampfen 20.75, Gasgasmampfen 21.00, Gasgasmampfen 21.25, Gasgasmampfen 21.50, Gasgasmampfen 21.75, Gasgasmampfen 22.00, Gasgasmampfen 22.25, Gasgasmampfen 22.50, Gasgasmampfen 22.75, Gasgasmampfen 23.00, Gasgasmampfen 23.25, Gasgasmampfen 23.50, Gasgasmampfen 23.75, Gasgasmampfen 24.00, Gasgasmampfen 24.25, Gasgasmampfen 24.50, Gasgasmampfen 24.75, Gasgasmampfen 25.00, Gasgasmampfen 25.25, Gasgasmampfen 25.50, Gasgasmampfen 25.75, Gasgasmampfen 26.00, Gasgasmampfen 26.25, Gasgasmampfen 26.50, Gasgasmampfen 26.75, Gasgasmampfen 27.00, Gasgasmampfen 27.25, Gasgasmampfen 27.50, Gasgasmampfen 27.75, Gasgasmampfen 28.00, Gasgasmampfen 28.25, Gasgasmampfen 28.50, Gasgasmampfen 28.75, Gasgasmampfen 29.00, Gasgasmampfen 29.25, Gasgasmampfen 29.50, Gasgasmampfen 29.75, Gasgasmampfen 30.00, Gasgasmampfen 30.25, Gasgasmampfen 30.50, Gasgasmampfen 30.75, Gasgasmampfen 31.00, Gasgasmampfen 31.25, Gasgasmampfen 31.50, Gasgasmampfen 31.75, Gasgasmampfen 32.00, Gasgasmampfen 32.25, Gasgasmampfen 32.50, Gasgasmampfen 32.75, Gasgasmampfen 33.00, Gasgasmampfen 33.25, Gasgasmampfen 33.50, Gasgasmampfen 33.75, Gasgasmampfen 34.00, Gasgasmampfen 34.25, Gasgasmampfen 34.50, Gasgasmampfen 34.75, Gasgasmampfen 35.00, Gasgasmampfen 35.25, Gasgasmampfen 35.50, Gasgasmampfen 35.75, Gasgasmampfen 36.00, Gasgasmampfen 36.25, Gasgasmampfen 36.50, Gasgasmampfen 36.75, Gasgasmampfen 37.00, Gasgasmampfen 37.25, Gasgasmampfen 37.50, Gasgasmampfen 37.75, Gasgasmampfen 38.00, Gasgasmampfen 38.25, Gasgasmampfen 38.50, Gasgasmampfen 38.75, Gasgasmampfen 39.00, Gasgasmampfen 39.25, Gasgasmampfen 39.50, Gasgasmampfen 39.75, Gasgasmampfen 40.00, Gasgasmampfen 40.25, Gasgasmampfen 40.50, Gasgasmampfen 40.75, Gasgasmampfen 41.00, Gasgasmampfen 41.25, Gasgasmampfen 41.50, Gasgasmampfen 41.75, Gasgasmampfen 42.00, Gasgasmampfen 42.25, Gasgasmampfen 42.50, Gasgasmampfen 42.75, Gasgasmampfen 43.00, Gasgasmampfen 43.25, Gasgasmampfen 43.50, Gasgasmampfen 43.75, Gasgasmampfen 44.00, Gasgasmampfen 44.25, Gasgasmampfen 44.50, Gasgasmampfen 44.75, Gasgasmampfen 45.00, Gasgasmampfen 45.25, Gasgasmampfen 45.50, Gasgasmampfen 45.75, Gasgasmampfen 46.00, Gasgasmampfen 46.25, Gasgasmampfen 46.50, Gasgasmampfen 46.75, Gasgasmampfen 47.00, Gasgasmampfen 47.25, Gasgasmampfen 47.50, Gasgasmampfen 47.75, Gasgasmampfen 48.00, Gasgasmampfen 48.25, Gasgasmampfen 48.50, Gasgasmampfen 48.75, Gasgasmampfen 49.00, Gasgasmampfen 49.25, Gasgasmampfen 49.50, Gasgasmampfen 49.75, Gasgasmampfen 50.00, Gasgasmampfen 50.25, Gasgasmampfen 50.50, Gasgasmampfen 50.75, Gasgasmampfen 51.00, Gasgasmampfen 51.25, Gasgasmampfen 51.50, Gasgasmampfen 51.75, Gasgasmampfen 52.00, Gasgasmampfen 52.25, Gasgasmampfen 52.50, Gasgasmampfen 52.75, Gasgasmampfen 53.00, Gasgasmampfen 53.25, Gasgasmampfen 53.50, Gasgasmampfen 53.75, Gasgasmampfen 54.00, Gasgasmampfen 54.25, Gasgasmampfen 54.50, Gasgasmampfen 54.75, Gasgasmampfen 55.00, Gasgasmampfen 55.25, Gasgasmampfen 55.50, Gasgasmampfen 55.75, Gasgasmampfen 56.00, Gasgasmampfen 56.25, Gasgasmampfen 56.50, Gasgasmampfen 56.75, Gasgasmampfen 57.00, Gasgasmampfen 57.25, Gasgasmampfen 57.50, Gasgasmampfen 57.75, Gasgasmampfen 58.00, Gasgasmampfen 58.25, Gasgasmampfen 58.50, Gasgasmampfen 58.75, Gasgasmampfen 59.00, Gasgasmampfen 59.25, Gasgasmampfen 59.50, Gasgasmampfen 59.75, Gasgasmampfen 60.00, Gasgasmampfen 60.25, Gasgasmampfen 60.50, Gasgasmampfen 60.75, Gasgasmampfen 61.00, Gasgasmampfen 61.25, Gasgasmampfen 61.50, Gasgasmampfen 61.75, Gasgasmampfen 62.00, Gasgasmampfen 62.25, Gasgasmampfen 62.50, Gasgasmampfen 62.75, Gasgasmampfen 63.00, Gasgasmampfen 63.25, Gasgasmampfen 63.50, Gasgasmampfen 63.75, Gasgasmampfen 64.00, Gasgasmampfen 64.25, Gasgasmampfen 64.50, Gasgasmampfen 64.75, Gasgasmampfen 65.00, Gasgasmampfen 65.25, Gasgasmampfen 65.50, Gasgasmampfen 65.75, Gasgasmampfen 66.00, Gasgasmampfen 66.25, Gasgasmampfen 66.50, Gasgasmampfen 66.75, Gasgasmampfen 67.00, Gasgasmampfen 67.25, Gasgasmampfen 67.50, Gasgasmampfen 67.75, Gasgasmampfen 68.00, Gasgasmampfen 68.25, Gasgasmampfen 68.50, Gasgasmampfen 68.75, Gasgasmampfen 69.00, Gasgasmampfen 69.25, Gasgasmampfen 69.50, Gasgasmampfen 69.75, Gasgasmampfen 70.00, Gasgasmampfen 70.25, Gasgasmampfen 70.50, Gasgasmampfen 70.75, Gasgasmampfen 71.00, Gasgasmampfen 71.25, Gasgasmampfen 71.50, Gasgasmampfen 71.75, Gasgasmampfen 72.00, Gasgasmampfen 72.25, Gasgasmampfen 72.50, Gasgasmampfen 72.75, Gasgasmampfen 73.00, Gasgasmampfen 73.25, Gasgasmampfen 73.50, Gasgasmampfen 73.75, Gasgasmampfen 74.00, Gasgasmampfen 74.25, Gasgasmampfen 74.50, Gasgasmampfen 74.75, Gasgasmampfen 75.00, Gasgasmampfen 75.25, Gasgasmampfen 75.50, Gasgasmampfen 75.75, Gasgasmampfen 76.00, Gasgasmampfen 76.25, Gasgasmampfen 76.50, Gasgasmampfen 76.75, Gasgasmampfen 77.00, Gasgasmampfen 77.25, Gasgasmampfen 77.50, Gasgasmampfen 77.75, Gasgasmampfen 78.00, Gasgasmampfen 78.25, Gasgasmampfen 78.50, Gasgasmampfen 78.75, Gasgasmampfen 79.00, Gasgasmampfen 79.25, Gasgasmampfen 79.50, Gasgasmampfen 79.75, Gasgasmampfen 80.00, Gasgasmampfen 80.25, Gasgasmampfen 80.50, Gasgasmampfen 80.75, Gasgasmampfen 81.00, Gasgasmampfen 81.25, Gasgasmampfen 81.50, Gasgasmampfen 81.75, Gasgasmampfen 82.00, Gasgasmampfen 82.25, Gasgasmampfen 82.50, Gasgasmampfen 82.75, Gasgasmampfen 83.00, Gasgasmampfen 83.25, Gasgasmampfen 83.50, Gasgasmampfen 83.75, Gasgasmampfen 84.00, Gasgasmampfen 84.25, Gasgasmampfen 84.50, Gasgasmampfen 84.75, Gasgasmampfen 85.00, Gasgasmampfen 85.25, Gasgasmampfen 85.50, Gasgasmampfen 85.75, Gasgasmampfen 86.00, Gasgasmampfen 86.25, Gasgasmampfen 86.50, Gasgasmampfen 86.75, Gasgasmampfen 87.00, Gasgasmampfen 87.25, Gasgasmampfen 87.50, Gasgasmampfen 87.75, Gasgasmampfen 88.00, Gasgasmampfen 88.25, Gasgasmampfen 88.50, Gasgasmampfen 88.75, Gasgasmampfen 89.00, Gasgasmampfen 89.25, Gasgasmampfen 89.50, Gasgasmampfen 89.75, Gasgasmampfen 90.00, Gasgasmampfen 90.25, Gasgasmampfen 90.50, Gasgasmampfen 90.75, Gasgasmampfen 91.00, Gasgasmampfen 91.25, Gasgasmampfen 91.50, Gasgasmampfen 91.75, Gasgasmampfen 92.00, Gasgasmampfen 92.25, Gasgasmampfen 92.50, Gasgasmampfen 92.75, Gasgasmampfen 93.00, Gasgasmampfen 93.25, Gasgasmampfen 93.50, Gasgasmampfen 93.75, Gasgasmampfen 94.00, Gasgasmampfen 94.25, Gasgasmampfen 94.50, Gasgasmampfen 94.75, Gasgasmampfen 95.00, Gasgasmampfen 95.25, Gasgasmampfen 95.50, Gasgasmampfen 95.75, Gasgasmampfen 96.00, Gasgasmampfen 96.25, Gasgasmampfen 96.50, Gasgasmampfen 96.75, Gasgasmampfen 97.00, Gasgasmampfen 97.25, Gasgasmampfen 97.50, Gasgasmampfen 97.75, Gasgasmampfen 98.00, Gasgasmampfen 98.25, Gasgasmampfen 98.50, Gasgasmampfen 98.75, Gasgasmampfen 99.00, Gasgasmampfen 99.25, Gasgasmampfen 99.50, Gasgasmampfen 99.75, Gasgasmampfen 100.00, Gasgasmampfen 100.25, Gasgasmampfen 100.50, Gasgasmampfen 100.75, Gasgasmampfen 101.00, Gasgasmampfen 101.25, Gasgasmampfen 101.50, Gasgasmampfen 101.75, Gasgasmampfen 102.00, Gasgasmampfen 102.25, Gasgasmampfen 102.50, Gasgasmampfen 102.75, Gasgasmampfen 103.00, Gasgasmampfen 103.25, Gasgasmampfen 103.50, Gasgasmampfen 103.75, Gasgasmampfen 104.00, Gasgasmampfen 104.25, Gasgasmampfen 104.50, Gasgasmampfen 104.75, Gasgasmampfen 105.00, Gasgasmampfen 105.25, Gasgasmampfen 105.50, Gasgasmampfen 105.75, Gasgasmampfen 106.00, Gasgasmampfen 106.25, Gasgasmampfen 106.50, Gasgasmampfen 106.75, Gasgasmampfen 107.00, Gasgasmampfen 107.25, Gasgasmampfen 107.50, Gasgasmampfen 107.75, Gasgasmampfen 108.00, Gasgasmampfen 108.25, Gasgasmampfen 108.50, Gasgasmampfen 108.75, Gasgasmampfen 109.00, Gasgasmampfen 109.25, Gasgasmampfen 109.50, Gasgasmampfen 109.75, Gasgasmampfen 110.00, Gasgasmampfen 110.25, Gasgasmampfen 110.50, Gasgasmampfen 110.75, Gasgasmampfen 111.00, Gasgasmampfen 111.25, Gasgasmampfen 111.50, Gasgasmampfen 111.75, Gasgasmampfen 112.00, Gasgasmampfen 112.25, Gasgasmampfen 112.50, Gasgasmampfen 112.75, Gasgasmampfen 113.00, Gasgasmampfen 113.25, Gasgasmampfen 113.50, Gasgasmampfen 113.75, Gasgasmampfen 114.00, Gasgasmampfen 114.25, Gasgasmampfen 114.50, Gasgasmampfen 114.75, Gasgasmampfen 115.00, Gasgasmampfen 115.25, Gasgasmampfen 115.50, Gasgasmampfen 115.75, Gasgasmampfen 116.00, Gasgasmampfen 116.25, Gasgasmampfen 116.50, Gasgasmampfen 116.75, Gasgasmampfen 117.00, Gasgasmampfen 117.25, Gasgasmampfen 117.50, Gasgasmampfen 117.75, Gasgasmampfen 118.00, Gasgasmampfen 118.25, Gasgasmampfen 118.50, Gasgasmampfen 118.75, Gasgasmampfen 119.00, Gasgasmampfen 119.25, Gasgasmampfen 119.50, Gasgasmampfen 119.75, Gasgasmampfen 120.00, Gasgasmampfen 120.25, Gasgasmampfen 120.50, Gasgasmampfen 120.75, Gasgasmampfen 121.00, Gasgasmampfen 121.25, Gasgasmampfen 121.50, Gasgasmampfen 121.75, Gasgasmampfen 122.00, Gasgasmampfen 122.25, Gasgasmampfen 122.50, Gasgasmampfen 122.75, Gasgasmampfen 123.00, Gasgasmampfen 123.25, Gasgasmampfen 123.50, Gasgasmampfen 123.75, Gasgasmampfen 124.00, Gasgasmampfen 124.25, Gasgasmampfen 124.50, Gasgasmampfen 124.75, Gasgasmampfen 125.00, Gasgasmampfen 125.25, Gasgasmampfen 125.50, Gasgasmampfen 125.75, Gasgasmampfen 126.00, Gasgasmampfen 126.25, Gasgasmampfen 126.50, Gasgasmampfen 126.75, Gasgasmampfen 127.00, Gasgasmampfen 127.25, Gasgasmampfen 127.50, Gasgasmampfen 127.75, Gasgasmampfen 128.00, Gasgasmampfen 128.25, Gasgasmampfen 128.50, Gasgasmampfen 128.75, Gasgasmampfen 129.00, Gasgasmampfen 129.25, Gasgasmampfen 129.50, Gasgasmampfen 129.75, Gasgasmampfen 130.00, Gasgasmampfen 130.25, Gasgasmampfen 130.50, Gasgasmampfen 130.75, Gasgasmampfen 131.00, Gasgasmampfen 131.25, Gasgasmampfen 131.50, Gasgasmampfen 131.75, Gasgasmampfen 132.00, Gasgasmampfen 132.25, Gasgasmampfen 132.50, Gasgasmampfen 132.75, Gasgasmampfen 133.00, Gasgasmampfen 133.25, Gasgasmampfen 133.50, Gasgasmampfen 133.75, Gasgasmampfen 134.00, Gasgasmampfen 134.25, Gasgasmampfen 134.50, Gasgasmampfen 134.75, Gasgasmampfen 135.00, Gasgasmampfen 135.25, Gasgasmampfen 135.50, Gasgasmampfen 135.75, Gasgasmampfen 136.00, Gasgasmampfen 136.25, Gasgasmampfen 136.50, Gasgasmampfen 136.75, Gasgasmampfen 137.00, Gasgasmampfen 137.25, Gasgasmampfen 137.50, Gasgasmampfen 137.75, Gasgasmampfen 138.00, Gasgasmampfen 138.25, Gasgasmampfen 138.50, Gasgasmampfen 138.75, Gasgasmampfen 139.00, Gasgasmampfen 139.25, Gasgasmampfen 139.50, Gasgasmampfen 139.75, Gasgasmampfen 140.00, Gasgasmampfen 140.25, Gasgasmampfen 140.50, Gasgasmampfen 140.75, Gasgasmampfen 141.00, Gasgasmampfen 141.25, Gasgasmampfen 141.50, Gasgasmampfen 141.75, Gasgasmampfen 142.00, Gasgasmampfen 142.25, Gasgasmampfen 142.50, Gasgasmampfen 142.75, Gasgasmampfen 143.00, Gasgasmampfen 143.25, Gasgasmampfen 143.50, Gasgasmampfen 143.75, Gasgasmampfen 144.00, Gasgasmampfen 144.25, Gasgasmampfen 144.50, Gasgasmampfen 144.75, Gasgasmampfen 145.00, Gasgasmampfen 145.25, Gasgasmampfen 145.50, Gasgasmampfen 145.75, Gasgasmampfen 146.00, Gasgasmampfen 146.25, Gasgasmampfen 146.50, Gasgasmampfen 146.75, Gasgasmampfen 147.00, Gasgasmampfen 147.25, Gasgasmampfen 147.50, Gasgasmampfen 147.75, Gasgasmampfen 148.00, Gasgasmampfen 148.25, Gasgasmampfen 148.50, Gasgasmampfen 148.75, Gasgasmampfen 149.00, Gasgasmampfen 149.25, Gasgasmampfen 149.50, Gasgasmampfen 149.75, Gasgasmampfen 150.00, Gasgasmampfen 150.25, Gasgasmampfen 150.50, Gasgasmampfen 150.75, Gasgasmampfen 151.00, Gasgasmampfen 151.25, Gasgasmampfen 151.50, Gasgasmampfen 151.75, Gasgasmampfen 152.00, Gasgasmampfen 152.25, Gasgasmampfen 152.50, Gasgasmampfen 152.75, Gasgasmampfen 153.00, Gasgasmampfen 153.25, Gasgasmampfen 153.50, Gasgasmampfen 153.75, Gasgasmampfen 154.00, Gasgasmampfen 154.25, Gasgasmampfen 154.50, Gasgasmampfen 154.75, Gasgasmampfen 155.00, Gasgasmampfen 155.25, Gasgasmampfen 155.50, Gasgasmampfen 155.75, Gasgasmampfen 156.00, Gasgasmampfen 156.25, Gasgasmampfen 156.50, Gasgasmampfen 156.75, Gasgasmampfen 157.00, Gasgasmampfen 157.25, Gasgasmampfen 157.50, Gasgasmampfen 157.75, Gasgasmampfen 158.00, Gasgasmampfen 158.25, Gasgasmampfen 158.50, Gasgasmampfen 158.75, Gasgasmampfen 159.00, Gasgasmampfen 159.25, Gasgasmampfen 159.50, Gasgasmampfen 159.75, Gasgasmampfen 160.00, Gasgasmampfen 160.25, Gasgasmampfen 160.50, Gasgasmampfen 160.75, Gasgasmampfen 161.00, Gasgasmampfen 161.25, Gasgasmampfen 161.50, Gasgasmampfen 161.75, Gasgasmampfen 162.00, Gasgasmampfen 162.25, Gasgasmampfen 162.50, Gasgasmampfen 162.75, Gasgasmampfen 163.00, Gasgasmampfen 163.25, Gasgasmampfen 163.50, Gasgasmampfen 163.75, Gasgasmampfen 164.00, Gasgasmampfen 164.25, Gasgasmampfen 164.50, Gasgasmampfen 164.75, Gasgasmampfen 165.00, Gasgasmampfen 165.25, Gasgasmampfen 165.50, Gasgasmampfen 165.75, Gasgasmampfen 166.00, Gasgasmampfen 166.25, Gasgasmampfen 166.50, Gasgasmampfen 166.75, Gasgasmampfen 167.00, Gasgasmampfen 167.25, Gasgasmampfen 167.50, Gasgasmampfen 167.75, Gasgasmampfen 168.00, Gasgasmampfen 168.25, Gasgasmampfen 168.50, Gasgasmampfen 168.75, Gasgasmampfen 169.00, Gasgasmampfen 169.25, Gasgasmampfen 169.50, Gasgasmampfen 169.75, Gasgasmampfen 170.00, Gasgasmampfen 170.25, Gasgasmampfen 170.50, Gasgasmampfen 170.75, Gasgasmampfen 171.00, Gasgasmampfen 171.25, Gasgasmampfen 171.50, Gasgasmampfen 171.75, Gasgasmampfen 172.00, Gasgasmampfen 172.25, Gasgasmampfen 172.50, Gasgasmampfen 172.75, Gasgasmampfen 173.00, Gasgasmampfen 173.25, Gasgasmampfen 173.50, Gasgasmampfen 173.75, Gasgasmampfen 174.00, Gasgasmampfen 174.25, Gasgasmampfen 174.50, Gasgasmampfen 174.75, Gasgasmampfen 175.00, Gasgasmampfen 175.25, Gasgasmampfen 175.50, Gasgasmampfen 175.75, Gasgasmampfen 176.00, Gasgasmampfen 176.25, Gasgasmampfen 176.50, Gasgasmampfen 176.75, Gasgasmampfen 177.00, Gasgasmampfen 177.25, Gasgasmampfen 177.50, Gasgasmampfen 177.75, Gasgasmampfen 178.00, Gasgasmampfen 178.25, Gasgasmampfen 178.50, Gasgasmampfen 178.75, Gasgasmampfen 179.00, Gasgasmampfen 179.25, Gasgasmampfen 179.50, Gasgasmampfen 179.75, Gasgasmampfen 180.00, Gasgasmampfen 180.25, Gasgasmampfen 180.50, Gasgasmampfen 180.75, Gasgasmampfen 181.00, Gasgasmampfen 181.25, Gasgasmampfen 181.50, Gasgasmampfen 181.75, Gasgasmampfen 182.00, Gasgasmampfen 182.25, Gasgasmampfen 182.50, Gasgasmampfen 182.75, Gasgasmampfen 183.00, Gasgasmampfen 183.25, Gasgasmampfen 183.50, Gasgasmampfen 183.75, Gasgasmampfen 184.00, Gasgasmampfen 184.25, Gasgasmampfen 184.50, Gasgasmampfen 184.75, Gasgasmampfen 185.00, Gasgasmampfen 185.25, Gasgasmampfen 185.50, Gasgasmampfen 185.75, Gasgasmampfen 186.00, Gasgasmampfen 186.25, Gasgasmampfen 186.50, Gasgasmampfen 186.75, Gasgasmampfen 187.00, Gasgasmampfen 187.25, Gasgasmampfen 187.50, Gasgasmampfen 187.75, Gasgasmampfen 188.00, Gasgasmampfen 188.25, Gasgasmampfen 188.50, Gasgasmampfen 188.75, Gasgasmampfen 189.00, Gasgasmampfen 189.25, Gasgasmampfen 189.50, Gasgasmampfen 189.75, Gasgasmampfen 190.00, Gasgasmampfen 190.25, Gasgasmampfen 190.50, Gasgasmampfen 190.75, Gasgasmampfen 191.00, Gasgasmampfen 191.25, Gasgasmampfen 191.50, Gasgasmampfen 191.75, Gasgasmampfen 192.00, Gasgasmampfen 192.25, Gasgasmampfen 192.50, Gasgasmampfen 192.75, Gasgasmampfen 193.00, Gasgasmampfen 193.25, Gasgasmampfen 193.50, Gasgasmampfen 193.75, Gasgasmampfen 194.00, Gasgasmampfen 194.25, Gasgasmampfen 194.50, Gasgasmampfen 194.75, Gasgasmampfen 195.00, Gasgasmampfen 195.25, Gasgasmampfen 195.50, Gasgasmampfen 195.75, Gasgasmampfen 196.00, Gasgasmampfen 196.25, Gasgasmampfen 196.50, Gasgasmampfen 196.75, Gasgasmampfen 197.00, Gasgasmampfen 197.25, Gasgasmampfen 197.50, Gasgasmampfen 197.75, Gasgasmampfen 198.00, Gasgasmampfen 198.25, Gasgasmampfen 198.50, Gasgasmampfen 198.75, Gasgasmampfen 199.00, Gasgasmampfen 199.25, Gasgasmampfen 199.50, Gasgasmampfen 199.75, Gasgasmampfen 200.00, Gasgasmampfen 200.25, Gasgasmampfen 200.50, Gasgasmampfen 200.75, Gasgasmampfen 201.00, Gasgasmampfen 201.25, Gasgasmampfen 201.50, Gasgasmampfen 201.75, Gasgasmampfen 202.00, Gasgasmampfen 202.25, Gasgasmampfen 202.50, Gasgasmampfen 202.75, Gasgasmampfen 203.00, Gasgasmampfen 203.25, Gasgasmampfen 203.50, Gasgasmampfen 203.75, Gasgasmampfen 204.00, Gasgasmampfen 204.25, Gasgasmampfen 204.50, Gasgasmampfen 204.75, Gasgasmampfen 205.00, Gasgasmampfen 205.25, Gasgasmampfen 205.50, Gasgasmampfen 205.75, Gasgasmampfen 206.00, Gasgasmampfen 206.25, Gasgasmampfen 206.50, Gasgasmampfen 206.75, Gasgasmampfen 207.00, Gasgasmampfen 207.25, Gasgasmampfen 207.50, Gasgasmampfen 207.75, Gasgasmampfen 208.00, Gasgasmampfen 208.25, Gasgasmampfen 208.50, Gasgasmampfen 208.75, Gasgasmampfen 209.00, Gasgasmampfen 209.25, Gasgasmampfen 209.50, Gasgasmampfen 209.75, Gasgasmampfen 210.00, Gasgasmampfen 210.25, Gasgasmampfen 210.50, Gasgasmampfen 210.75, Gasgasmampfen 211.00, Gasgasmampfen 211.25, Gasgasmampfen 211.50, Gasgasmampfen 211.75, Gasgasmampfen 212.00, Gasgasmampfen 212.25, Gasgasmampfen 212.50, Gasgasmampfen 212.75, Gasgasmampfen 213.00, Gasgasmampfen 213.25, Gasgasmampfen 213.50, Gasgasmampfen 213.75, Gasgasmampfen 214.00, Gasgasmampfen 214.25, Gasgasmampfen 214.50, Gasgasmampfen 214.75, Gasgasmampfen 215.00, Gasgasmampfen 215.25, Gasgasmampfen 215.50, Gasgasmampfen 215.75, Gasgasmampfen 216.00, Gasgasmampfen 216.25, Gasgasmampfen 216.50, Gasgasmampfen 216.75, Gasgasmampfen 217.00, Gasgasmampfen 217.25, Gasgasmampfen 217.50, Gasgasmampfen 217.75, Gasgasmampfen 218.00, Gasgasmampfen 218.25, Gasgasmampfen 218.50, Gasgasmampfen 218.75, Gasgasmampfen 219.00, Gasgasmampfen 219.25, Gasgasmampfen 219.50, Gasgasmampfen 219.75, Gasgasmampfen 220.00, Gasgasmampfen 220.25, Gasgasmampfen 220.50, Gasgasmampfen 220.75, Gasgasmampfen 221.00, Gasgasmampfen 221.25, Gasgasmampfen 221.50, Gasgasmampfen 221.75, Gasgasmampfen 222.00, Gasgasmampfen 222.25, Gasgasmampfen 222.50, Gasgasmampfen 222.75, Gasgasmampfen 223.00, Gasg******

Die Wahlen der Vertreter der Versicherten zum Reichsversicherungsamt.

Der „Vorwärts“ brachte in der Nummer vom 7. August einen Aufruf des Zentral-Arbeitersekretariats zu den in kürzester Zeit stattfindenden Wahlen.

Dieser Wahlauftrag hat's unseren „Christlichen Brüdern“ angetan.

Im Auftrage des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses hat der rühmlichst bekannte Herr Franz Behrens in Essen a. d. Ruhr einen Wahlauftrag an die Schiedsgerichtsbeisitzer verfaßt. In demselben wird betont, daß die „nationalen“ Arbeiterorganisationen eingreifen müssen, um geeignete Männer aus den verschiedenen Gauen des deutschen Vaterlandes für dieses Amt auszuwählen.

Die Arbeitervertretung fast ausschließlich sozialdemokratisch zusammengefaßt.

Wir vertreten eine solche sozialdemokratische Vertretung der Arbeitnehmer im Reichsversicherungsamt, weil

- 1. die erdrückende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft nicht sozialdemokratisch, sondern national gesinnt ist;
2. die Erfahrung der letzten fünf Jahre (sozialdemokratische Vertretung) gelehrt hat, daß die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamts keineswegs für die Arbeiterschaft günstiger geworden ist;
3. eine große Reform der Arbeiterversicherungsgesetze bevorsteht, und die sozialdemokratische Vertretung im Reichstag bisher alle sozialen Gesetze abgelehnt hat.

Die Versicherten bedürfen aber im Reichsversicherungsamt, als die höchste Rechts-, Aufsichts- und Verwaltungsinanz der Arbeiterversicherung, energische, praktische und heftigere mitarbeitende Vertreter, deren Anschauung nicht durch das utopische, sozialdemokratische Dogma beeinflusst ist.

Unsere Gegner treten freilich als „freie Gewerkschaften“ auf den Plan. Wichtig würde ihre Firma aber „sozialdemokratische“ Gewerkschaften lauten, denn ihr Führer hat auf den beiden letzten Kongressen unter dem Weisfall der Delegierten festgestellt, daß

freie Gewerkschaften und die Sozialdemokratie eins seien.

Im Deutschen Arbeiterkongress haben sich die führenden nationalen Arbeiter, Angestellten- und Gehälternorganisationen mit etwa 800 000 Mitgliedern zusammengeschlossen, um die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Rechte und Interessen der deutschen Arbeiterschaft, frei von sozialdemokratischer Bevormundung, vom christlich-nationalen Standpunkte aus mit aller Entschlossenheit zu vertreten.

Der leitende Ausschuss des Deutschen Arbeiter-Kongresses unterbreitet Ihnen als wahlberechtigten Schiedsgerichts-Beisitzer anlegend die „Liste der Kandidaten“, die von den christlich-nationalen Gewerkschaften, Berufsvereine und Arbeitervereinen beider Konfessionen zusammengestellt worden ist, bestehend aus Männern, die sich im öffentlichen Leben bereits als tüchtig erwiesen haben; die jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen unter Wahrung der Interessen, Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft ihr Amt erfüllen werden.

Es ist doch eine Unverschämtheit sondergleichen, wenn Herr Behrens die Verschiebung der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts den Weisigern der Arbeiter zuschiebt. Herr B. vertritt dadurch nur allzu deutlich, daß er von der ganzen Sache nichts versteht. Es hiesse dieser Gruppe, die an Annahme nichts zu wünschen übrig läßt, wirklich zu viel Ehre antun, wollte man auf den Inhalt des Aufrufes tiefer eingehen. Hintertreiben wollen wir noch auf die im „öffentlichen“ Leben „erprobten“ Männer. Greifen wir da die fünf Namen der für Berlin in Frage kommenden Personen heraus, so lennt diese „Leuchten“ niemand. Wir wählen auch nicht, wo diese Männer für die Interessen der Arbeiter eingetreten wären und gewirkt hätten.

Wir fordern die Schiedsgerichtsbeisitzer allerorts auf, ihr Wahlrecht auszuüben und nur die Liste, die ihnen von der General-Kommission bzw. dem Zentralarbeitssekretariat mit den nötigen Anweisungen versehen zugeht, zu wählen. Die Weisigung, die Herr Franz Behrens den Schiedsgerichtsbeisitzern in „seinem Wahlauftrag“ zugefügt hat, wird am besten dadurch abgewiesen, daß die Kandidatenliste der freien Gewerkschaft einstimmig gewählt wird. Es muß den Herren gezeigt werden, daß niemand sich durch ihre Phrasen von den „Nationalgeheimen“ fördern läßt. Also wählt die Kandidaten der freien Gewerkschaften!

Der schwedische Gewerkschaftskongress.

Vom 6. bis 12. August tagte im Volkshaus zu Stockholm der vierte Kongress der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften. Es war das größte Arbeiterparlament, das bisher in Skandinavien zusammengetreten war. 475 Delegierte waren anwesend; außerdem die Vertreter der Gewerkschaftszentralen von Norwegen, Dänemark und Finnland.

Der Bericht über die seit dem vorigen Kongress verfloßenen drei Jahre, den S. Lindquist, der Vorsitzende der Landesorganisation, gab, zeugte von der außerordentlich starken Entwicklung der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Die Mitgliederzahl der Landesorganisation ist von 89 570, die auf dem Kongress von 1903 durch Delegierte vertreten waren, auf 108 000 angewachsen. Streiks und Aussperrungen fanden im Jahre 1903 142 statt, 1904 215 und 1905 175, wobei jedoch die große, fünf Monate lange Aussperrung in der Metallindustrie als ein Kampf gerechnet ist. Das letzte Jahr war das der größten und opferreichsten Kämpfe, bei denen sich die Macht der Organisation aufs Beste bewährte. Die Zahl der durch die Aussände verlorenen Arbeitstage betrug im Jahre 1903 500 000, 1904 450 000, 1905 aber 2 500 000. Die Summe der durch die Landesorganisation aufgebrachtten Streikunterstützung betrug 1903 112 830 Kronen, 1904 183 815 Kronen und 1905 614 296 Kronen. Um diese Summen aufzubringen, wurden durch die Landesorganisation Extrabeiträge erhoben: im Jahre 1903 in der Höhe von 5,80 Kronen, 1904 7 Kronen und 1905 14,50 Kronen für vollbezahlende Mitglieder und halb so hohe Extrabeiträge für halbbezahlende Mitglieder. — Einen Beweis für die lebhafteste Tätigkeit im verfloßenen Jahre bietet auch der Umstand, daß die Einnahmen, die die angeschlossenen Gewerkschaften selbst zu verzeichnen hatten, die Summe von 4 400 746 Kronen erreichten, ihre Ausgaben die von 3 882 960 Kronen.

Abgesehen von der rein gewerkschaftlichen Tätigkeit hat das Landessekretariat gemeinsam mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den Vertretern der einzelnen Verbände alles aufgegeben, um die Einführung neuer Zwangsgesetze gegen die Gewerkschaftsbewegung zu verhindern. Um die Prozeßkosten für Opfer der bestehenden Klassenjustiz zu decken, ist ein Fonds von jährlich 4000 Kronen reserviert worden. — Das Archiv der schwedischen Arbeiterbewegung wird seit dem 1. Juli 1906 ge-

meinsam vom Landessekretariat der Gewerkschaften und der Partei verwaltet. — Die Agitation, die direkt vom Landessekretariat betrieben wird, richtet sich hauptsächlich auf die Berufe, die schlecht oder noch gar nicht organisiert sind. In der Verichtszeit wurden vor allem die Textilarbeiter in dieser Weise unterstützt, und zwar mit gutem Erfolg.

Aus dem Rapportbericht des Sekretariats über die Zeit vom 1. Juli 1903 bis zum 30. Juni 1906 geht hervor, daß für Agitation und Reisen 15 000 Kronen, für Gehälter und Entschädigungen dieselbe Summe, für Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe 1 170 000 Kronen ausgegeben wurden. Der Kongress erteilte dem Sekretariat einstimmig Decharge.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Agitation. Hierzu wurde beschlossen, daß die Landesorganisation Weisand leisten soll zur Bildung neuer Gewerkschaften, wo solche noch nicht bestehen, und zur Werbung neuer Mitglieder für die bestehenden, und zwar teils durch Anstellung eines besoldeten Agitators, sobald für diesen Posten eine brauchbare Kraft gefunden ist, teils durch finanzielle Unterstützung der Verbände, die der Agitation besonders bedürfen, aber selbst nicht die Kosten tragen können. Besondere Aufmerksamkeit soll das Sekretariat der Agitation unter den Arbeiterinnen widmen.

Zur Organisationsform lagen verschiedene Anträge vor, die eine Umgestaltung der ganzen Gewerkschaftsorganisation in der Form anstrebten, daß die Arbeiter ohne Unterscheidung nach Berufen eine große gemeinsame Organisation, und in derselben Weise Ortsabteilungen bilden sollten, wie das in der Partei der Fall ist, oder daß die lokalen Parteizellen, die „Arbeiterkommunen“, zugleich auch die gewerkschaftlichen Kämpfe am Orte führen sollten. Diese Anträge wurden jedoch abgelehnt. Auf Vorschlag des Landessekretariats wurde hierzu eine Resolution angenommen, die mit den Worten beginnt:

„Der Kongress ist überzeugt davon, daß die gegenwärtige Organisationsform mit Fachverbänden, die ein Gewerbe oder eine Industrie über das ganze Land umfassen, die beste und vorteilhafteste für die Wahrung und Förderung der Interessen der verschiedenen Gruppen ist. Der sichere Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung hier zu Lande, die großen Vorteile, die dadurch den Arbeitern zugeführt wurden, sind ohne Zweifel hauptsächlich diesen Verbandsorganisationen zu verdanken. Gleiche Organisationsformen existieren auch in allen Nachbarländern und, soweit wir wissen, über die ganze Welt.“

Die Textilarbeiter von Korshöping hatten den Vorschlag gemacht, der Kongress möge bestimmte Regeln für die Abgrenzung der Organisationsgebiete der einzelnen Gewerkschaften aufstellen. Diese Angelegenheit wurde dem Sekretariat und der Repräsentantenschaft der Landesorganisation zur Begutachtung bis zum nächsten Kongress überwiesen.

Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften hat bisher ihrem Statut gemäß nur als Verteidigungsorganisation gegen Angriffe des Unternehmertums ihre Tätigkeit entfaltet. Dem Kongress lagen nun verschiedene Anträge vor, ihr Wirkungsbereich auch auf Angriffsstreiks auszudehnen, wie das unter gewissen Bedingungen in Norwegen und Dänemark der Fall ist. Diese Anträge fanden jedoch nicht die Zustimmung des Kongresses. Auf Antrag des Sekretariats wurde eine Resolution angenommen, in der festgesetzt wird, daß die Landesorganisation den ihr angeschlossenen Verbänden die Unterstützung in den Fällen gewähren soll, wo die Arbeitgeber durch Aussperrung die Organisationsarbeit, oder Versuche zur Verbesserung der Lohnverhältnisse zu verhindern suchen; ferner in allen Fällen, wo das Vereinigungsrecht bedroht ist, sowie bei Lohnherabsetzungen. Das Landessekretariat hat jedoch unter gewissen Bedingungen auch die Befugnis, ausnahmsweise für Angriffsstreiks Unterstützung zu bewilligen, wenn der betreffende Verband an einem Ort eine Abteilung von so großem Umfang besitzt, daß er durch eigene Mittel, entsprechend einem Wochenbeitrag von 2 Kronen der übrigen Verbandsmitglieder, nicht imstande ist, den Streikenden 12 Kronen wöchentliche Unterstützung zu zahlen. — Hieran werden dann noch andere Bedingungen geknüpft, wie die, daß das Landessekretariat die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Streiks anerkannt hat. — Daß die Landesorganisation sich grundsätzlich nicht wie die Zentralen der beiden Nachbarländer auf Angriffsstreiks einläßt, wird damit begründet, daß in Schweden bei der Größe der Organisation und der räumlichen Ausdehnung des Landes die Ausübung eines Lohnkampfes, besonders in den entfernteren Landesteilen, viel schwieriger zu beurteilen sind und daß außerdem, da ja doch die Streiks vom Landessekretariat vorher gutgeheißen werden müßten, die Bewegungsfreiheit der einzelnen Verbände eingeschränkt werden würde.

Am dem Bedürfnis nach Versammlungsorten in den verschiedenen Orten des Landes abzuhelfen, beschloß der Kongress, einen Volkshaus-Baufonds zu stiften, an dem sich auch die sozialdemokratische Partei beteiligen wird. Die näheren Bestimmungen über die Anwendung dieses Fonds sollen gemeinsam vom Landessekretariat und Parteivorstand ausgearbeitet werden.

Die regelmäßigen Beiträge zur Landesorganisation wurden vom Kongress auf 10 Öere pro Monat und vollbezahlendes Mitglied erhöht; 4 Öere fließen in den Reservefonds, 4 Öere in den Verwaltungsfonds und 2 Öere in den beschlossenen Volkshaus-Baufonds. Für halbbezahlende Mitglieder gilt die Hälfte der Sätze. Aus der Beitragsvermehrung sollen auch die Kosten der Repräsentantenschaftskonferenzen und der Kongresse bezahlt werden.

Eine lange und teilweise heftige Debatte wurde über einen Antrag des Eisen- und Metallarbeiterverbandes geführt, sowie über einen ähnlichen Antrag des Holzarbeiterverbandes, die eine organisatorische Trennung der Gewerkschaftsorganisation von der Partei zum Ziele hatten. Der Passus des Statuts, um dessen Beseitigung es sich hier handelte, besagt, daß die Landesorganisation auch die Aufgabe hat, dafür zu wirken, daß jede Ortsabteilung der Verbände sich der Arbeiterkommune ihres Ortes und damit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anschließt. In dieser Form ist der Passus auf dem Gewerkschaftskongress in Malmö 1900 beschlossen worden. Bei der Gründung der Landesorganisation im Jahre 1898 war es den Gewerkschaften unbedingt zur Pflicht gemacht worden, sich der Partei anzuschließen. Anträge, den bestehenden Passus aus dem Statut zu löschen, lagen auch dem Gewerkschaftskongress von 1903 vor und wurden damals mit 106 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Nun beschloß der Kongress auf Vorschlag des Landessekretariats mit 268 gegen 161 Stimmen, den Passus des Statuts beizubehalten. Was übrigens die Gegnerseite gegen die enge Verbindung mit der Partei betrifft, so beruht sie nicht etwa auf grundsätzlicher Abneigung gegen die Sozialdemokratie, sondern lediglich auf praktischen Erwägungen.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurde noch über verschiedene andere, weniger einschneidende Anträge zum Statut beraten.

Dann beschloß der Kongress, daß die Agitation unter den Landarbeitern vom Landessekretariat entsprechend den vorhandenen Mitteln unterstützt werden soll. Eine Zentralorganisation der schwedischen Landarbeiter besteht bis jetzt noch nicht. Den provinziellen Landarbeiterorganisationen gab der Kongress das Recht, bei halber Beitragsleistung der Landesorganisation, die sonst nur Zentralverbände aufnehmen, anzugehören.

Zur Unterstützung einer in Stockholm geplanten Heimarbeit-ausstellung bewilligte der Kongress 500 Kronen.

Ferner nahm der Kongress einstimmig eine Resolution für die gefühlte Einführung des Achtstundentages an und forderte die sozialdemokratische Fraktion auf, in der nächsten Reichstagsession einen solchen Gesetzentwurf einzubringen. In der Resolution wird auch darauf hingewiesen, daß zur Durchführung eines solchen Gesetzes vor allem der Kampf um das allgemeine

gleiche Wahlrecht notwendig ist. Ebenso wurde eine Resolution zur Abschaffung oder Einschränkung der Nachtarbeit angenommen und die Fraktion aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Nachtarbeit für die Arbeitergruppen und in den Industriezweigen, wo sie nicht notwendig und unvermeidlich ist, einzubringen.

Zum Genossenschaftswesen wurden zwei Resolutionen angenommen. Die eine enthält eine Sympathieerklärung, lehnt aber die Erhöhung der Beiträge zwecks Gründung eines Genossenschaftsfonds mit Rücksicht auf die bereits zu anderen Zwecken beschlossenen Beitragserhöhungen ab. Die zweite Resolution besagt, daß das Landessekretariat gemeinsam mit dem Parteivorstand und nach Beratung mit dem Vorstand des Kooperativen Verbandes untersuchen soll, inwieweit der beschlossene Volkshaus-Baufonds als ein Konstitut einrichtet werden kann, in welchem die Organisationen ihre Gelder anlegen können. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll den nächsten Kongressen vorgelegt werden.

Die prinzipiell wichtige Frage, inwieweit ein Massenstreik zu gewerkschaftlichen Zwecken brauchbar ist, wurde durch eine Resolution beantwortet, in der gesagt wird, daß bei der großen Aussperrung in der Metallindustrie im vorigen Jahre kein Grund vorlag, Massen anderer Arbeiter zum Sympathiestreik aufzufordern. Ein solcher Massenstreik könne nur angewandt werden, wenn der Erfolg unmittelbar oder in ganz kurzer Zeit zu erwarten ist. Die Resolution schließt mit folgender Erklärung:

„Der Kongress ist überzeugt, daß Situationen eintreten können, wo es zweckmäßig ist, zum Massenstreik zu greifen als Gegenmaßregel gegen Angriffe von Arbeitgeberseite, hält es jedoch nicht für angebracht, die Fälle und Umstände zu erörtern, in denen eine solche Maßregel angewandt werden soll, und erklärt deswegen, daß die Entscheidung darüber in jedem besonderen Fall der Hauptleitung im Verein mit den betreffenden Organisationen und Arbeitern überlassen bleiben muß.“

Die letzte Frage, die den Kongress beschäftigte, war die Festsetzung des nächsten Kongresses. Er soll im Jahre 1909 wiederum in Stockholm stattfinden.

Die Wahlen der Funktionäre der Landesorganisation ergaben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Hermann Lindquist und Kassierers Ernst Söderberg. Außerdem wurden als Sekretariatsmitglieder gewählt: Charles Lindley, Björklund, Sjöstedt, Thorberg und Jönsson.

Die Diefenlöhne der Buchdrucker!

In dem wirtschaftlichen Wochenbericht in Nr. 186 des „Vorwärts“ — wir bitten den Artikel nachzulesen — versuchten wir darzutun, daß die Buchdrucker gegenüber anderen Facharbeitern schlecht entlohnt werden. Das hat uns eine mit persönlichen Anempfehlungen schon geschmückte — „Widerlegung“ eingetragen. Wir produzieren daraus das folgende:

„Düwells macht sich die Beweisführung für seine Behauptungen leicht, so leicht, wie immer zu Werke gegangen wird, wenn die Dinge auf den Kopf gestellt und aus Weiß Schwarz gemacht werden soll. Von 66 Berufsgenossenschaften, die im Jahre 1903 in Deutschland bestanden, greift er also 16 heraus, und sagt nun: Jahresdurchschnittslohn der Buchdrucker 1015 M., um dann bei den rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerken mit 1800 M. durchschnittlichem Lohn zu enden. Item: die Buchdrucker verdienen am wenigsten, wahre Hungerlöhne werden ihnen gezahlt. Die Ziffer 1015 M. durchschnittlicher Lohn in 1903 soll nicht bestritten werden, sie stimmt. ... Düwells nimmt zum Vergleich 16 Berufsgenossenschaften, in denen die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter eine ganz minimale Rolle spielen, nämlich das durchschnittliche Jahreseinkommen ein wesentlich höheres sein muß, als wenn die niedrig bezahlte Frauen- und Mädchenarbeit usw. ihren niedeliegenderen und niederdrückenden Einfluß auf das Lohnniveau der männlichen Arbeiter ausübt. Bei solcher Art Beweisführung kommen naturgemäß die Buchdrucker recht schlecht weg, denn in unserer Berufsgenossenschaft befinden sich neben den 66 000 Buchdruckern noch rund 76 000 andere ... beschäftigte Personen nach dem Stande von 1905. Wer einigermaßen ... Bescheid weiß, wird uns beipflichten, daß der überwiegendste Teil von diesen 76 000 Personen Frauen, Mädchen und jugendliche Arbeiter umfasst. Man denke an die große Zahl von Mädchen in den Druckereien und den zu unserer Berufsgenossenschaft zählenden Buchbindereien und Steindruckereien, an die mit wenigen Mark pro Woche entlohnten Zeitungsauslegerinnen usw., und jedem ist klar, daß diese Anzahl von weiblichen Arbeitern ganz gewaltig die Lohnhöhe der eigentlichen Buchdrucker verringert, wenn man den Durchschnittslohn aller feststellen soll, wie es die Berufsgenossenschaften tun und auch geschickter Vorkursist gemäß machen müssen. Vorum hat Düwells nicht Berufsgenossenschaften zur Gegenüberstellung herangezogen, in denen die Frauenarbeit ebenfalls stark vertreten ist? ... Wie wir ausgeführt haben, betrug der Durchschnittslohn bei allen 66 deutschen Berufsgenossenschaften im Jahre 1904 833 M., bei der der Buchdrucker war er aber pro 1904 um 207,22 M. höher. Und für 1905 ergab sich in der uns nahestehenden Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft (Steindruckereien, Buchbindereien) mit ebenfalls vielen weiblichen Arbeitern ein Durchschnittslohn von 879 M. gegen 1040,22 M. in der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft. So bekommt die Sache schon ein anderes Gesicht. Auch die Behauptung Düwells, der für die Buchdruckergehälter an sich einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1250 M. herausrechnet, befreiten wir auf ihre Richtigkeit, wenn wir auch trotz Anfrage bei der Berufsgenossenschaft keine bestimmten Angaben über das Mehr machen können, weil nach uns gewordenen Antwort keine nach den einzelnen Berufen oder nach Geschlechtern geführten Lohnfeststellungen vorhanden sind. Wenn weiter Düwells die Behauptung aufstellt, die Minimalhöhe des Tarifes wären in der Praxis ja doch die Maximalhöhe des Lohnverdienstes eines Buchdruckers, so können wir auch diese Ansicht widerlegen, und zwar angenehmerweise an der Hand einer allgemeinen Statistik des Tarifamtes für 1903, auf welches Jahr Düwells ja fußt. Danach wurden — NB. laut Angaben von Prinzipalen und Gehülften! — von 36 750 Gehülften im gewissen Belde, also Wochenlohn, nur 12 187 zu dem jeweiligen Altersminimum beschäftigt, 22 167 jedoch wurden über Minimum bezahlt, und zwar bis zu 1 M. 3855, bis zu 2 M. 4275, bis zu 3 M. 3875 und mit mehr als 3 M. 10 182 Berufsgenossen.“

Unsere Leser werden glauben, die vorstehenden Sätze seien der „Arbeitsberater“, oder einem Organ der Berufsgenossenschaften entnommen. Weit — sehr weit gefehlt! Sie stehen wörtlich im — Fachorgan des Buchdruckerverbandes, im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, in der Nummer vom 18. August 1906. Daß der „Korrespondent“ uns volkswirtschaftliche Unkenntnis vorwirft, läßt bei uns angesichts der vorstehenden Leistung — frühere Leistungen können ganz unberücksichtigt bleiben — höchste Befriedigung aus. Auf die Gefahr hin, bauernd die Anerkennung des „Korrespondent“ zu vermissen, bleiben wir bei der Ansicht, daß es nicht Aufgabe sozialdemokratischer Volkswirte und Sozialpolitiker ist, nachzuweisen, daß die Lage der Arbeiter glänzender sei, wir werden vielmehr nach wie vor solche Versuche ganz dem Unternehmertum und dem „Korrespondent“ überlassen. Auch sei diesem die Anerkennung nicht verweigert, daß ein Unternehmerorgan die Lage der Buchdrucker nicht rosiger zeichnen kann, als es vollbracht. Aber falscher Schein bleibt es trotzdem! Zunächst hatten wir versucht, an der Hand des Tarifes ein Bild über die Ein-

Kommensverhältnisse zu gewinnen, und kamen zu dem Resultat, daß sich als mittlere Löhne im Jahreslohn von 1250 M. für Buchdrucker ergebe. Und was sagt der „Korrespondent“? Das Fachorgan kann überhaupt keine Ziffern angeben, nicht auf Grund eigener Berechnung, ebensowenig wie nach Anweisung der Berufsvereinigungen — aber es bestreitet die Richtigkeit unserer Berechnung. Das ist allerdings sehr einfach und — beweiskräftig. Grundsätzlich ist der „Korrespondent“ überhaupt peinlich gewissenhaft. Er behauptet z. B. auch, durch die Zugehörigkeit von Buchbindern und Steindruckern werde der Durchschnittslohn für die Buchdrucker-Vereinigungen herabgemindert. Die Behauptung steht allerdings mit der Wirklichkeit in Widerspruch, aber durch solche Kleinigkeit läßt man sich in der Beweisführung über die relativ günstige Lage der Buchdrucker nicht hindern. Fürchtbar entkräftet ist der „Korr.“, daß wir aus den Berufsvereinigungen diejenigen herauswählten, bei denen sich höhere Durchschnittslöhne ergeben, als bei der Buchdrucker-Vereinigungen. Da wir uns nicht berufen fühlen, Unternehmerinteressen zu vertreten, halten wir unsere Methode also trotz des Tadels des „Korrespondent“ für richtig, umso mehr, als wir keine Ursache haben, für die Buchdrucker nicht dieselben Löhne zu verlangen, wie sie die bestbezahlten Facharbeiter erlangen. Wir sind dabei allerdings so rückständig, zu beanspruchen, daß alle Arbeiter auf ein höheres Lohnniveau gehoben werden. Den Buchdruckern Verschwendung zu predigen, indem wir ihnen niedrige Frauen- und Kinderlöhne vor Augen führen, überlassen wir gern den Leuten, die das für nützlich halten. Nebenbei wollen wir dem „Korrespondent“ auch noch verraten, daß zu allen von uns aufgeführten Berufsvereinigungen ein großer Teil sehr schlecht entlohnter Hilfsarbeiter gehört und daß die Buchdrucker-Vereinigungen zu denen zählt, bei denen die gelehrten Arbeiter ein größeres Kontingent stellen. Bei der Buchdrucker-Vereinigungen werden die Durchschnittslöhne weiter günstig beeinflusst durch die verhältnismäßig große Zahl der ebenfalls versicherten Unternehmer und Beamten. In der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau-Vereinigungen sind 25 bis 30 Proz. der Versicherten jugendliche Arbeiter, in der Rüst- und Instrumentenindustrie ist die Frauennarbeit stark verbreitet, im ober-schlesischen Bergbau stellen die Frauen fast 10 Proz. der Belegschaft, dazu kommen dann noch die jugendlichen Arbeiter usw. In unserem Wochenbericht schreiben wir:

„Man wird einwenden (wir dachten dabei natürlich nur an Unternehmer, im Traume nicht an den „Korrespondent“), daß eine Anzahl in Berechnung arbeitender Buchdrucker so gar den Höchstlohn des gewissen Geldes übersteigt. Ganz recht, aber in den anderen Berufen gibt es auch sehr viele Arbeiter, die den Durchschnittslohn weit übersteigen. Auch hier ist das große Heer der mit 3 M. und weniger bezahlten Hilfsarbeiter einbezogen. Könnte man aus den einzelnen Berufen die Löhne der eigentlichen Facharbeiter den Buchdruckerlöhnen gegenüberstellen, dann würde sich für diese noch ein ungünstigeres Verhältnis ergeben, als die vorstehende Zusammenstellung ergibt.“

Wenn der „Korrespondent“ sich berufen fühlt, das zu widerlegen, warum vertritt er nicht den ziffernmäßigen Nachweis? Weil er das nicht kann! Darum muß er sich auf das Sprichlein beschränken: es gibt viele Arbeiter, die noch schlechter entlohnt werden als die Buchdrucker! In Unternehmerorganen mag sich solche Argumentation ja ganz nett, daß sie zum Mißtrau der Arbeiterinteressenvertretung gehört ist aber neu. Und weshalb die Keuerung? Es ist wirklich schwer, keine Satire zu schreiben. Wir weisen nach, daß die Lohnverhältnisse der Buchdrucker durchaus nicht glänzend sind und bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen eine ansehnliche Heraushebung der Löhne notwendig sei. Plaus kommt der „Korrespondent“ her und behauptet, wir hätten aus Weiß Schwarz gemacht, demnach wäre das Gegenteil unseres Nachweises richtig, die Buchdrucker müßten verhältnismäßig glänzend entlohnt werden. — Trotzdem schließt der „Korr.“ sich unserer Schlussfolgerung an, nachdem er die Voraussetzungen verlegt hat. Welchen Sinn hat das größte Spiel? Der „Korrespondent“ ist der Ansicht, daß durch die Silberberuf der tatsächlichen Verhältnisse der Tarif nicht kreditiert werde, und deshalb nicht in ihn in der Rolle, in der sich gewöhnlich nur Unternehmerorgane gefallen. Um sich einen wirkungsvollen Abgang zu verschaffen, ziert der Artikelreiber sein Produkt mit einer Fälschung: Dämäl habe vor zwei Jahren in einigen Partiorganen „haarscharf“ bewiesen, daß die fortgesetzten Lohnerhöhungen eine nicht zu übersehende Gefahr für die Allgemeinheit bedeuten. Solchen Schwindel braucht man nur in die Welt zu setzen, der Beweisführung entbehren sich die Interpreten vorsichtig gewissenhaft. In diesem Falle wird die Beweisführung ersetzt durch eine Verdächtigung. Der Artikel schließt: „Druderberg (Dämäl), dich kennen wir, dein Wohlwollen für die Buchdrucker „ziert“ ein Jamalop!“ — Was den Artikelreiber „ziert“, brauchen wir nicht mehr zu sagen, er sorgt ja genügend dafür, daß die Fierde nicht im Verborgenen — blüht.

Aus der Frauenbewegung.

Bekümmertes Eifer.

Im Auftrage der Eisenacher Kreisleitung referierte Genossin Ziehl in acht Orten des Kreises Weimar-Eisenach mit überaus gutem Erfolge. Die Versammlungen in Eisenach, Kreuzburg und Mosbach erfreuten sich nicht nur eines sehr guten Besuchs, sondern brachten auch gute, greifbare Erfolge in Gestalt von neu gewonnenen Parteimitgliedern und Zeitungabonnenten. Außerdem ward an diesen Orten der Grundstein gelegt für die Frauenbewegung durch die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen und die Gewinnung der ersten Abonnenten der „Gleichheit“. In Kaltenordheim (Hörs) wurden sofort einige Duzend Genossen für eine Partiorganisation interessiert.

Um die Bewohner von Lengsfeld und Dörsheim (Hörs) vor dem „Gift“ des Sozialismus zu bewahren, verboten die Bürgermeister beider Orte die Versammlungen. In Lengsfeld mit folgender Begründung: „Nach der diesseitigen —! Befehle ist die Abhaltung einer Versammlung zu untersagen, wenn durch diese eine Gefahr für die öffentliche Ordnung zu befürchten ist. Es erscheint möglich zu sein, daß man dieses erwarten kann.“

Auf eingelegte Beschwerde beim Bezirksdirektor kam folgende Antwort: „Im Anschluß an meinen heutigen Bescheid, weise ich den Gemeindevorsteher an, mit Rücksicht auf die agitatorische Tätigkeit der Frau Ziehl aus Hamburg, die dort beabsichtigte Versammlung zu verbieten.“ Daß für Dörsheim die Versammlung auf Anordnung des Bezirksdirektors verboten ward, ist anzunehmen, da die beabsichtigte Begründung genau denselben Wortlaut zeigte, wie die oben angegebene Antwort des Bezirksdirektors. Auf eingelegte telegraphische Beschwerde beim Bezirksdirektor durch den Kreisvertrauensmann Genossen Runkel, erfolgte folgende Antwort: „Versammlungsverbot erscheint berechtigt. Aufhebung ohne Gehör des Gemeindevorstehers, insbesondere über ihre Legitimation zur Sache, ausgeschlossen.“

Bezirksdirektor.

Auf telegraphisch eingelegte Beschwerde beim Minister erfolgte die kurze und bündige Antwort: Telegraphischen Verkehr muß ich ablehnen.

Bummb.

Bummb!
Die darauf sofort eingelegte schriftliche Beschwerde an den Minister, der das Geld für eine Drahtantwort beigelegt war, blieb ohne Antwort.

Aufs deutliche ist dadurch wieder illustriert, wie herrlich sich's lebt im Lande der vollendeten Rechtsgarantien.“

Statt der Versammlungen fanden Besprechungen statt, wobei die Empörung der Versammelten ob der erfolgten Rechtslosmachung drastisch zum Ausdruck kam. Bürgermeister, Bezirksdirektor und Minister hatten unendlich mehr zur Auslösung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander getan als sämtliche wegen dieses Deliktes Angeklagte es je vermocht hätten. Dabei haben die Gemeindevorsteher jener Orte, wollten sie das Interesse der Gesamtbevölkerung wahren, alle Ursache zu wünschen, daß die Arbeiter-

Bewegung dort festeren Fuß fassen, damit die überaus traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse einer Besserung entgegengetrieben werden. Werden doch z. B. in der Holzbearbeitungsfabrik in Dörsheim (Hörs) Familienlöhne mit einem Anfangslohn von 10 M. pro Woche eingestellt. Frauen erhalten bei Feldarbeit bei einer Arbeitszeit von morgens 5 Uhr bis nach Sonnenuntergang ganze 80 Pfennig.

Für Kusla, dessen Bewohner zwei deutschen „Vaterländern“ angehören — Eisenach und Gotha —, ward gleichfalls der Grundstein gelegt zu einer plannmäßigen Beteiligung der Frauen an der Arbeiterbewegung.

Desgleichen in Mittelthal, wo anherdem 35 Neuaufnahmen für die Partei erfolgten. Merkwürdig, daß an diesen Orten die „öffentliche Ordnung“ durch Abhaltung der Versammlungen nicht gestört ward, um deren Aufrechterhaltung die Stadtväter in Lengsfeld und Dörsheim so ungemein Besorgnis hegten.

Mit immer größerem Erfolge müht sich das Goethelände, in Punkte Reaktion Preußen den Rang abzulaufen. Letzte Goethe noch, er würde den Herren Ministern, Bezirksdirektoren, Bürgermeistern usw. jedenfalls sagen, daß ihr Beginnen sei „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“. Und brachte die Tour einen guten Schritt vorwärts.

Verfammlungen.

Sechster Wahlkreis. Die Genossen der „Verolina-Eisen“ eine öffentliche Volksversammlung einberufen, die von Männern und Frauen zahlreich besucht war. Genosse Max Schütte sprach daselbst über „Die Notwendigkeit der Organisation“. In seinem beifällig aufgenommenen Vortrag wies der Referent besonders auf die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen hin und erwähnte die Anwesenheit, bis dahin die Reihen der Organisation, sowohl der politischen wie auch der gewerkschaftlichen, nach Möglichkeit zu stärken. An der Diskussion beteiligten sich u. a. auch die Anarchisten Sauer und Frauholze. Ihrem antiparlamentarischen Standpunkte entsprechend, wandten sie sich hauptsächlich gegen die parlamentarische Betätigung der Sozialdemokratie, ohne jedoch eine nennenswerte Beachtung ihrer Ideengänge zu finden. Vom Referenten sowohl wie auch von den Genossen Mars und Sauer wurde das Anzutreffende der anarchisistischen Ausführungen in kritischen Gegenbemerkungen eingehend gewürdigt und den beiden Vorrednern empfohlen, ihre Zeit lieber zur Bekämpfung des Kapitalismus zu verwenden, als sich in unfruchtbarer Kritik der parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie zu ergehen. Genosse Haase schloß darauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei. Für den Wahlverein wurden aus der Versammlung 25 neue Mitglieder gewonnen.

Zentralverband der Dachecker. In der letzten Mitglieder-Versammlung fand zunächst die Abstimmung über den Antrag der Filiale Frankfurt a. D. statt. Da diese Abstimmung sich über den ganzen Gau Osten erstreckt, so wird das Gesamtergebnat später bekannt gegeben. — Frey Raht und Willy erhielten eine Abge-; ersterer wegen Bemühung des paritätischen Arbeitsnachweises, letzterer wegen Ueberstundenarbeit und unfolgsamer Ver-; haltens. — Dem Kassierer wurde die aus der vorigen Versammlung vertagte Decharge erteilt, gleichzeitig der Reklbetrag in der Kasse erlegt. Als neue Revisoren wurden gewählt Drems, Raht und Ulrich. Während der Diskussion über die Angelegenheit den Kassierer betreffend, wies man darauf hin, daß die Entschädigung desselben viel zu gering sei, insbesondere, wenn man in Erwägung zöge, daß er keine Mantelgelber beziehe. Es wurde schließlich beschlossen, die Entschädigungssumme pro Vierteljahr von 30 Mark auf 50 Mark zu erhöhen. — Als Kandidat zum Gesellen-ausschusse wurde Wilhelm Schmidt aufgestellt, in den Vorstand als Beisitzer Kollege Winkowski gewählt. —

Deutscher Buchbinderverband. Die Zahlstelle Berlin hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche General-Versammlung ab, die den großen Saal samt den Galerien füllte. Zunächst wurde über die Ertrasteren beraten. Beschlossen wurde, daß der Beitrag vom 1. September ab für männliche Mitglieder 80 Pf., für weibliche 40 Pf. die Woche betragen soll. Diese obligatorische Beitragssteigerung, zu der die Zustimmung des Verbands-vorstandes erforderlich ist, soll 26 Wochen gelten. Einen Antrag der Ortsverwaltung, wonach arbeitslosen Mitgliedern, die sich zweimal ohne triftige Gründe weigern, ihnen auf dem Arbeits-nachweis angebotene Stellen anzunehmen, die Entscheidung der Gemahregeltenunterstützung in Aussicht gestellt wurde, lehnte die Versammlung ab.

Als zweiter Punkt stand „Die Situation nach der Aus-sperrung“ auf der Tagesordnung. Die Versammlung hatte jedoch von vornherein beschlossen, daß erst die von der vorigen General-versammlung eingelegte Kommission zur Untersuchung der Streit-sache zwischen dem Verbandsvorstand und Hanke ihren Bericht geben sollte. Sieger ist, als Berichterstatter der Kommission, teilte mit, daß die Kommission in drei Sitzungen nach Vernehmung der Parteien und Zeugen zu der Meinung gelangt sei, daß Hanke sich nicht Abzüge oder Korrekturen aus der „Vorwärts“-Druckerei in der vom Verbandsvorstand angegebenen Weise angeeignet habe, und daß seine Entlassung aus der Buchbinderei nicht gerechtfertigt sei. Hanke habe jedoch in häßlicher Weise den Berichterstatter von den Leipziger Verhandlungen bezichtigt, einen wichtigen Passus aus den Vereinbarungen unterschlagen zu haben. Die Kommission stellte folgenden Antrag:

„Da der Kollege Hanke vor der Siebenerkommission seine Behauptung, der Berichterstatter habe einen Passus der Vereinbarungen unterschlagen, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt, beantragt die Kommission, in der General-versammlung dem Kollegen Hanke eine Klage zu erteilen und vor-läufig von schärferen Maßnahmen Abstand zu nehmen.“

Der Redner erklärte zum Schluß, daß das Kommissionsmitglied Wilhelm für das Urteil der Kommission nicht verantwortlich sei, da dieser vor Vernehmung der Beratungen sein Amt nieder-gelegt habe. — Wilhelm selbst sagte, die Kommission hätte dem Angeklagten nicht noch goldene Brücken bauen sollen. Hanke habe vor der Kommission selbst zugegeben, daß er, als er jene Behauptung von der Unterschlagung aufstellte, bewußt die Unwahr-heit sagte. Ein solcher persönlicher Trieb sei aufs Schärfste zu ver-urteilen. Die Druckerei habe recht gehabt, ihn zu entlassen. — Wei-teren Ausführungen des Redners entstand ein solcher Lärm, daß die Versammlung auf fünf Minuten vertagt werden mußte, bevor er aufsprechen konnte. — Hanke, mit demonstrativem Wei-fall aus der Versammlung empfangen, erklärte, daß er wohl mit der ihm zum Vorturf gemachten Behauptung einen Trieb ausge-führt habe, aber solchen Schläuereien (wie den Funktionären) gegenüber müsse man mal einen Trick machen. Er habe im Interesse des Verbandes gehandelt und sei im Interesse des Ver-bandes aus der „Vorwärts“-Buchbinderei rausgesperrt. Er habe keinen Diebstahl und keine unehrenhafte Handlung begangen und beantrage, daß ihm die Gemahregeltenunterstützung zuteil werde. Auf Sonntag über acht Tage werde er eine öffentliche Versamm-lung einberufen, wo sowohl über die Leipziger Vereinbarungen wie über seine Maßregelung verhandelt werden solle. Dann sollen 1000 Flugblätter gedruckt werden, um die Kollegenchaft über die Sache aufzuklären. — Es äußerten sich noch einige Redner zu der Angelegenheit; was sie sagten, blieb aber bei der Unruhe der Ver-sammlung teilweise unverständlich. Dann wurde ein Antrag auf Debatenschluß angenommen. Es folgten persönliche und sachliche Nichtigstellungen, sowie ein Protest Wytomskis dagegen, daß es den Gegnern Hankes nicht möglich gewesen sei, hinreichend ihre Meinung zu sagen. Der Verbandsvorsitzende Moth war durch Abwesenheit von Berlin verhindert, an der Versammlung teilzu-nehmen und auf die seine Person berührenden Angriffe zu ant-worten. Die Versammlung beschloß, daß die Ortsverwaltung die Wieder-einstellung Hankes in der „Vorwärts“-Buchbinderei be-antragen soll, und daß Hanke infolge der Entlassung die Maß-

regelungsunterstützung zuerkannt werde. Diese Beschlüsse wurden mit starker Mehrheit gefaßt. Der Antrag der Siebenerkommission wurde abgelehnt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden auf eine dem-nächst stattfindende Versammlung vertagt.

Der Deutsche Holzarbeiterverband (Zahlstelle Berlin) hielt am Mittwoch im großen Saal von Keller eine äußerst zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Es lag derassenbericht vom zweiten Quartal vor. Die Hauptkasse rechnete mit 162 272,76 Mark in Einnahmen und Ausgaben. Unter den Einnahmen be-triefte sich ein Guthaben der Lokalkasse von 68 631,84 Mark. Unter den Ausgaben sind 29 375,14 Mark Arbeitslosenunterstützung am Orte, 35 633,40 Mark Streikunterstützung, 22 700,95 Mark für die Lokalkasse (25 Prozent der Verbandsbeiträge), ein Guthaben der Lokalkasse vom vorigen Quartal mit 20 105,41 Mark und 43 778,83 Mark, die an die Hauptkasse des Verbandes eingeliefert wurden. — Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 438 557,45 Mark, wo-von 292 890,17 Mark den Bestand vom ersten Quartal darstellten. Die Gesamtausgabe betrug 114 470,51 Mark. Davon entfielen auf die Verwaltung 5060,55 Mark, auf den paritätischen Arbeitsnach-weis 1160,88 Mark, auf Agitation 4560,50 Mark, auf Streik-, Ge-mahregelten- und Arbeitslosenunterstützung 31 992,95 Mark. In den sonstigen Ausgaben gehören 12 124,05 M. Unterstützung für Raiffeiser-Aussperrte und 42 905 M. Krankenunterstützung. — Als Bestand verblieben beim Schluß des zweiten Quartals 324 066,94 M. Davon sind in Wertpapieren auf der Bank 221 720 M., in bar auf der Bank 80 735,75 M., Guthaben bei der Hauptkasse 68 631,84 M. und in Händen des Kassierers 2990,35 M. — Der Vorsitzende Glocke berichtet dann über die umfangreiche Tätigkeit des Vorstandes, von der er eine übersichtliche Dar-stellung gab. Besonders hervorzuheben ist der Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Metallarbeiterverband und anderen Ver-bänden, die für die großen metallindustriellen Betriebe in Betracht kommen, insbesondere in der Elektricitätsindustrie. Den Anlaß boten die Erfahrungen des großen Kampfes in dieser Industrie. Bevor ein-zelne Branchen in solchen Betrieben Forderungen stellen, haben zukünftig die Verbände der kartellierten Verbände gemein-sam darüber zu beraten. — Die Agitation war auch im zweiten Quartal eine sehr rege. Da in nächster Zeit die Frage des Ver-trages eb. die seiner Lösung zu erörtern sein wird, liegt es an den Mit-gliedern, in der Agitation und der Beitragszahlung ein noch etwas schnelleres Tempo einzuschlagen. — Im Anschluß an den Vorstands-bericht wurde gleich darüber verhandelt, wann die durch Kräf-tigung beschlossene Erhöhung des Beitrages von 80 auf 90 Pf. in Kraft treten soll. Es wurde beschlossen, den erhöhten Beitrag vom 1. September ab zu erheben.

Es folgte die Berichterstattung der Arbeitsvermittler. Nach dem Bericht Fehners vom paritätischen Arbeits-nachweis in der Gormannstraße waren dort im zweiten Quartal insgesamt 9850 Arbeitslose eingeschrieben. Adressen (Ge-suche um Vermittlung von Arbeitern) liefen 4757 ein. Von diesen offenen Stellen wurden durch den Nachweis 3196 besetzt, das heißt 68 Prozent. Von den eingeschriebenen Arbeitslosen sind das 35% Proz. — Von den 9850 Einschriebenen gehörten an: dem Holzarbeiterverband 1772, dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftshaus berichtete Klingner unter anderem, daß im zweiten Quartal 261 Adressen einliefen, wovon 201 durch Vermittlung von Arbeitskräften erledigt werden konnten. Der Vermittler appellierte an die Klavierarbeiter, den Nachweis mehr in Anspruch zu nehmen, da es vorgekommen sei, daß das Verlangen nach Arbeitern dieser Branche vom Arbeitsnachweis nicht erfüllt werden konnte.

Aus dem Bericht des Bibliothekars ist zu entnehmen, daß im zweiten Quartal 2737 Bände entliehen wurden. — Zu Neuanschaffungen hat die Verwaltung 1000 M. bewilligt. Die jetzt geschlossene Bibliothek wird Anfang September wieder geöffnet. Der Termin wird im „Vorwärts“ veröffentlicht.

Die Kontrollkommission hielt eine größere Anzahl geschäftlicher Sitzungen und zahlreiche Berstattungen ab.

Nach dem Bericht des Obmannes der Schlichtungskommission, Kollegen Raht, kam es in 106 Betrieben zu Differenzen. Solche wurden durch die Schlichtungskommission beigelegt in 86 Betrieben von Vertragsmeistern, sowie durch Verhandlungen mit Nicht-vertragsmeistern in 48 Betrieben. In 32 Fällen kam es bei Nicht-vertragsmeistern zur Arbeitsniederlegung, die in 16 Betrieben vollen Erfolg hatten, während die übrigen keinen Erfolg erzielten.

Die Festlegung der Gehälter der Zahlstellenangestellten erfolgte nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Glocke ohne eigent-liche Debatte. Der sich an die Verbandsbeschlüsse auf dem letzten Verbands-tage anschließende Vorschlag der Verwaltung, den verant-wortlichen Zahlstellenbeamten ein von 2100 auf 2800 M. steigendes Gehalt und den Hilfsarbeitern ein von 2000 auf 2400 M. steigendes Gehalt zuzusprechen, ging nicht durch. Es wurde vielmehr auf Anträge aus der Versammlung beschlossen, alle n Angeestellten der Zahlstelle einschließlich der Hilfsarbeiter ein von 2000 auf 2400 Mark steigendes Gehalt zu gewähren. Die Steigerung soll jährlich 80 M. betragen. Den jetzigen Angestellten wird nach einem weiteren Beschluß die Hälfte ihrer bisherigen Beschäftigungsdauer auf dem Bureau usw. skalenmäßig angerechnet, so daß z. B. Naah, der Obmann der Schlichtungskommission, und der Kassierer Miese jezt in den Verze des Höchstgehalts von 2400 M. gelangen. — Das erhöhte Gehalt wird ab 1. Juli 1906 gezahlt.

Die notwendig werdenden Neuwahlen hatten folgendes Resultat: Leopold, zweiter Bevollmächtigter; König, zweiter Kassierer; Dahle, Schriftführer; Hirse und Blauh, Bei-sitzer; Klingner, Bibliothekar; Naah, Obmann der Schlicht-ungskommission. Die Wahl Fehners als Stellenvermittler, die erst kürzlich erfolgte, wurde als bis zum nächsten Juli geltend bekräftigt. — Nach einem Beschluß wird eine neue Kraft als zweiter „Differenzenvermittler“ (zur Unterstützung von Naah) angestellt. Das Resultat seiner Wahl und das eines Revisors wurde in der Versammlung noch nicht festgesetzt. Es wird im „Vorwärts“ ver-öffentlicht.

Die freie Vereinigung der Maurer hielt am Mittwoch in den Russischen eine Mitglieder-Versammlung ab mit dem Hauptpunkt der Tagesordnung: „Die Solidarität unter der Berliner Bau-arbeiterchaft unter Wegnahme auf die letzten Vorkommnisse“. Reht und Reglin wiesen darauf hin, daß die früher so aus-giebige gelbe Solidarität unter den Bauarbeitern der verschiedenen Berufe, sobald es sich um Lohnbewegungen einer Gruppe handelt, mehr und mehr im Schwinden begriffen sei. Besonders deutlich habe sich dies bei dem jetzigen Lohnkampfe der Glaser ge-zeigt. Während die Unternehmer sich hier gegenseitig auf das nachdrücklich unterstüßten, verließen sich die örtlichen Leitungen der Zentralverbände nur immer auf ihre Verträge und verhielten ihre Mitglieder vielfach direkt, Solidarität zu üben. Beide Redner kritisierten sodann scharf das Verhalten der Ortsleitungen vom Metallarbeiter- und Zimmererverband anlässlich des Sympathie-streiks auf dem Bau „Kaiserhof“. Auf Veranlassung der lo-kalistischen Maurer hatten dort sämtliche übrigen Bauhandwerker die Arbeit eingestellt, weil sie mit den Streikbrechern der Glaser nicht zusammen arbeiten wollten. Von der Leitung des Metallarbeiter-verbandes sei darauf aber den Rohrliegern der Weidisch geworden, unbedingt weiter zu arbeiten: „Ihr habt Euren Vertrag und des-halb bleibt Ihr bei der Arbeit“. Ganz ähnlich habe sich ein Beamter des Zimmererverbandes benommen. Auch dieser hat sich auf den Vertrag berufen, obwohl der Unternehmer des Baues „Kaiserhof“ überhaupt nicht in Berlin wohnt und auch gar nicht zu den Ver-tragsfirmen gehört. Durch ein derartiges Verhalten werde das Solidaritätsgefühl in der Arbeiterchaft geradezu künst-lich erstickt, was um so bedauerlicher sei, als das Unternehmertum trotz aller Verträge immer Mittel und Wege zu finden weiß, seinen bedrängten Standesangehörigen, ganz gleich, von welchem Berufe sie auch sein mögen, direkt und indirekt hilfreich unter die Arme

zu greifen. Auch den Glasermeistern seien die Bauunternehmer unter Umgehung des Vertrages zu Hilfe gekommen, indem sie die Fristen zur Fertigstellung der Fenster verlängerten usw. Alles dies sei zwar allgemein bekannt, scheint aber die Beamten der Zentralverbände gar nicht weiter zu berühren. Bei dieser Gelegenheit teilte Jegglin mit, daß gegen den erwähnten Beamten des Zimmererverbandes wegen seines Benehmens beim „Kaiserhof“-Streik ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt sei. Denselben Antrag werde man auch gegen den oder die Beamten des Metallarbeiterverbandes stellen, welche die Nachleger zum Weiterarbeiten aufforderten, sobald die Namen der betreffenden Beamten festgestellt seien. Jetzt sei es sogar so weit gekommen, daß von dem Bau „Kaiserhof“ 25 Mitglieder der Maurer-Vereinigung entlassen worden seien, darunter sämtliche Baudeputierte, ohne daß sich eine Hand drum rühre. Ja, man habe es ohne den geringsten Einspruch gesehen lassen, daß der Organisationsvertreter der Maurer-Vereinigung kurz vorher vom Bau gewiesen wurde. Die Folge dieses Verhaltens sei denn auch, daß heute wieder Streikbrecher der Glaser ungeniert auf jenem Bau tätig sein können. Es wurde dann noch über die Solidarität anderer Bauberufsgruppen, wie der Steinträger und Huber, gesprochen. Auch bei diesen sei nicht alles so, wie es sein sollte. Eine der Hauptfragen der nächsten Zukunft werde aber die sein, daß die Zimmerer veranlaßt werden, auf allen von Affordmaurern hergestellten Bauten das Logo der Balken zu verweigern. Zur Verhängung über diese Frage drängen die Verhältnisse förmlich, weil das Affordwesen mehr und mehr überhand nehme, ohne daß man ihm wirksam entgegenzutreten könne. Nur durch ein tatkräftiges Eingreifen der Zimmerer könne hier Wandel geschaffen werden. Die Diskussion bewegte sich ebenfalls im Rahmen dieser Ausführungen. Den streikenden Gläsern, soweit sie dem Gewerkschaftsartikel angeschlossen sind, wurden sodann als erste Rate 200 M. bewilligt.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgebung. Abt. I und III. Am Mittwoch 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7: Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Marx über: „Das Weltall“. Diskussion. Verschiedenes. Kollegen, erscheint zahlreich zu dieser Versammlung.

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlin. (S. 88.) Heute Mittwoch, den 22. August, 8 1/2 Uhr, bei Heinz, Weinstr. 11: Generalversammlung. Tagesordnung: Rechnungslegung, Renewal des Kassierers und sonstige Kasseneingelaben.

Lehr- und Diskussionsklub „Säböt“. Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Tolsdorf, Böhmerstr. 58: Vortrag und Diskussion über Partei und Gewerkschaft. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lehr- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“. Sitzung: Mittwoch abend 8 1/2 Uhr, bei Bolze, Rodenbergstr. 8. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Heine über: „Thomas Moore und seine Utopie“. 2. Diskussion. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lehr- und Diskussionsklub „Eintracht“. Mittwoch, den 22. August, abend 8 1/2 Uhr: Sitzung im Lokal von Halwachs, Stralauer Allee 14E. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Bericht der Delegierten von der Bundeskonferenz, 4. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Ein angenehmer Hundswalter.

Eine lärmende Kampfgemeinschaft, die sich unter Begleitung von Revolvergeschüssen am 13. Juli v. J. in einem Hause der Stolpischenstraße abgepielt hatte, führte den Schlosser Rimmert, den Verwalter Möller und den Arbeiter Krüger vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I. Freundschaftliche Verhältnisse scheinen in dem Hause nicht geherrscht zu haben, denn es kam zwischen den Rietsparteien und mandmal auch zwischen diesen und dem Verwalter zu aufgeregten Szenen. Eine solche entwickelte sich auch am 13. Juli zwischen den Angeklagten Rimmert und Krüger und nahm einen großen Umfang an. Der Verwalter Möller, der gerade sein Mittagsschlafchen hielt, wurde herbeigerufen und stürzte auf den Hof hinab, um den Streit zu schlichten. Es kam aber zu einem lebhaften Kampf, bei dem herüber und hinüber Prüfte und Faustschläge in Hülle und Fülle ausgeteilt wurden. Rimmert scheint dabei arg in Bedrängnis geraten zu sein, denn nach seiner Behauptung, die von mehreren Zeugen unterstützt wurde, hat er schließlich, ziemlich wehrlos, sich darauf beschränken müssen, mit den Händen seinen Kopf und sein Gesicht gegen die Strafpöbel seiner jetzigen Mitangeklagten zu schützen. Die Lärmorgie hatte bald nach andere Personen aus dem Hause und von der Straße herbeigelockt und die drei Hauptakteure befanden sich schließlich in einem Anmel von Menschen, der jeden Ueberblick über die Tätigkeit des einzelnen unmöglich machte. Einige Zeugen wollen gesehen haben, daß die Frau des Angeklagten Möller, der seinerseits von Rimmert angegriffen sein will, ihrem Manne zu Hilfe geeilt sei und diesen einen Gummi schlauch zugesteckt habe, der dann sehr bald in Aktion getreten sei. Von der Frau wird dies entschieden bestritten. Nachdem dann Rimmert wie behauptet wird — nochmals auf den Verwalter losgegangen war, zog dieser plötzlich einen Revolver und schoß auf seinen Gegner. Das erste Mal verfehlte das Schießgewehr, das zweite Mal ging der Schuß fehl, Möller schoß aber noch ein drittes Mal und verwundete den Angeklagten Rimmert im Gesicht, so daß dieser einen nicht unbedeutenden Blutverlust hatte. Der Erzeh hatte sein Nachspiel vor dem Schöffengericht. Dieses verurteilte Möller zu vier Monaten, Rimmert und Krüger zu 8 bzw. 10 Tagen Gefängnis. In der Berufungsinstanz gewährte die Beweisnahme trotz ihres Umfangs kein neues Bild der Vorgänge. Wie immer bei solchen Szenen hatten die Zeugen ganz verschiedenartige Wahrnehmungen gemacht und schilderten die Tätigkeit der Angeklagten grundverschieden. Herr Möller wurde von dem Besitzer des Hauses das Zeugnis eines pflichttreuen und ruhigen Verwalters gegeben. — Die Strafkammer hielt es auf Grund der Beweisnahme nicht für notwendig, die Angeklagten ins Gefängnis zu schicken. Sie hob das

erste Urteil auf und erkannte gegen Möller auf 100 M., gegen die beiden anderen Angeklagten auf 20 bzw. 30 M. Geldstrafe.

Zwei Mitglieder einer gefährlichen Fledererbande wurden gestern aus dem Untersuchungsgefängnis dem Strafgericht vorgeführt. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoffbeinz verhandelte die I. Ferienstrafkammer des Landgerichts II gegen die „Arbeiter“ Felix Rared und Chronimus Grzhowsky, welche sich wegen bandenmäßig ausgeführten Diebstahls im straffschärfenden Rückfalle verantworten mußten. Beide Angeklagte, die schon wiederholt mit dem Strafgericht in Konflikt gekommen sind, gehören einer weitverbreiteten Diebesbande an, die als Spezialität die Vererbung von schlafenden Reisenden in den Stadtbahnzügen betreibt und, wie die bisherigen Ermittlungen der Polizei ergeben haben, zurzeit aus elf Mitgliedern besteht. Als „Räuberhauptmann“ fungierte der Angeklagte Rared. Da die gefährliche Diebesbande nur nach ganz bestimmten Anleitungen des R. arbeitete, so war die Ergreifung mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Häufig beobachteten die Beamten der Bahnhofskontrolle die Diebe auf den Bahnhöfen, wie sie die einfahrenden Stadtbahnzüge nach schlafenden Reisenden kontrollierten; sobald sie aber bemerkten, daß sie „beschnitten“ (beobachtet) wurden, ließ der Angeklagte Rared ein Warnungszeichen ertönen und die Bandenmitglieder gingen auseinander und fuhrten mit verschiedenen Tügen davon. Ein Hauptbeutag für die Flederer war der 31. März d. J., an welchem nicht weniger als drei Personen von den Angeklagten gefledert wurden. Kurz nach 7 Uhr abends beobachtete der Zugführer Reves die beiden Angeschuldigten, wie sie auf dem Bahnhof Friedrichstraße in ein Abteil einstiegen, in welchem ein schlafender Fahrgast, der Schmied Teplaff, saß. Die Vermutung, daß die ihm als Flederer schon bekannten Angeklagten wieder einen Raubzug unternahmen, täuschte ihn nicht, denn als er bald hinter dem Bahnhof Zoologischer Garten, außen an den Trittbrettern entlangkletterte, in das Abteil hineinsah, überraschte er die Flederer gerade bei der schönsten Arbeit. Reves sprang nun in das Abteil hinein und verschloß es von innen, so daß die beiden Diebe in der Halle saßen. Auf dem Bahnhof Savignyplatz wurden sie der Polizei übergeben. Obgleich der Beamte beobachtet hatte, wie die Angeklagten dem schlafenden Teplaff die Uhr aus der Tasche gezogen hatten, wurde diese nie mehr bei ihnen vorgefunden. Nach Feststellung der Personalien wurden die Angeschuldigten, welche die Uhr schließlich aus dem Fenster geworfen hatten, wieder auf freien Fuß gesetzt. Mit welcher Dreistigkeit sie jedoch zu Werke gingen, beweist, daß sie trotz dieses beinahe übel abgelaufenen Abenteuers an demselben Abend noch zwei weitere Fledereien mit Erfolg in Szene setzten. Der Tischler Riehöfer aus Charlottenburg hatte von seiner Arbeitsstelle in Rixdorf aus die Ringbahn benutzt und war unterwegs eingeschlafen. Als er auf dem Bahnhof Westend aufwachte, mußte er die unangenehme Entdeckung machen, daß ihm die hintere Hosentasche aufgeschnitten war und man ihm seinen ganzen Lohn, etwa 60 M., entwendet hatte. Ähnlich erging es dem Maurer Buchholz und einem Kaufmann Horn. Ersterem wurde auf der Fahrt zwischen Savignyplatz und Charlottenburg der Bodenlohn, dem H. eine Brieftasche mit zwei Wechseln entwendet, die später anlässlich einer Hausdurchsuchung bei den Angeklagten auf dem Boden verstreut wiedergefunden wurden. — Staatsanwaltschaftsrat Mundry bezeichnete die Angeklagten als zwei der gefährlichsten Flederer, bei denen jede Milde unangebracht sei, und beantragte gegen Rared 5 Jahre, gegen Grzhowsky 3 1/2 Jahre Zuchthaus. Die Strafkammer ging bei dem letzteren noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf 6 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Erverbau. Gegen Rared wurde auf 5 Jahre Zuchthaus erkannt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion (Großhandl.) Kindfleisch Ia 69-73 pr. 100 Pfd., Ia 63-68, IIIa 57-62, IVa 53-56, englische Bullen-0,00, dänische Bullen-0,00, holländische Bullen-0,00, Kalbfleisch, Doppelkinder 100-110, Ia 80-85, Ia 79-74, IIIa 60-68, Hammelfleisch Ia 77-82, Ia 67-75, Schweinefleisch 68-74, Rehbock Ia pr. Pfd. 0,60-0,75, Ia 0,30 bis 0,55, Rotwild Ia pr. Pfd. 0,47-0,51, Ia 0,20-0,41, Damwild 0,50-0,55, Wildschwein pr. Pfd. 0,25, Ferkel 0,00, Stämmling pr. Stück 0,30-0,70, Wildenten Ia pr. Stück 0,00, IIa 0,00, Rebhühner, junge Ia 1,00-1,48, junge kleine 0,50-0,98, alte 0,60-1,06, Hasner, alte, pr. Stück 1,40-2,15, alte, IIa 1-1,30, junge, pr. Stück 0,60-0,95, Tauben, junge, pr. Stück 0,30-0,40, alte 0,30, Enten, junge pr. Stück 1,75, alte pr. Stück 0,60, Domburger, junge, pr. Stück 2,80, Wänle, Ia pr. Pfd. 0,09-0,08, IIa 0,00, Ia pr. Stück 3,00 bis 4,00, IIa 1,75-2,20, Vögelchen pr. Stück 0,80-1,25, da klein 0,25-0,30, Hechte pr. 100 Pfd. 78-100, Hander 0,00, Schelle 110-128, Weis 0,00, Kalle, groß 97-105, mittel 0,00, klein 0,00, unsortiert 59-75, Pflaumen 0,00, Karotten 35, Barje 0,00, matt 0,00, Weisfl. 0,00, Karaschken 65-80, Weiss 68, Bunte Zische 51-75, Amerik. Lachs I neuer per 100 Pfd. 110-120, do. II neuer 90-100, do. III neuer 50-75, Seelachs 10-15, Hummer, poum. I, per Schod 9, do. poum. II, 2-3, Auster, Säge Ia 4-6, do. mittel per Riste 2-3, do. klein per Riste 0,00, Süßlinge, per Ball Keler 4-5, Stralunder 5-6, Kalle, groß pr. Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Heringe pr. Schod 4-5, Scheffels Riste 3-4, do. 1/2 Riste 1,50, Rohlau, per 100 Pfd. 10-13, Heilbutt 25, Sarbellen, 1902er, per Kifer 90, 1904er 88, 1905er 80-82, 1906er 84, Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 35-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Heringe, neue Rastel, per 1/2, Lo. 60-120, Dummern, Ia, 100 Pfd. 00, Seeble, per Schod, große 0,00, mittel 0,00, kleine 3-3,50, unsort. 4,50, Wallter 0,00, Uer, Lamb, per Schod 2,60-3,30, Butter per 100 Pfd. Ia 120-122, IIa 116-118, IIIa 112-114, abfallende 90-100, Saure Sauten Schod 2,60-3,00, Pfeffergurken 2,60-3,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Rosen 1,75-2,00, neue runde 2,00-2,25, neue bunte 2,25-2,50, neue Verber 2,25-2,50, Spinat pr. 100 Pfd. 12-18, Karotten pr. Schod 2,00-2,50, Sellerie, biege, pr. Schod 1,25-5,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3-3,50, Petersilie, grün, Schod 1,00, Knoblauch pr. Schod 0,60-1,00, Rettig, bayr. pr. Schod 2,40 bis 4,80, Radischen pr. Schod 0,60-0,70, Salat, pr. Schod 1,00-1,40, Bohnen, grüne, pr. 100 Pfd. 8-12, Wurzbohnen 8-16, Schoten per 100 Pfd. 10-20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 16-20, Mohrrüben

per 100 Pfd. 4-5, Blumenkohl per Wandel 1,00-2,20, Stirlingkohl per Wandel 1,00-2,00, Rotkohl p. Wandel 2-2,50, Weißkohl p. Wandel 1,50 bis 2,00, Steinpilze p. 100 Pfd. 25-30, Gurken, Pfeffer, Schod 0,75-1,00, do. Einfüge, Schod 1,50-2, do. Kolbenhg. 3-4, do. Gniegner 3-4, do. Einfüge (Zemf.) 5-10, Kohlrüben, Wandel 0,75-1,25, Tomaten, biege 100 Pfd. 10-12, Bienen, Hal. per 100 Pfd. 15-20, biege 5-14, Troler 14-30, Fäsmilche 7-14, Rettig 6-8, Kefel, ungar., per 100 Pfd. 9-15, italienische 8-15, biege 6-12, Pfefferkörner 10-15, Schwedische 13-22, Kürchen, saure 30, Mandarinen per 100 Pfd. 10-18, Pflaumen, Hal. runde dunkle per 100 Pfd. 10-25, Hal. lange gelbe 12-22, Hal. runde 12-25, ungarische 10-12, biege 10-20, Reineclauden 10-22, Zitronen, Reifena 300 Stück 15,00-22,00, 300 Stück 12,00-16,00, 300 Stück 7,00-12,00, 480 Stück, klein 7,00, Pflaume, Werderische per 100 Pfd. 15-25, französische 20-40, italienische I Riste 1,50-2,00, da. II Riste 1,20-1,60, da. III Riste 1,00-1,20, da. in Norden per 100 Pfd. 20-30.

Eingegangene Druckschriften.

Hand- und Hüftbuch für den praktischen Metallarbeiter. Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesamten Metallbearbeitung für den Praktiker. Reicht den zugehörigen Hüftwissenschaften. Mit 30 Tafeln und etwa 800 Abbildungen. Von H. Schudert. Erscheint in 30 Heften zu 50 Pf. (H. Partsch Verlag in Wien und Leipzig.)

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens. Zum Selbstunterricht und Studium in den hauptsächlichsten Wissenschaften und Sprachen für Kaufleute, Gewerbetreibende, Beamte usw. unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Emanuel Müller-Baden. (Erscheint in 75 Lieferungen zu je 60 Pf. beim Deutschen Verlagshaus Bang u. Co. in Berlin W. 57.)

Protokoll der Verhandlungen der zweiten deutschen Gasarbeiter-Konferenz (1906). 46 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag: Verband der im Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten. Berlin W. 30.

Großstadt-Dokumente. Band 15. Berliner Konfektion von R. Loeb. Preis 1 M. Verlag: J. Seemann Nachf., Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

E. S. 32 u. S. 39. Wenden Sie sich an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, Engel-Ufer 15. 2. Dies erfahren Sie durch die Generalkommission der Krankenkassen, Engel-Ufer 15. — **R. S. 180.** Arbeiter-Raucherbund H. Dietrich, Berlin, GutsMuths-Str. 15. — **R. S. 140.** Direktor der Städtischen Straßenreinigung kleine Frankfurterstr. 4. — **C. S. 50.** Bunsau l. Sch. — **Rixdorf 100.** Fragen Sie an bei der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, Bureau SW. 11, Dessauerstr. 14, Ueberg. III (8-2). — **41 R.** Kommen wir lieber nicht ermitteln. — **S. 54** und **zwei Wettende R. S. 1898.** — **R. S. 75.** Diese Krankheit charakterisiert sich im wesentlichen durch Herz-Klopfen, Einwirkung der Schilddrüse und ähnliches Hervortreten der Angiople. — **Ench. 55.** Ja. Jetzt nur einen, nämlich den König von Preußen.

— **R. S.** Wir sind außerstande, einen bestimmten Arzt oder Heilmethode zu empfehlen. — **C. W. 83.** Ueber Frage 2, 3 und 4 erhalten Sie beste Auskunft vom Virg. Frage 1 später. — **H. S. 3.** Nein. — **D. S. 100.** 1. Städtische Fortbildungsschule Prinzen Allee 8. 2. Richter Saugloß. Halbjahr 4 R. 2. Schöten. — **R. S. 3.** Nein. — **St. 101.** Er ist berechtigt zu vermitteln. Die Frage ist freilich nicht ganz klar. — **R. S. 32.** Sofern regelmäßig wenigstens 20 Personen gewerkschaftlich beschäftigt werden, nicht nach 5 1/2, nachmittags. — **R. S. 14.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Ist die Rente auf den Monat bemessen, so spätestens am 15. des Monats zum Monatsanfang; ist sie auf längere Zeit bemessen, so spätestens am 3. des Quartals zum Quartalsanfang. — **H. S. 101.** Die Verwandten des Mannes sind jedenfalls auch erbberechtigt. Das Nähere hängt vom Güterrecht ab, nach dem die Güter gelehrt haben, und von dem Grad der Verwandtschaft der Verwandten des Mannes. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **W. 30.** 1. Wenden Sie sich an Polizeipräsident.

2. Wenn die falsche Ausfertigung des Krankenscheins vom Absender verschuldet ist und den Schaden verursacht hat, so ist der Absender zum Ersatz verpflichtet. Strafbarett liegt keine vor. Dillingen ist zuständig. — **W. Lorenz, Strahmannstr. 43.** Sie müssen erst alle Papiere einlösen und die Frage dabei wiederholen oder mit den Papieren in die Sprechstunde kommen. — **C. W. 21.** Sie kann 15 R. fordern, wenn sie ihre Arbeit pflicht- und sachgemäß ausgeführt hat; andernfalls können Sie Zahlung verweigern, eventuell sogar Schadenersatz verlangen.

— **R. S. 13.** Sie hatten für Nachlassverbindlichkeiten nicht. — **B. S. 1000000.** Sie müssen bei dem Kindgericht klagen, in dessen Bezirk Ihr Schuldner wohnt. — **C. W. 67.** Gehen Sie zu einem Anwalt. — **S. 39.** Wenn Sie erst vom 12. ab gemietet haben, brauchen Sie nicht für den ganzen Monat zu zahlen. — **S. S. 100.** Er berechtigt nur die Mutter. — **20. R. W.** 1. Ja. 2. Unmöglich ist der Arbeitslohn, so weit Sie denselben zum notwendigen Unterhalt bedürfen. — **S. S. 28.** Die Gewerkschaft erhalten die Hälfte. — **W. S. 14.** Ueberhaupt nicht. — **S. S. R. 269.** Der Weisheitsvertrag ist gültig. — **S. S. R. 150.** 100000 Dollar. — **S. S. 3.** H. Ding, Prinzenstr. 66. — **S. S. 32.** Erundigen Sie sich beim Bezirkskommando Ihres Stellungsortes. — **Gieshob.** Der Schmetterling, alsdann entwickelt sich die Raupe, Puppen und später Schmetterling.

Witterungsübersicht vom 21. August 1906, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter
Emmende	750	SW	3	bedeckt	18	Kaparrauda	748	S	4 Regen
Hamburg	761	SW	4	bedeckt	17	Wetzlar	756	S	2 bedeckt
Berlin	761	S	3	bedeckt	16	Sieich	766	SW	2 bedeckt
Frankfurt	766	SW	4	bedeckt	15	Aberdeen	761	SW	1 mäßig
München	768	SW	4	bedeckt	13	Paris	760	SW	1 mäßig
Wien	765	S	3	bedeckt	14				

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 22. August 1906.

Einwas wärmeres, teilweise heiteres, meist trockenes Wetter bei mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 20. August. Elbe bei Kuffj. — 0,30 Meter, bei Dresden — 1,74 Meter, bei Magdeburg + 0,86 Meter. — Unstrut bei Braunschweig + 1,20 Meter. — Oder bei Rathor + 2,03 Meter, bei Dreßlau Ueberpegel + 5,18 Meter, bei Breslau Unterpiegel — 0,84 Meter, bei Frankfurt + 0,78 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 2,54 Meter. — Sarta bei Wolfen — 0,00 Meter.

Theater.
Mittwoch, den 22. August.
Opernhaus. Der Ring des Niebelungen. — Götterdämmerung. (Anfang 6 1/2 Uhr.)
Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Nathan der Weise. Neues Operntheater. Mariña. Anfang 8 Uhr.
Leßing. Und Alpa tanzt.
Berliner. Scherlock Holmes.
Schiller O. (Wahner-Theater.)
Korolj-Oper. Mariña, oder: Raul zu Richmond.
Schiller N. (Friedrich Schelm-Höfliches-Theater.) Geschlossen.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Deutscher. Die lustige Witwe.
Central. Der Bettelstudent.
Trianon. Die Frau ohne Namen.
Kleines. Minnenkege. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir romant.
Carl Weiß. Adele.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.

Wintergarten. Tortajada. Spezialität. Paffage. Billy Venner. Spezialität. Reichshallen. Zeitlicher Sänger.
Hessia. Landentrache 48/19. Abends 8 Uhr: Die deutsche Olfenstille.
Sternwarte. Invalidenten. 57/62.
Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Mittwoch und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.
Donnerstag:
Mimensege. — Diplomatie in der Ehe. — Das Trottoir romant.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Sonntag, den 26. August, nachmittags 3 Uhr, zu kleinen Preisen:
Adele.
Im Sommergarten täglich: Große Spezialitäten. Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Troubadour.
Donnerstag: Das goldene Kreuz.
Sonabend, 25. August: Sondervorstellung: Fledermaus mit Konzerteinlage. Mitwirkende: L. Godowsky, Fr. Provost, Ludwig Willner.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.
Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.
Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. H. Hennequin und P. Sibaud.
Gaston Charandevy: Mich. Alexander.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute Mittwoch im Theater 8 Uhr:
Die deutsche Ostsecküste.
ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Metropol-Theater
Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Illasender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater
10 Uhr: Novität! 10 Uhr: Großer andauernder Festerfeiertag! Erfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus - Trif.
Vorher: Gute Spezialitäten! Ab 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert. Anfang 8 Uhr.
Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpenickerstr. 67-68. abend 8 Uhr:
MORGEN Gastspiel Adolf Philipp
Premiere
Im wilden Westen.
4theaters Bilderm. Ges. v. A. Philipp.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Known Dolly ist da!
Taglioni Ballett-Ensemble. The Regals musikalischer Kk.
Das Bild des Vaters.
Vollständig in 2 Akten. Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Entrée 30 Pf.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Sonabend, den 23. August, 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung
Die Hochzeit von Valeni
Schauspiel in 4 Akten von L. Gangehofer und Brocier.
Kasseneröffnung v. 10-2 u. 6-9 Uhr.
Sonntag, den 26. August cr., nachmittags 3 Uhr: **Die Ahnfrau.**
Abends 8 Uhr: **Die Hochzeit v. Valeni.**
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Frau ohne Namen.
Anfang 8 Uhr.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Die neue Herrin.
Lebensbild von Kallisch.
Fredo Seybaud. Verwandlung. Schauspiel.
Dazu die anderen Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kasseneröffnung von 3 Uhr. Bei schlech. Wett.: Vorstell. im Saale.

WINTERGARTEN

Größer Erfolg des Eröffnungs-Programms.

Robert Steidl, Humorist. Das Erntefest, engl. Ballettzone. Paul Conchas, Kraftjongleur. Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe. Campbell und Johnstone, komische Radfahrer.

Der Biograph. Mia Werber, Sängerin. Chung Ling Soo, chin. Zauberer. De Witt Burns und Terrace, amerikanische Exzentriker. Die Pissutti, Reitakt. Ferry Corway, musikal. Clown. Price u. Toledo, Kontorsionisten. Anfang 8 Uhr.

Schweizer Garten

Vom Köstlichen — Am Feiertag.

Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball. Berlin arm und reich. Volkstümlich mit Gesang in 3 Akten. Der mysteriöse Wunder-Gisbald. (Das Rätsel aller Rätsel.) Der Antipode auf lebender Brücke. Die 5 Jaksons, Akrobaten. Clothilde u. Bertram. Trio Schlaraffia.

Bochentag: Damentag frei. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Nyssima

International. Couplet-Sängerin. Auf der diesjährigen Schönheits-Konkurrenz in Karlsbad mit dem ersten Preise gekrönt.

14 erstklassige Nummern!

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Sonnabend.

den 1. September: Premiere.

10000 Gulden Mitgift und Eine feine Gesellschaft.

Ludw. Mertens und Berisch in den Hauptrollen.

Vorverkauf ab 21. August an der Theaterkasse.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Täglich: Das Sensations-Augustprogramm.

Paul Coradini. Neiß Troupe X Stoffen Bros

Das urwüchsig Haus Bros Cabanis, Gilton, La Matchiche.

Künderdem: Flotte Bursche.

Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Willebörverlauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Neue Welt

Damenbeide 109-114. Mittwoch, den 22. August 1906.

Für allgemeinen Wunsch: Zweites Ernte-Dank-Fest.

Kinderbelustigungen jeder Art. Gratiusverlofung.

1. Preise: Goldene Damen- und Herrenuhren.

Konzert und Vorstellung. Anfang 4 Uhr. Entree 0,15 Mk.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Schm. u. Belferstr.)

Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Das neue August-Programm! Monte Christo, The Barrot, Henry Sago, Verano de Famosa, Vermandlung-Schneepfäule. Hierzu: „Auf fremder Erde“.

Gr. Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 3 Akten von Hugo Sagu. Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreundfest.

Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Faustwerk. Volksbelustigungen aller Art.

Die Staffeleide ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 79.

Zwischen Himmel u. Erde. Milardo, Humorist. Borussia-Sextett. Sands Sportakt.

„Der grüne Teufel“ große Vantomme. Konzert. Ball.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Verantwortl. Redakteur: Carl Kermuth, Berlin-Nikob. Für den Anzeigenenteil verantwortl. Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Rur noch 8 Tage! 1. Deutsch-Amerikanischer Circus

von Norton B. Smith. Direktor Nat. Behrens. Berlin, Memelerstraße. Heute Mittwoch, 22. Aug., abends 8 Uhr:

Gr. Gala-Sport-Abend mit neuem Programm. Neu! Neu! Neu! Neu! Erstes Debüt in Berlin!

Mlle. Nata Anastasia mit ihren 240/15 russisch-sibirischen 10 Wundhunden.

Konstanzlose Dressur! Phänomene, ungläubige Hoch- und Wundersprünge: Zehet! Kommet! und Stannet!

Sanssouci. Kottbuser Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend: Hoffmanns Nordl. Sänger und Tanztränchen. Zum erstenmal: Gute Nacht, Karoline. Zeitliches als Einbrecher. Entree 30 Pf., num. Pl. 50 Pf. Sonntag, Montag, Donnerstag, 8 Uhr. Im Vorgart.: Freikonzert.

Reichshallen.

Täglich: Steffiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.

Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.

Den ganzen Tag Vorstellung.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 17

Hermann Imbs. Täglich:

Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Das Aufsehen erregende Eröffnungs-Programm.

15 erstklassig Nummern

Paul und Mary Wilson Gedankenübertragung in höchster Vollendung.

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Etablissement Ruggenhagen

Moritzplatz. Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen

Gottschalk Freikonzert

Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 22. August er., abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung

sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Kündigung des Vertrages. Vertikalfortschritt und Differenzen.

Jede Werkstätte muß vertreten sein.

Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Moritz-Oper. Mittwoch, abends 8 Uhr: Gaißpiel Heinrich Büchel: Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Roman. Oper in 4 Akten v. Fr. v. Flotow. Donnerstag, abends 8 Uhr: Carmen. Freitag, abends 8 Uhr: Gaißpiel Heinrich Büchel: Der Troubadour. Am Garten tägl. gr. Militär-Konzert. Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. 13.) Moritz-Oper. Mittwoch und Donnerstag: Geschlossen. Freitag, abends 8 Uhr, bei halben Preisen: Undine. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag, abends 8 Uhr: Letzte Opernvorstellung und Abschied Heinrich Büchel: Der Troubadour. Am Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Zentral-Theater. (Cyperette). 8 Uhr: Bettelstudent. Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Spageliebe.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation). Nur noch bis 30. August 1906:

16 Löwen

Die größte Sensation u. beste Gruppe der Welt: Im Salon des Löwenbändigers. Fritzer Karl Harm, Landsberger Allee 58, wird heute einen Herrn aus dem Publikum im Löwenkäfig rasieren.

Dazu das beste Programm Berlins, noch nie in einem Sommer-Theater geboten. Nur Sensations-Akte!

Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig. Donnerstag, den 21. August er.: Benefiz-Vorstellung für die Raffinerie, Kontroleure und Keller des Stablimiments.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg, Jernspedter Nr. 8. Frankfurter Chaussee 5. Restaurant und Festsäle.

Jeden Mittwoch: 16482* Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.

Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen. × Bonds haben Gültigkeit.

Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.

Im Saale: Großer Ball. Gebr. Arnhold.

Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Tel.: Amt 4, 4787.

Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag: „Der Staat und seine Kinder“. Referent: Genosse Störmer. 2. Diskussion. 3. Ausschluss der Streikbrecher. 4. Vereinsangelegenheiten.

Am Montag, den 20. August, hat die diesjährige Baukontrollen begonnen. Die Kollegen werden ersucht, die Mitgliedsbücher oder Karten bei sich zu führen, damit sie sich sofort ausweisen können. Wir ersuchen, den Kontrolleuren möglichst entgegenzukommen, um ihnen die Arbeit zu erleichtern, damit dieselbe auch zum Nutzen der Organisation ausfällt.

125/19* D. D.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein

für Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.

Sonntag, den 26. August, mittags 12 Uhr, in Baumshulenweg, Restaurant „Speers Festsäle“ (Zug. Fritz Zabang), Baumshulenstr. 78:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg. Referent: Genosse Hermann Fischer-Schöneberg. Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben. 2. Der Rannheimer Parteitag. Referent: Genosse Fritz Zubeil. Anträge und Wahl der Delegierten zu demselben. 3. Sonstige Anträge. 4. Verschiedenes.

Anträge, welche auf der Generalversammlung ihre Erledigung finden sollen, müssen bis spätestens den 23. August dem Zentralvorstande zu Händen des Genossen Eberhardt eingereicht werden.

Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet.

Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein.

Parteiangehörige haben als Gäste Zutritt.

Der Zentralvorstand. J. H.: W. Eberhardt.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege Gottfried Döbler am 19. d. M. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Kirchhofs (Nordend) aus statt. 40/4. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied Karl Hahn (Weihensee, Streustr. 70) am 17. August verstorben ist und am 21. August zur letzten Ruhe gebettet wurde. Ehre seinem Andenken! Der Sektionsvorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/13* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 3-4.

ff. Pianino, Bruchstück, bar. Stoffe, bis 8 Mk. schnell zu verk. Gerichtstr. 32 I.

Hiermit allen Freunden und Parteigenossen zur Nachricht, daß ich die Moabiter Bürger-Säle eröffnet habe. Gleichzeitig empfehle ich den geehrten Gewerkschaften und Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Vergnügen. Jeden Sonntag großer Volk. im geeigneten Zuspruch bietet. J. Kirschkowski.

Die trauernde Witwe Emilie Neye nebst Sohn und Schwiegertochter. Saal für Vereine zu Sitzungen u. Versammlungen abzug. Restaurant Kastanienwäldchen am Spandauer Schiffahrtskanal.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüreau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9079.

Donnerstag, den 23. August 1906, abends 8 1/2 Uhr: Allgemeine Versammlung der Elektromonteur u. Hilfsmonteur Berlins und Umgegend in Frankes Festsäle, Seebahnstraße 39. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Eugen Brückner über: Ist der Arbeiter im heutigen Staate gleichberechtigt? 2. Diskussion. NB. Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der A. G. G. ganz besonders eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zur gefälligen Beachtung! Die Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung für Kranke sowie die diesbezüglichen Meldungen finden nicht mehr Engel-Ufer 15, Zimmer 34, sondern Engel-Ufer 19, parterre statt. — Die Durecaufstunden bleiben dieselben, von vormittags 9 Uhr bis mittags 2 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Möbelpolierer! Donnerstag, den 23. August, abends 8 Uhr, bei Manschke, Blumenstraße 38: Sitzung der Branchen-Kommission. NB. Die Kollegen Kuhl und Strossow werden hiermit aufgefordert, ihren Besprechungen der Kommission gegenüber nachzukommen. 91/6. Der Obmann.

Achtung! Fliesenleger. Achtung! Donnerstag, 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 8) Engel-Ufer 15: Versammlung der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes. Tages-Ordnung: 146/18* 1. Vortrag des Kollegen Krabel. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Sektionsvorstand. J. H.: H. Pufahl.

Brennspiritus Marke „Herold“ 30 Pf. ca. 90 Vol.-Proz. Original-Literflasche exkl. Glas. 33 Pf. ca. 95 Vol.-Proz. — Überall erhältlich. Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., Berlin W. 8.

Ueber die Katastrophe in Chile

liegen auch noch heute keine bestimmten Nachrichten über die Zahl der bei dem Unglück Umgekommenen vor. Dem „Standard“ wird aus Valparaiso telegraphiert: Die Gefahr sei offenbar vorüber. Die Stadt östlich von der Plaza Victoria einschließlich der Avenue Brazil ist vollständig zerstört. Der Geschäftsteil einschließlich der Banken hat weniger gelitten. Es ist noch unmöglich, den Umfang des Schadens zu schätzen. Die Zahl der Getöteten kann ungefähr auf 3000 geschätzt werden. Der vom Erdbeben verursachte Schaden überstieg den durch das Feuer angerichteten. Santiago hat offenbar weniger gelitten. Nach anderen Meldungen soll die Zahl der Todesfälle überschätzt worden sein. In Valparaiso schätzen die Behörden sie auf etwa 500. Im ganzen haben noch an 400 Erdstöße stattgefunden; obgleich diese leicht waren, erhielten sie die Bevölkerung im Zustande der Panik. Die Leiden der Obdachlosen, besonders der älteren Leute und Kinder, sollen bei dem rauhen Winterwetter fürchterlich und viel schlimmer sein, als die der Flüchtlinge in San Francisco waren. Die chilenische Flotte hat gute Dienste beim Rettungswerk geleistet und viele Verletzte an Bord genommen. Die Besatzungen patrouillieren die Strohen ab zusammen mit der Polizei. Von den Häfen nördlich und südlich von Valparaiso sind Dampfer mit Proviant, Medikamenten und Kleidungsstücken dahin unterwegs. Eine Hungersnot ist nicht zu befürchten, da stehengebliebene Warenhäuser große Mengen Mehl und Reis enthalten. — Aus Honolulu wird telegraphiert: Infolge der durch das Erdbeben verursachten Flutwelle strandete der Passagierdampfer „Manchuria“ von 13 639 Register-tonnen von der Pacific Mail Steamship Company bei Rakapan Point und liegt jetzt auf ebenem Kiel auf scharfen herborragenden Felsen. Man sieht die Passagiere sich auf dem Verdeck drängen. Es ist möglich, daß sie gelandet und nach Honolulu gebracht werden. Die See ist jetzt glatt.

Wie aus Valparaiso gemeldet wird, liegen die Orte Los Andes, Rogales, San Felipe, Melon, Supallar, Casa Blanca, Limache, Quillota, Quilin, Sino del Mar, Petorca, Huevo Viejo und Huevo Nuevo infolge des Erdbebens in Trümmern. Der Verlust an Menschenleben beträgt in Limache 130, in Quillota 30. Man nimmt an, daß außerhalb Valparaisos tausend Menschen durch das Erdbeben um das Leben gekommen sind, und daß der angerichtete Schaden sich auf zwei Millionen Pfund Sterling beläuft. Nach den aus den südlichen Landesteilen vorliegenden Nachrichten sind heftige Erdstöße in den Orten Talcahuano und La Concepcion in der Provinz Talca verspürt worden. Der an diesen Orten angerichtete Schaden ist jedoch nicht bedeutend, und nur wenige Ausländer haben ihr Leben dabei eingebüßt.

Die aus Buenos Aires telegraphisch gemeldet wird, haben Mitglieder der fremden Kolonien, besonders diejenigen der französischen und italienischen Hilfskomitees für die Hinterbliebenen organisiert, 18 Ambulanzzüge gehen heute nach Valparaiso mit Ärzten, Krankenpflegern und Betten ab. Lebensmittel werden aus allen Teilen nach Valparaiso geschickt. Die telegraphische Verbindung zwischen Santiago und Valparaiso ist noch nicht wiederhergestellt. Die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in seinem vollen Umfange dürfte nicht vor einem Monat zu erwarten sein.

Schilderungen der Katastrophe.

Der Wind trug glühende Asche und Funken über die breite Ducht von Valparaiso, wodurch ein Teil der Stadt in Brand geriet, der sonst unversehrt geblieben wäre. In der Stadt sind nur 200 Menschen umgekommen, dagegen ist die Anzahl der Toten in den Außenstädten bedeutend höher. Die „New York World“ berichtet: Die Erdrerschütterung war kaum vorüber, als rote Feuerflammen, die vom Hafen aus aufstiegen, der Stadt verkündeten, daß im Geschäftsviertel ein bedeutendes Feuer ausgebrochen war. Zum Spielten sich entsetzliche Szenen ab. Die Feuermelder funktionierten nicht mehr, die Telephonanlagen waren zerstört, die Wasser-, die Gas-, die Elektrizitätsleitungen zerbrochen, und als die Feuerwehr mit ihren Spritzen zu der Feuerzone eilen wollte, fand sie den ganzen Weg durch herabhängende Telegraphendrähte und durch die Trümmer der eingestürzten Häuser versperrt. In einem wahrhaft schrecklichen Zustande stante sich auch das ganze Volk auf den Straßen; Kläuberische Krieten nieder, um zu beten, während andere vor Schmerz und Entsetzen nicht wußten, wohin sie sich wenden sollten.

Während der Nacht war die Lage grauhaft: die allgemeine Verwirrung, das fortwährende Dröhnen der Erde und die Finsternis, die durch die aufleuchtenden Feuerflammen nur hier und da erhellt wurde, vermehrte noch das Entsetzen der Menge. Die Morgen-dämmerung brachte keine Hilfe; die Erschütterungen dauerten fort und die Luft war angefüllt mit Rauchwolken und mit erstickenden Dämpfen. Das war die Zeit, wo das Volk auf die Hügel flüchtete; die Stadt überließ man der Feuerwehr, den Soldaten und der Polizei, die mit Miesenkraften gegen das immer weiter um sich greifende Feuer kämpften.

Das Eiland Robinsons verschwunden!

Lima, 20. August. Infolge des Erdbebens ist die Robinson Crusoe-Insel an der Chilenischen Küste, auf der sich eine Strafkolonie befand, von der Oberfläche verschwunden.

Eine der Stätten unserer Erde, die von dem Schimmer der Romantik und des Abenteuerlichen verklärt, besonders bei der Jugend aller Kulturen bekannt war, hat, wie oben gemeldet, bei dem letzten umfangreichen Erdbeben von Chile ein Ende gefunden. Juan Fernandez, die Robinson Crusoe-Insel, ist unter den Spiegel des Großen Ozeans gesunken. Eigentlich handelt es sich nicht um eine Insel, sondern um eine Inselgruppe, deren Hauptinseln Juan Fernandez oder Mas a Tierra und Mas a Fuera sind, und von denen die erste 95, die zweite 85 Quadratkilometer umfaßt. Die Tatsache, daß zu Anfang des 18. Jahrhunderts ein schottischer Seemann Alexander Selkirk sich auf Juan Fernandez, das schon früher von Seeräubern als Wasserstation benutzt worden war, aufsetzen ließ und dort als Einsiedler lebte, hat der Engländer Defoe zu seinem Weltbuch „Das Leben und die Abenteuer Robinson Crusoes von York“ benutzt, das 1719 in London erschien und bald seinen Siegeslauf durch die Welt nahm. Es ist noch heute ein gern gelesenes Buch der Jugend und hat im Laufe der Zeit zahllose Nachahmungen gefunden.

Valparaiso abermals von einem Erdbeben heimgesucht.

London, 21. August. Dem Reuterschen Bureau wird über Lima (Peru) gemeldet, daß Valparaiso in der vergangenen Nacht abermals von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden ist. In Lima selbst wurden heute früh und in Quacho gestern Erderschütterungen verspürt.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Ost- und Westpreußen.

Sonntag, den 26. August 1906, mittags 12 Uhr, in Baumshulensweg, Restaurant Speers Besißale (Inhaber Fritz Jabang), Baumshulensstraße 78:

General-Versammlung.

1. Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg. Referent Genosse Hermann Fischer-Schöneberg. Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben.
2. Der Rammheimer Parteitag. Referent Genosse Fritz Zubeil-Berlin. Anträge und Wahl der Delegierten zu demselben.
3. Sonstige Anträge.
4. Verschiedenes.

Anträge, welche auf der General-Versammlung ihre Erledigung finden sollen, müssen bis spätestens den 23. August dem Zentralvorstand, zu Händen des Genossen Eberhardt, eingereicht werden. Die General-Versammlung wird pünktlich eröffnet. Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

Bahnverbindungen: Görlicher Bahnhof 10.10, 10.25, 10.40, 11.10, 11.25, 11.40, 11.55. Stadtbahn alle 10 Minuten. Der Wahlverein Baumshulensweg teilt uns mit, daß er für die Delegierten den Besuch der Sternwarte für Sonntagabend 7 1/2 Uhr festgesetzt habe.

Der Zentral-Vorstand. J. A. B. Eberhardt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Entbindungsklinik der Charité.

Wenn ein Weib einem jungen Erdenbürger das Leben geben will, dann spricht man wohl von der „schweren Stunde“, der sie entgegengeht. Wer wäre nicht bereit, alles zu tun, was ihr die Schwere dieser Stunde erleichtern kann? Oft begegnet man freilich der Meinung, daß es in Anstalten hiermit nicht so genau genommen werde. Wir wissen nicht, für welche Anstalten und wie weit das zutrifft. Aber nachdenklich stimmt uns eine Mitteilung, die uns über ein Vorkommnis in der Entbindungsklinik der Charité zugegangen ist.

Ein Dienstmädchen St. sah der Niederkunft entgegen. Als sie nach der Charité gebracht worden war und dort zunächst in den Vaderaum geführt wurde, war ihr Zustand bereits so weit vorgeschritten, daß sie jeden Augenblick die Entbindung erwarten zu müssen glaubte. Sie jammerte, man möge sich ihrer in geeigneter Weise annehmen und ihr helfen. Aber von dem Personal wurde ihr mit rauhen Worten erwidert, sie solle ruhig sein, es sei noch nicht so weit. Eine Wärterin, die ihr in der Vadekabine häßliche Hand leistete, hielt es sogar für unbedenklich, den Raum auf einige Zeit zu verlassen, so daß die noch angehende Schwangere allein zurückblieb. Plötzlich wurde Fräulein St. wieder von einer Wehe überfallen und verlor im Stehen das Kind. Sie lief zur Tür, rief sie auf und schrie: „Ach Gott, mein Kind!“ Jetzt erschien eine andere Wärterin, die der hilflosen Frau über die Schulter schaute, daß sie sich nicht umgelegt habe. Fräulein St. wurde nun in den Gebärdensaal gebracht. Sie blieb dann neun Tage in der Anstalt und wurde schließlich mit ihrem Kinde entlassen.

Die Angehörigen von Fräulein St. entschlossen sich, dieses Vorkommnis zur Kenntnis der Charité-Direktion zu bringen und Aufklärung von ihr zu fordern. Die Antwort, die sie erhielten, ist sehr merkwürdig. Die Charité-Direktion schrieb: „Ihre Beschwerde vom 30. v. M. ist dem Direktor der geburtsärztlichen Klinik zur Prüfung übergeben worden. Derselbe hat zunächst ermittelt, daß das gesamte Personal von dem in Ihrem Briefe angegebenen rohen und beleidigenden Äußerungen nichts weiß.“ Wir wollen hier einschalten, daß in der Beschwerdeschrift angegeben worden war, Fräulein St. sei nach erfolgter Sturzgeburt von der herbeigerufenen Wärterin angeschrien worden: „Dummes Frauenzimmer!“ In der Charité hat man sich dabei beruhigt, daß das gesamte Personal „nichts weiß“. Man hat es nicht für nötig gehalten, Fräulein St. zu bitten, daß sie nach der Charité kommen möge, um dem nichtwissenden Personal gegenübergestellt zu werden. Wäre die Gegenüberstellung erfolgt, so hätte der Direktor der geburtsärztlichen Klinik sogar noch einiges erfahren können, was in der Beschwerdeschrift weggelassen ist. Fräulein St. erzählt nämlich ihren Angehörigen noch, man habe ihr, als sie im Vaderaum um rasche Verschaffung ärztlicher Hilfe bat, die Antwort gegeben, sie solle „die Schnauze halten“. Unseres Erachtens wäre auch das wert, untersucht zu werden. Hat denn die Charité-Direktion ein so geringes Interesse daran, die Angelegenheit aufzuklären?

Das Schreiben der Direktion äußert sich sodann auch über die Sturzgeburt „Ihre Schwester“, so heißt es da, „Iam mit Wehen in die Anstalt und wurde von dem Krankenführer an der Vadekabine abgegeben. Da die diensttunende Hebamme, sowie die Operationshebamme zu derselben Zeit bei einer Operation beschäftigt waren, konnten sie sich Ihrer Schwester nicht sofort annehmen. Nach einiger Zeit (1/2-1 Stunde), als die Schwangere noch nicht gebadet, sondern nur an den Hüften gereinigt war, stürzte unter kräftigen Wehen das Kind plötzlich zu Boden. Die anwesende Wärterin nahm das Kind auf und veranlaßte den sofortigen Transport der Entbundenen nach dem Gebärdensaal.“ Diese Darstellung wird von Fräulein St. nicht bestätigt. Nach ihrer Angabe wäre das Kind nicht von einer anwesenden Wärterin, sondern von einer erst herbeigerufenen aufgenommen worden. Die Direktion versichert schließlich noch, das Kind sei „gesund und ohne Verletzung“ ausgetreten, „ausgetreten, ja wohl! Ob es aber gesund und ohne Verletzung vom Boden aufgenommen wurde, darüber schreibt das Schreiben. Die Mutter macht uns hierzu eine beachtenswerte Mitteilung. Das Kind erkrankte nach der Entlassung daheim am Darmleiden, wurde nach dem Krankenhauste Moabit gebracht und starb dort. Der Arzt, der es dort zu sehen bekam, wies auf eine Stelle am Kopf des Kindes hin und fragte, was das mit dem Kinde geschehen sei. Als ihm der Sachverhalt vorgetragen wurde, soll er verwundert den Kopf geschüttelt haben.

Wenn ein Weib aus der bestehenden Klasse der „schweren Stunde“ entgegengieht, dann wird im beglücklichen Heim von hilfsreich sorgender Hand alles nur Denkbare bereit, was ihr Erleichterung bringen kann. Mit einem Dienstmädchen, das Mutter werden soll, werden weniger Umstände gemacht. Dienstmädchen und andere uneheliche Mütter und übrigens auch viele Ehefrauen aus der unermittelten Bevölkerung müssen in Entbindungskliniken gehen — und können dann leicht dazu kommen, dort Erfahrungen zu machen, wie Fräulein St. sie (nach dem eigenen Geständnis der Charité-Direktion) hat machen müssen.

Erziehungshaus und Zrennhaus. Vor einigen Wochen brachte das „Berliner Tageblatt“ die Mitteilung, in letzter Zeit seien aus der Erziehungsanstalt Lichtenberg zahlreiche Fürsorgezöglinge — in zehn Monaten mehr als ein halbes Hundert — an die Epileptikeranstalt Wuhlgarten bzw. an die Zrennankast

Herzberge abgeliefert worden. Das Koffeorgan meinte, man müsse zweifeln, ob die Ueberweisung nach Wuhlgarten bzw. Herzberge immer zu rechtfertigen gewesen sei, und in mehreren Fällen dürfe man die Ueberweisung geradezu als Maßregelung bezeichnen. Im „Vorwärts“ wurde hierzu bemerkt, unter den Fürsorgezöglingen seien leider nicht wenige, die in der Tat besser in einer Anstalt für geistig Kranke oder doch für geistig Minderwertige untergebracht würden. Wenn man jetzt in der Anstalt Lichtenberg das einsehe und danach handle, so sei das nur zu billig. Aber leider müsse man befürchten, daß das „Berliner Tageblatt“ wieder einmal übertrieben habe, und daß die Berliner Wasserverwaltung schleunigst den Magistratsberichterstatter beauftragen werde, derichtigend zu verfahren, in der Anstalt Lichtenberg sei noch alles beim alten und noch wie vor regiere dort nicht der Irrenarzt, sondern der Krügelstod. Unsere damaligen Zweifel trankten die Koffemänner nicht wenig. Sie antworteten, die Wasserverwaltung werde sich hüten, zu berichtigen, denn da gebe es eben nichts zu berichtigen. Das „Berliner Tageblatt“ klagte sich auf „durchaus zuverlässige Informationen“, und der „Vorwärts“ werde sich wohl zu dem Glauben bequemen müssen, daß es „gut unterrichtet“ sei.

Jetzt ist leider doch eingetroffen, was wir befürchtet hatten. Das „Berliner Tageblatt“ ist von der Wasserverwaltung dahin belehrt worden, daß von 649 Zöglingen des Erziehungsheuses Lichtenberg, die in den zehn Monaten vom Oktober 1905 bis zum Juli 1906 unter ärztlicher Beobachtung standen, nur 26 nach Wuhlgarten bzw. Herzberge gebracht worden sind. Die sprachlos gemordeten Koffemänner teilen das mit, ohne ein Wort der Erwiderung hinzuzufügen. Nun geben wir zwar sehr wenig auf Verichtigungen, die von der Wasserverwaltung ausgehen. Wie sie „berichtigt“, das haben wir früher einmal an einem geradezu skandalösen Fall nachgewiesen. Aber an den Zahlenangaben wird ja wohl nicht zu rütteln sein. Zum besseren Verständnis dieser Angaben wollen wir hinzufügen, daß die durchschnittliche Belegung der Anstalt Lichtenberg im Herbst 1905 sich auf rund 180 Zöglinge stellte und auch in der ersten Hälfte von 1906 ungefähr ebenso hoch gewesen sein wird. In der oben mitgeteilten Zahl 649 finden alle Zöglinge, die in den zehn Monaten überhaupt durch die Anstalt hindurchgegangen sind, also auch alle, die aus anderen Anstalten, aus der Familienpflege, aus Lehrstellen, aus Krankenhäusern, aus Gefängnissen nach Lichtenberg zurückgebracht wurden, um vielleicht schon nach kurzer Zeit wieder anderswohin gegeben zu werden. Unter 649 Zöglingen 26, die als reif für die Epileptiker- bzw. Zrennankast erkannt werden — das erscheint uns nicht im mindesten überraschend. Wollte man auch die geistig Minderwertigen ausmustern und einer besonderen Anstalt (die leider fehlt) überweisen, so kämen da sicherlich noch ganz andere Zahlen heraus. Aber für diese bleibt in Lichtenberg wirklich alles beim alten, das heißt: wenn sie hodie werden, so wird gegen sie — nach dem „Erziehungsgrundgesetz“, der dort Geltung hat und behält — der Krügelstod in Bewegung gesetzt.

Die Stadt als Erbin. Der am 15. Mai d. J. verstorbene Landgerichtsrat Viktor Lion hat der Stadt Berlin 10 000 M. und den größten Teil seiner aus rund 1000 Bänden meist schönwissenschaftlichen und juristischen Büchern bestehenden Bibliothek vermacht. Das Kapital soll zur Begründung einer „Gebrüder Maximilian und Landgerichtsrat Viktor Lion'schen Stiftung“ dienen, deren Zinsen für die Bibliothek verwandt werden sollen. Die Bibliothek soll den städtischen Volksbibliotheken überwiesen werden. Der Magistrat hat die Annahme des Vermächtnisses beschloffen.

Arbeitslosigkeit als Folge der Vandersensteuer.

Am Montag fand in Wilkes Saal in der Brunnenstraße eine stark besuchte öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen statt. Der Referent B. Börner zeigte, wie die Tabakindustrie seit dem Jahre 1878 durch Steuern und Zölle in verschiedener Weise bedrückt worden ist und daß jede Steuererhöhung eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie zur Folge hatte. Auch als Folge der jetzt eingeführten Zigaretten-Vandersensteuer macht sich derselbe Zustand bemerkbar. Solange die Zigarette noch steuerfrei war, sei die Produktion nach Möglichkeit gesteigert worden und mit dem Inkrafttreten der Steuer sei die Krise eingetreten. In Dresden seien bereits 12-1500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie völlig brotlos. In Berlin hätten sich die Arbeiter durch ein Uebereinkommen mit den Fabrikanten zwar vor gänzlicher Arbeitslosigkeit zu sichern gesucht, aber infolge der jetzt erheblich eingeschränkten Produktion werde höchstens 6 Stunden pro Tag, oft auch noch weniger gearbeitet. So tragen die Berliner Zigarettenarbeiter die Last der Krise gemeinsam. Jeder von ihnen müsse sich mit einem bedeutend geschmälereten Einkommen begnügen. Eine weitere Folge der Steuer sei die, daß die Fabrikanten Maschinen einführen, wodurch die Produktion sich verbilligt, eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen aber überflüssig wird. Die Arbeiter seien zwar keine Feinde der Maschine, sie erkennen dieselbe vielmehr als einen technischen Fortschritt an, aber sie wünschen, daß die Einführung der Maschine unter Bedingungen vor sich gehe, die nicht große Arbeitermassen mit einem Solange auf die Straße werfen. Verschiedene Fabrikanten hätten auch versprochen, dem Rechnung zu tragen und ihre Arbeiter weiter zu beschäftigen. Jetzt habe man aber die Bemerkung gemacht, daß selbst solche Fabrikanten, die ein derartiges Versprechen gaben, die Maschine einzuführen versuchten. Diese Fabrikanten sagten in ihren Anpreisungen, daß sie nur Handarbeit liefern, trotzdem würden jetzt Maschinenfabrikate mit Handfabrikaten vermengt in den Handel gebracht. Eine Fabrik in einer Dresdener Fabrik habe die durchaus glaubwürdige Versicherung abgegeben, daß sie ihre Maschinen- und Handzigaretten zusammen in denselben Paketen verpacken müsse. Die Berliner Fabrik „Manoli“ habe kürzlich 40-50 Arbeiter entlassen wollen, angeblich, weil sein Lager gefüllt sei. Der Redner habe mit dem Firmeninhaber verhandelt, der zunächst von der Maßnahme der Entlassung nichts wissen wollte, obgleich die Arbeiter bereit waren, die Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen um Entlassungen zu vermeiden. Jedenfalls sollten die 40-50 Arbeiter der Maschine zum Opfer fallen, welche sich die Firma „Manoli“ angeschafft habe. Der Redner habe den Firmeninhaber darauf aufmerksam gemacht und ihm gesagt, es werde der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, wenn er Maschinenarbeit liefere, denn das sei unläuterer Wettbewerb. Darauf seien die Entlassenen weiter beschäftigt worden. Im Laufe der Verhandlungen habe der Inhaber der Firma „Manoli“ dem Redner gesagt, andere Fabriken ließen ja auch mit der Maschine arbeiten, so die Dresdener Firma „Jofetti“. Als Beweis für die Behauptung habe Herr Wandelbaum („Manoli“) gesagt, bei ihm sei irrtümlich ein großer Posten „Jofetti“ vom Kollischer abgeladen worden und diese Zigaretten seien Maschinenarbeit gewesen.

Weiter führte der Redner aus, es sei als unläuterer Wettbewerb anzusehen, wenn Fabrikanten, welche „nur Handarbeit“ anpreisen, auch Maschinenarbeit in den Handel bringen. Dagegen müßten sich die Arbeiter in ihrem Interesse wehren, indem sie alle derartigen Fälle öffentlich bekannt geben.

In der Diskussion, die mit den Ausführungen des Referenten vollkommen übereinstimmte, wurde auch angeführt, daß die Berliner Zigarettenarbeiter jetzt bei der verkürzten Arbeitszeit höchstens 12 bis 15 M. in der Woche verdienen.

Die Versammlung stimmte einer Resolution zu, welche bereits in Dresden angenommen ist. Dieselbe lautet:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Insbesondere verpflichtet sie den Vertrauensmann der Tabakarbeiter: 1. Die Einführung der Maschinenarbeit in der Zigarettenindustrie, soweit dieselbe Marken betrifft, die bisher mit der Hand hergestellt wurden, sorgfältig zu beobachten, um durch Veröffentlichung des einschlägigen Materials die schädlichen Wirkungen der Vandersensteuer vor Augen

zu führen; 2. Alle Unternehmer, die derartige Maschinenprodukte als Handarbeit in den Handel bringen, durch die Tages- und Nachpresse den Händlern und Konsumenten bekannt zu geben. Gleichzeitig fordern die Versammelten alle Kollegen und Kolleginnen der Orte, an denen sich die Zigarettenindustrie befindet, auf, durch ihre Vertrauenspersonen, Bevollmächtigten, Gauleiter usw., ebenfalls alles auf die oben bezeichneten Vorgänge bezügliche Material zu sammeln, um dieses durch die berufene Vertretung der Tabakarbeiter der gesamten Fach- und Tagespresse Deutschlands zu übermitteln. Ferner in geeigneter Weise (mit Hilfe der Gewerkschaftskartelle usw.) durch aufläuternde Flugblätter jeden unläuternden Wettbewerb und alle, die Arbeiterschaft schädigenden Wirkungen vordenannter Maßnahmen zu bekämpfen.

In einem ebenfalls einstimmig angenommenen Antrage verpflichtete die Versammlung die Zentralkommission die Tabakarbeiter Deutschlands, alles in der vorstehenden Resolution Gesagte in jeder Weise zur Durchführung zu bringen.

Darauf sprach Uhl über die Frage: Welche Lehre ziehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie aus der Einführung der Vandalensteuer? Er führte aus, daß die Regierung mit ihren Steuerplänen nicht ruhen werde, der Zigaretten-Vandalensteuer werde wohl die Zigaretten-Vandalensteuer folgen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie hätten die Pflicht, schon beiseiten Vorkehrungen zu treffen, um alle Pläne, welche ihnen Arbeitslosigkeit und Not bringen, vereiteln zu können. Nur eine feste, geschlossene Organisation könne solchen Plänen mit Erfolg gegenüber treten, darum sei es Pflicht eines jeden in der Tabakindustrie Beschäftigten, der Berufsorganisation beizutreten.

Einen späten Neujahrsgruß hat eine in Berlin in der Linienstraße wohnende Familie von einer anderen erhalten, die in der Sonnenburgerstraße wohnt. Die uns vorliegende Neujahrskarte wurde am 31. Dezember 1905 in den Briefkasten geworfen, ist auch mit dem Poststempel 31. 12. 05, Postamt 58 versehen und trägt den Aufgabestempel 17. 8. 06, Postamt 25. Demnach hat die Karte von der Sonnenburgerstraße bis zur Linienstraße nicht weniger als 7 Monate 17 Tage gebraucht. Spät kam sie, aber sie kam. Die Empfänger hatten noch Glück, denn sie brauchten kein Strafporto zu zahlen. Bekanntlich kostet jetzt die Postkarte in Berlin seit dem 1. Juli 5 Pf.; die Karte, die so lange auf der Reise war, ist aber nur mit 2 Pf. frankiert, wie es am 31. Dezember vorigen Jahres noch zulässig war. Auch ein Trost!

Die Schlächtermeister der nördlichen Vororte wollen das Rabattenwesen abschaffen. Die Legelei Schlächter haben damit den Anfang gemacht, indem sie gestern Plakate ausgehängt haben, in welchen sie ihren Kunden mitteilen, daß sie infolge der hohen Viehpreise nicht mehr in der Lage sind, Rabatten zu verabfolgen.

Brandstiftung im Vorkriegswerk. An derselben Stelle, an der vor etwa vier Monaten auf dem Vorkriegs-Terrain in Tegel der große Kohlenbrand wütete, ist schon wieder Feuer ausgebrochen. Die Entstehungsurache dürfte jedenfalls auf Brandstiftung zurückzuführen sein. Bei dem letzten Brande mußte der Kohlenberg vollständig geräumt werden. Inzwischen sind an der gleichen Stelle wieder große Kohlenvorräte aufgeschichtet worden. Sie stehen unter ständiger Kontrolle und die Temperaturentwickelung im Innern des Kohlenberges wird dauernd beobachtet. Jetzt wurde von den Wächtern ein neuer Brandherd entdeckt. Eine Bretterwand geriet plötzlich in Brand und das Feuer griff auch bald nach dem Kohlenlager über. In der Nähe der Stelle, an der das Feuer zur Entstehung gekommen war, hatte sich ein starker Petroleumgeruch bemerkbar gemacht. Die Kriminalpolizei ist jetzt bemüht, den Brandstifter zu ermitteln.

Bewußtlos aufgefunden wurde gestern nachmittag in der Reinholdsdorferstraße ein unbekannter Mann, der jedenfalls das Opfer eines Verkehrsunfalls geworden ist. Mitglieder der Sanitätskolonne haben den Verunglückten unter der Eisenbahnüberführung auf dem Straßendam liegen und tragen ihn nach der Unfallstation in der Hindowerstraße. Dort wurde bei ihm ein schwerer Schädelbruch festgestellt. In fast hoffnungslosem Zustande fand der Unbekannte Aufnahme in der Charité.

Schon wieder ein gewaltiger Dachstuhlbrand. In erschreckender Weise häufen sich in letzter Zeit die Dachstuhlbrände. Nachdem die Feuerwehr erst vorgestern zwei derselben abzulösen hatte, wurde sie gestern nachmittag schon wieder wegen eines solchen Feuers lange Zeit in Anspruch genommen. Diesmal stand der langgestreckte Dachstuhl des Hauses Remelerstraße 68 in Flammen. Als der erste Lösungsversuch aus dem nahen siebenten Depot in der Remelerstraße eintraf, brannte es schon an beiden Enden des Vorderhauses. Die Flammen griffen mit solcher Schwelligkeit um sich, daß in wenigen Minuten der gesamte Dachstuhl in 17 Fensterfront ein einziges Feuermeer bildete. Brand-Inspektor Drankfeld ließ sofort zwei mechanische Leitern an der Straße errichten und schickte von hier aus, wie auch über die Treppen hinweg die Löschmannschaften vor. Insgesamt fünf Rohre kämpften dann fast eine Stunde mit dem verderbenden Element. Von dem Dachstuhl war aber nichts mehr zu retten. Er brannte in seiner ganzen Ausdehnung samt den Bodenlammern nieder. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die Abendstunden hin. Ueber die Entstehungsurache konnte bisher noch nichts festgestellt werden.

Durch das neueste Valparaiso-Erdbeden ist die Aufmerksamkeit wieder auf die Beschaffenheit des Erdinneren und auf die Kräfteäußerung der Erde gelenkt. Der Verein von Freunden der Tropen-Sternwarte hat daher auf seinen 169. Beobachtungabend, der am Mittwoch, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr, auf der Tropen-Sternwarte stattfindet, einen Lichtbilder-Vortrag über die neuesten Vulkantheorien und die Vesuvlatastrophe 1906 von Herrn Dozent Lagen gehalten. Zu dem Vortrage haben auch Nichtmitglieder Zutritt. Folgende Punkte mögen aus dem reichhaltigen Programm hervorgehoben werden: Die ersten Ansichten über die Entstehung der Gesteine. — Gebirgen und Senken der Erdkruste. — Reihenweise Anordnung der Vulkane. — Flüssiges Erdinnere. — Die Vesuvlatastrophe 1906. — Das jüngste Erdbeden in Valparaiso. — Nach dem Vortrage wird mit dem großen Fernrohr der „Saturn“ beobachtet.

Gesperrt. Die verlängerte Alte Jakobstraße wird an der Einmündung in die Gieselerstraße behufs Asphaltierung der letzteren bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. Der 1. Lösungsversuch wurde gestern abend um 9 Uhr nach der Reuen Friedrichstraße 38/40 gerufen. Dort war der Fahrstuhlführer Klimm in den Fahrstuhlschacht gestürzt. Die Feuerwehr holte den aufsteigenden nur leicht verletzten Mann heraus und brachte ihn nach der Unfallstation in der Reibelsstraße, wo er ärztlichen Beistand erhielt. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Remelerstraße 46 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgekommen war. Um Mitternacht mußte ein Wohnungsbrand in der Oranienstraße 30 gelöscht werden. Ferner wurde ein Wohnungsbrand aus der Böhmerstraße 44 gemeldet.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstag, abends 9 Uhr: Übungsstunde der 4. Abteilung in Lichtenberg bei Fiesenhagen, Schamweberstr. 60. Vortrag über Vergiftungen — gefährdrohende Krankheitszustände. Daran anschließend: praktische Übungen. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Neue Mitglieder werden jederzeit aufgenommen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Ein Opfer seines Berufes wurde der als Kutscher auf dem Holzplage der Firma Emanuel Schiffer, Weigand-Allee, beschäftigte Arbeiter Joseph Buchholz, Urbanstraße wohnhaft. Als derselbe am Donnerstag voriger Woche vormittags 9 1/2 Uhr, mit einer Fuhrre Dretter vom Holzplage fahrend, in die Straße einbog, kippte der schwer beladene Wagen um und begrub ihn. Von seinen Arbeitskollegen, dem Vetterträger, wurde der sehr schwer Verletzte befreit. Ein herbeigerufener Krankentransportwagen, welcher in einigen Minuten zur Stelle war, brachte ihn ins Rixdorfer Krankenhaus. Hier ist er Sonntag abend 8 1/2 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Als nobler Arbeitgeber zeigte sich der Chef der Firma den Angehörigen gegenüber bei Ausbündigung des Lohnes. Für den im Wochenlohn stehenden Verunglückten wurden 14 M. ausgezahlt.

Die Nervosität der Schulleute wächst sich nachgerade zur öffentlichen Notwendigkeit aus. Täglich ist die Presse in der Lage, von Uebergriffen gegen Bürger zu berichten, die durch irgend welche Vapalle den Unwillen eines solchen in Waffen stützenden Vertreters der preußischen Polizei über sich heraufbeschworen haben. So ging es auch am Sonntagabend dem Arbeiter Lorenz, als er nach 8 Uhr in der Bannerstraße seiner Wohnung zustrebte. Auf diesem Wege traf er auf eine aus einer Frau mit einem Kinde und mehreren Passanten bestehende Gruppe, die sich in heller Aufregung befand, weil der mittlerweile nach seinem Standort an der Ecke der Bannerstraße zurückgekehrte Schuhmann aus nicht zu ergründenden Motiven die Frau mit dem Kinde vom Trottoir gewiesen haben sollte. L. glaubte nun, sich derselben annehmen zu müssen und ging zu dem Schuhmann, um durch einen Blick auf die Achselstücke dessen Nummer festzustellen. Da kam er aber schon an. Mit dem in barschem Tone hervorgetretenen Hinweis, wenn L. seine Nummer wissen wolle, möge er ihn darum betragen, herfschte der Schuhmann denselben an und forderte ihn schließlich auf, weiterzugehen. L. erwiderte darauf, daß er zu dieser Frage keine Veranlassung habe, denn die Nummern seien zur Orientierung des Publikums da; er kam dann der Aufforderung des Schuhmanns nach und gab, dabei eine an sich harmlose Aeußerung machend. Darauf kümmte der Schuhmann hinter L. her und forderte dessen Adresse. Obwohl L. diese anstandslos nannte, sollte er trotzdem mit zur Wache. L. glaubte das nicht nötig zu haben, um so mehr, als auch der mittlerweile hinzugelommene, im gleichen Hause wie L. wohnende Gastwirt Müller denselben legitimierte. Es half aber nichts und trotz Protest mußte er mit nach dem Revier in der Ueberrahstraße, wo man ihn in der zehnten Stunde wieder freiließ. Lorenz hat am nächsten Morgen Beschwerde beim Reviervorstand erhoben.

Dieser Fall beweist zum joundbielten Male, wie notwendig jeder den Schutz vor Schulleuten hat. Es wäre übrigens wünschenswert, wenn sich die anfangs genannte Frau bei Lorenz, Rixdorf, Bannerstr. 7, melden möchte.

Schöneberg. Seht die Wählerlisten nach! Alle diejenigen, die diesem Rufe bisher noch nicht Folge geleistet haben, ersuchen wir, ihre Pflicht in dieser Beziehung zu erfüllen. Versäume niemand Einsicht in die Listen zu nehmen! Dieselben liegen aus bis zum 30. August an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und am nächsten Sonntag von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, im Rathaus, Quergebäude, Zimmer 2. Wer nicht in der Lage ist, selbst Einsicht in die Listen zu nehmen, der beauftrage damit einen der nachstehend aufgeführten Genossen: Schilling, Rixdorsstr. 16; Krüger, Vorbergstr. 8; Döring, Merseburgerstr. 7; Wämler, Martin Lutherstr. 50; Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8; Reimer, Hofenriedbergstr. 26; Knobloch, Sedanstr. 53; Schädel (Kaufmannverein), Gothenstr. 1; Andreas, Feuerstr. 4; Ott, Hedwig- und Wielandstraße-Ecke.

Charlottenburg. Die Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher hielt am 16. d. M. im Volkshause ihre Mitgliederversammlung ab, in welcher der Kollege Hille-Berlin in einem beifällig aufgenommenen Vortrage unsere heutige Sittenlehre kritisch beleuchtete. Dem Vortrage folgte eine zustimmende Diskussion, in welcher die Aufforderung an die Versammelten erging, mehr als wie bisher darauf Gewicht zu legen, die Arbeiterpresse zu abonnieren und sich der politischen Organisation anzuschließen. — Hierauf wurde vom Delegierten Flemming das neue Regulator der Gewerkschaftskommission vorgelesen und in allen Punkten erläutert. — Von einzelnen Rednern wurde Klage darüber geführt, daß verschiedene Firmen sich um die tarifliche Fahrgefrage herumdrücken und kein Fahrgehd bezahlt. Im Anschluß hieran weist die Bezirksleitung darauf hin, daß man derartige Beschwerden nicht erst wochenlang herumschleppen soll, sondern dieselben sofort bei der Tarifüberwachungskommission melden möge, die dann die Sachen regelt. Eine Anfrage, wie weit es mit dem Ausschluß der Arbeitswilligen bei der letzten Lohnbewegung stände, wird dahin beantwortet, daß die Verwaltung mit den Ausschüssen nicht so ohne weiteres vorgehen könne, sondern erst eine genaue Untersuchung vorausgehen müsse. Die Verwaltung werde in Wälde mit einer fertigen Arbeit vortreten. Weiter wurde noch betont, daß die Kollegen, die vom Anfang und während des Streiks selbständig wurden, mit demselben Maße zu messen seien als wie die Arbeitswilligen. Auch möge der nächste Verbandstag der Vereinigung beschließen, selbständige Meister überhaupt nicht mehr als Mitglieder aufzunehmen resp. zu führen, denn dieses sei ein Zwitwending und strafe sich bei jeder Gelegenheit.

Adlershof. Vom Dach herunter verhaftet. Ungeübliches Aufsehen verursachte in der Feldherrnstraße in Adlershof eine Verhaftung, bei der sogar die Feuerwehr requiriert wurde. Der Dachbeder M. aus Adlershof hatte sich vier Wochen hindurch der Verhaftung zwecks Verbüßung einer viermonatigen Haft zu entziehen gewußt. Als er vormittags gemeinsam mit seinem Schwiegervater, und Schwager auf dem Dache des Grundstücks Feldherrnstr. 23 mit Treuarbeiten beschäftigt war, erschienen plötzlich drei Polizeibeamte und forderten M. auf, vom Dache herunterzukommen. Er leistete der Aufforderung jedoch keine Folge und zwar um so weniger, als noch eine Reihe anderer Straftaten gegen ihn schweben sollten. Da ihm die Möglichkeit gegeben war, auf drei verschiedenen Wegen vom Dache entfliehen zu können, erbat er die Schulleute vom Amtsbureau Unterstützung. Es erschienen darauf auch noch mehrere Beamte und nun war ein Entfliehen des Dachbeders unmöglich. Aber vergeblich versuchte man den Eigensinnigen zum freiwilligen Herabsteigen zu bewegen. M. schwang auf dem Dache das Bein hoch und drohte den Beamten, er werde sie, sobald sie sich nähern würden, sofort niederschlagen. Als dessenungeachtet ein Wachmeister auf das Dach hinaufstieg, ergriß M. einen Eimer mit lochendem Teer, um die stehende Masse dem Beamten über den Kopf zu gießen. Da die Situation eine recht gefährliche war, näherte sich der Wachmeister mit gespanntem Revolver dem Exzendenten. Schließlich fand man keinen anderen Ausweg, als die Feuerwehr zu requirieren. Inzwischen hatte sich unten einen gewaltigen Menschenmenge angesammelt, die mit Spannung der Dinge harren, die da kommen sollten. Beim Anblick der eintreffenden Feuerwehr aber besann sich M. eines Besseren und erklärte sich bereit, freiwillig vom Dach herunterzukommen.

Die Ueberrahung. Die Ehefrau des 60 Jahre alten Wäfers Richard Wulke aus der Feldherrnstr. 18 in Adlershof fuhr gestern morgen nach Berlin, um Einkäufe zu besorgen. Kurz bevor sie sich aus der Wohnung entfernte, äußerte der Ehemann zu ihr, er habe eine große Ueberrahung für sie, und wenn sie wieder heimkomme, werde sie sich wundern. Die so geheimnisvoll angedeutete Ueberrahung sollte eine furchtbare sein. Als Frau W. nachmittags wieder in der Wohnung eintraf, fand sie ihren Mann am Türpfosten erhängt vor. W. war bereits zur Leiche erstarrt. Aus welchem Grunde der alte Mann den Selbstmord verübt hat, ist für die Angehörigen völlig rätselhaft.

Friedrichshagen. Sonntag, den 20. August, veranstaltet das hiesige Gewerkschaftskartell im Restaurant Tabbert (Hirschgarten) ein Volksfest, bestehend in Solal- und Instrumentalkonzert, musikalischer Unterhaltung, in der Straße einbog, kippte der schwer beladene Wagen um und begrub ihn. Von seinen Arbeitskollegen, dem Vetterträger, wurde der sehr schwer Verletzte befreit. Ein herbeigerufener Krankentransportwagen, welcher in einigen Minuten zur Stelle war, brachte ihn ins Rixdorfer Krankenhaus. Hier ist er Sonntag abend 8 1/2 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Als nobler Arbeitgeber zeigte sich der Chef der Firma den Angehörigen gegenüber bei Ausbündigung des Lohnes. Für den im Wochenlohn stehenden Verunglückten wurden 14 M. ausgezahlt.

Soweit Herr Rechtsanwalt Cantor. Er erhofft nur noch von einem Appell an die Öffentlichkeit Hilfe. Wozu haben wir übrigens, bemerkt der „Karlsruher Volksfreund“, dem wir die Notiz entnehmen, die amerikanische Konsulate, wozu den vielgenannten und angeblich in Amerika so beliebten deutschen Volschaster Speck v. Sternburg, wenn es nicht einmal möglich ist, eine amerikanische Dollar-Millionärin zu zwingen, den ihr durch ein deutsches Gerichtsurteil auferlegten Verpflichtungen nachzukommen! Der vorliegende Fall ist wieder einmal geeignet, die unbedingte Herrschaft des Gelds in bengalischer Beleuchtung zu zeigen. Er verspottet Geseh und Recht, Humanität und Menschlichkeit, weil er weit, er kann sich leisten. Herr Rechtsanwalt Dr. Cantor würde sich um das öffentliche Rechtsbewußtsein ein Verdienst erwerben, wenn er wie bisher die Ansprüche seiner Klienten mit zäher Beharrlichkeit weiter verfolgte.

rischen Aufführungen, Kunst- und Reigenfahrten, Kinderbeschäftigungen. Unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Maienruh“ und „Sängergruß“, des Arbeiterturnvereins „Vorwärts“ und des Arbeiter-Infanterievereins „Wanderer“. Festrede: Genosse Sonnenburg, Anfang 2 Uhr. Eintritt 25 Pf., Tanz für Herren 50 Pf.

Lichtenberg. Sichtung, Parteigenossen! Am Donnerstag den 23. August, abends 6 Uhr, findet im Lokal von Gursch, Frankfurter Chaussee, Ecke Ruschstraße, eine große öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Tagesordnung: Partei und Gewerkschaft. Referent Genosse Kiesel. 2. Diskussion. Parteigenossen! In Anbetracht des aktuellen Themas darf kein Genosse fehlen.

Dreitzig. Nicht gerade erzieherisch muß das eigentümliche Verhalten des Ortschullehrers Vetter wirken, der eines schönen Tages nur auf müßigen Klatsch hin den neunjährigen Sohn des Maurers Otto Heinrich beschuldigte, bei dem Weichensteller Michaelis einen Diebstahl begangen zu haben. Als der so schwer beschuldigte Schüler dem Lehrer erwiderte, er habe nicht gestohlen, wurde der Lehrer so ergrimmt, daß er es als eine Frechheit bezeichnete und den Schüler so am Genick faßte, daß das Vorhemd zerriß. Die Mutter des zu unrecht beschuldigten und bestraften Schülers wandte sich persönlich an den Lehrer und stellte ihn in durchaus ruhiger Weise über dies Vorwissen zur Rede. Der Lehrer bestritt, sich an dem kleinen Knaben vergreifen zu haben, obgleich die Mitschüler das Gegenteil bekundeten. Der liebenswürdige Pädagoge machte indes kurzen Prozeß, indem er der Frau drohte, sie wegen Hausfriedensbruch zu verklagen. Auf die Beschwerde des Maurers Heinrich an die vorgesetzte Behörde wurde ihm der Bescheid, daß nach den angefertigten Ermittlungen kein Grund vorliege, gegen den Lehrer V. disziplinarisch vorzugehen.

Die Ermittlungen können Anspruch auf Vollständigkeit sicherlich nicht erheben. Es ist demnach einem Lehrer gestattet, einem Schüler die ehrenrührigsten Beschuldigungen anzuhängen. Erkundigungen bei dem angeblich bestohlenen Weichensteller haben ergeben, daß bei ihm überhaupt kein Diebstahl verübt worden ist. Fast könnte man annehmen, es handle sich um Schikanierungen eines Kindes, dessen einziges Vergehen darin besteht, daß der Vater Sozialdemokrat ist, denn sonst ist die grundlose Beschuldigung und Züchtigung nicht zu erklären. Daß ein solcher Lehrer von der vorgesetzten Behörde noch in Schutz genommen wird, ist wohl ein Vorkommnis, dessen man sich bisher nur in Ostpreußen erfreuen konnte.

Vermischtes.

Schäbigkeit einer amerikanischen Millionärin. Der Rechtsanwalt Dr. Cantor von Karlsruhe, der als Armenanwalt der Hinterbliebenen des Werkmeisters Lehle von Rintheim fungiert, gibt der „Frankf. Zig.“ Kenntnis von der „Noble“ einer Dollar-Millionärin, die typisch für die Herzlosigkeit dieser Geldmensch ist. Am 3. September 1904 wurde der Werkmeister Ludwig Friedrich Lehle von Rintheim auf dem Heimweg von der Ortsgemeinde Fabrik in Durlach, den er auf seinem Zweirad zurücklegte, von einem hinter ihm herfahrenden Automobil erfaßt und überfahren. Dieses Automobil war Eigentum der Frau Marie Adelaide Hertel, der Gemahlin des bekannten Straßenbahn-millionärs Charles Th. Hertel in New York. Die Eigentümerin sah selbst im Automobil. Das wahnwitzige, alles gefährdende Tempo, in welchem das Automobil daherkam, geschah also mit ihrem eigenen Wissen und Willen. Am Tage nach dem Unfall schickte Frau Hertel ihren Vertreter zu dem Verunglückten und ließ diesem, offenbar in ihrem Schulbewußtsein, eine Abfindungssumme von 300 Mark auszahlen. Der Verunglückte, der den erlittenen Verletzungen wenig Bedeutung beilegte und selbstverständlich hoffte, mit dieser Summe seine Gesundheit wieder herstellen zu können, nahm dieselbe an.

Die Unfallsfolgen stellten sich aber als sehr schwere heraus. Am 10. September 1904 erlag der Verletzte, der eine Rückenverletzung erlitten hatte, den Unfallsfolgen. Der Verletzte war 48 Jahre alt und hinterließ eine Witwe und drei unmündige Kinder im Alter von 10 bis 17 Jahren. Frau Hertel war auf Rimmerwiedersich verschwand, ebenso der Chauffeur, der das Automobil lenkte. Gegen ihn ist bei der Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet und Haftbefehl erlassen.

Unabhängig von der dem Verunglückten bezahlten Entschädigung von 300 Mark und unberührt durch dieselbe, steht natürlich der Witwe und den Kindern des Verunglückten, denen durch das Verschulden der Frau Hertel der Ernährer entzissen wurde, ein selbständiger Schadenersuchsanspruch gemäß § 814 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu. Ich habe zunächst für die Witwe und die Kinder des Verunglückten versucht, in gütlicher Weise durch Korrespondenz mit dem deutschen Vertreter der Frau Hertel, der auch die Abfindungssumme seinerzeit dem Herrn Lehle bezahlt hatte, die Zahlung einer angemessenen Entschädigung zu erreichen. Obwohl ich hierin bei dem deutschen Vertreter der Frau Hertel Unterstützung fand und dieser der Frau Hertel bezug, deren amerikanischem Vertreter vorstellte, daß die Gewährung einer Entschädigung an die in Not und Elend zurückgelassenen Hinterbliebenen des Verunglückten nur dem Recht und der Billigkeit entspräche, weigerte sich Frau Hertel, etwas zu bezahlen. Ich habe darauf bei dem Landgericht Karlsruhe das Armenrecht für die Hinterbliebenen des Herrn Lehle erwirkt und unterm 12. Februar 1906 ein Urteil erlangt, wonach Frau Hertel zur Zahlung des Gesamtbetrages von 15.430 Mark an die Hinterbliebenen des Verunglückten verurteilt wurde. Frau Hertel, die im Dezember 1905 inzwischen von ihrem Ehemann etwa 20 Millionen Dollars geerbt hatte, ließ das Urteil rechtskräftig werden und zahlte nichts. Ich habe mich an das amerikanische Konsulat in Rintheim und an das deutsche Generalkonsulat in New York gewandt; von beiden Seiten fand ich bei meinen Bemühungen, Frau Hertel zu einer Zahlung zu veranlassen, liebenswürdigsten Entgegenkommen und bereitwillige Unterstützung. Die zwanzigfache Millionärin ließ sich durch nichts zu einer Zahlung bestimmen.

Sie pocht darauf, daß das deutsche Urteil in Amerika nicht vollstreckbar ist, und daß bei der Vermögenslosigkeit der Hinterbliebenen des Verunglückten für diese die Anstrengung eines Rechtsstreites in Amerika ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die zwanzigfache Millionärin, die sich inzwischen wieder verheiratet hat und zurzeit meist in Chicago sich aufhält, zahlt nichts und läßt trotz aller Bemühungen die Hinterbliebenen des durch sie ums Leben gekommenen Werkmeisters Lehle in ihrer Not im Stich. Nachdem alle meine Bemühungen, wie darzulegen, und wie sie durch meine Handlungen bewiesen werden können, fruchtlos verlaufen sind, glaube ich, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, diesen Sachverhalt kennen zu lernen.

Soweit Herr Rechtsanwalt Cantor. Er erhofft nur noch von einem Appell an die Öffentlichkeit Hilfe. Wozu haben wir übrigens, bemerkt der „Karlsruher Volksfreund“, dem wir die Notiz entnehmen, die amerikanische Konsulate, wozu den vielgenannten und angeblich in Amerika so beliebten deutschen Volschaster Speck v. Sternburg, wenn es nicht einmal möglich ist, eine amerikanische Dollar-Millionärin zu zwingen, den ihr durch ein deutsches Gerichtsurteil auferlegten Verpflichtungen nachzukommen! Der vorliegende Fall ist wieder einmal geeignet, die unbedingte Herrschaft des Gelds in bengalischer Beleuchtung zu zeigen. Er verspottet Geseh und Recht, Humanität und Menschlichkeit, weil er weit, er kann sich leisten. Herr Rechtsanwalt Dr. Cantor würde sich um das öffentliche Rechtsbewußtsein ein Verdienst erwerben, wenn er wie bisher die Ansprüche seiner Klienten mit zäher Beharrlichkeit weiter verfolgte.